Der Einfluß der Bevölkerungsbewegung auf die Arbeitslosigkeit

---

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde
der hohen philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexanders-Universität Erlangen

vorgelegt von

Oskar O. Steiner
aus Seeheim

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Dezember 1935

1 9 3 6
Bernhard Sporn, Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Zeulenroda

1936/203

Referent: Professor Dr. H. Moeller

Dekan: Professor Dr. F. Maurer

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinen lieben Eltern
in Dankbarkeit gewidmet!

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41533919_0153

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung. Die bei bisherigen Untersuchungen über die Beziehungen zwischen Bewegung der Bevölkerung und Arbeitslosigkeit vernachlässigte, integrierende Rolle des Kaufkraftmoments 7

I. Teil.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung als Ursachenkomplex für ein kleineres oder größeres Maß von Arbeitslosigkeit in einem bestimmten Wirtschaftsgebiet 9

1. Kapitel. Die absolute Entwicklung der Bevölkerung eines politisch begrenzten Wirtschaftsgebietes und ihre Beziehung zu den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt 9

1. Abschnitt. Klassische Theorie und Neomalthusianismus . . 9

2. Abschnitt. Die gegenwärtige Zu- oder Abnahme der Bevölkerung wirkt sich erst in einem späteren Zeitpunkt auf die Arbeitsmarktlage aus 11

3. Abschnitt. Die momentane, sich auf dem Arbeitsmarkt erst in einem späteren Zeitpunkt bemerkbar machende Änderung der Geburtenzahl bringt sofortige Änderung des Bedarfs mit sich . 13

2. Kapitel. Die relative Bevölkerungsbewegung, d. i. die Verschiebung in der Zusammensetzung der Bevölkerung in ihrer Auswirkung auf den Arbeitsmarkt 17

1. Abschnitt. Das Verhältnis zwischen Arbeitskraft und Konsumkraft innerhalb einer Bevölkerung als wesentliches Moment im Gegensatz zur einfachen Gegenüberstellung der Zahl der Arbeitskrafteinheiten zur Zahl der Konsum- bezw. Bedarfseinheiten . . 17

2. Abschnitt. Der anormale Altersaufbau und die dadurch bedingte Erwerbsfähigenverschiebung 20

3. Abschnitt. Das Problem der Frauenarbeit in Deutschland, seine Beziehung zur Sexualproportion und zu den aus dem Zahlenverhältnis der beiden Geschlechter erwachsenden objektiven Heiratsmöglichkeiten 30

1) Die künstliche Erhöhung der Erwerbslosigkeit, hervorgerufen durch Frauenarbeit. — Entwicklung des Verhältnisses von heiratsfähigen Männern und Frauen und männlichen und weiblichen Geburten unter Berücksichtigung der Einwirkung des Geburtenrückganges 30

2) Familienpolitik als fundamentale Voraussetzung für die Möglichkeit eines positiven Abbaus der Erwerbslosigkeit . . 35

3) Die rein-ökonomische Betrachtungsweise einer erhöhten Erwerbsfähigkeit auf Grund der Frauenarbeit 39

Seite

4. Abschnitt. Die unentbehrliche Rolle, die der komplementäre Produktionsfaktor Kapital bei der Beurteilung der Arbeitsmarktlage neben der Arbeitskraftentwicklung spielt 39

1) Erhöhter Kapitalbedarf bei zunehmender Erwerbsfähigenzahl. — Volkseinkommen und Kapitalbildung. — Die Kapital-Bilanz aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung . . 39

2) Bedeutet Erzeugung mit Kapitalgütern statt mit Arbeitskraft verringerten Bedarf an Arbeiskräften? 50

3) Die Bedeutung der Absatzmöglichkeiten für die Produktionskonstanz 51

5. Abschnitt. Die Einwirkung der Bevölkerungsentwicklung auf den Arbeitsmarkt auf dem Wege über eine Beeinflussung der Konjunktur 58

1) Im allgemeinen 58

2) Der Umfang des Bedarfs je nach Zusammensetzung der Bevölkerung 59

3) Der anders geartete Bedarf je nach Zusammensetzung der Bevölkerung durch Mehrverbrauch pro Kopf 61

4) Die konjunkturpolitische Zielsetzung in ihrer Bedeutung für die Wirtschaftspolitik 64

3. Kapitel. Gedanken zum Problem Arbeitslosigkeit und „Übervölkerung“ 66

II. Teil.

Die soziale oder räumliche Bevölkerungsdynamik in ihrer Einwirkung auf die Arbeitslosigkeit 69

1. Kapitel. Die Binnenwanderung 69

1. Abschnitt. Die sogenannte Landflucht und die Entwicklung vom Agrar- zum Industrie-Staat 70

2. Abschnitt. Die periodischen Wanderungen 78

2. Kapitel. Die internationale und interkontinentale Wanderungsbewegung, insbesondere die Einwanderungsfrage 80

1. Abschnitt. Einwanderung als Bedingung für Entfaltung der Wirtschaft 81

2. Abschnitt. Einwanderung und Arbeitslosigkeit . . . 82

3. Abschnitt. Einwanderung und Lohnhöhe 86

Schluß 88

Anhang 89

Literatur-Verzeichnis 97

Anmerkung: Sperrungen stammen vom Verfasser.

Einleitung.

Die bei bisherigen Untersuchungen über die Beziehungen zwischen Bewegung der Bevölkerung und Arbeitslosigkeit vernachläßigte, integrierende Rolle des Kaufkraftmoments.

Obwohl die Auswirkungen der Bevölkerungsdynamik auf Produktion und Konsum — besonders von Massengütern — bisher mindestens ebenso relevant gewesen sein dürften wie die in der Wirtschaftsliteratur vielmehr berücksichtigte Seite des Problems der zyklisch-periodischen Konjunkturschwankung resp. periodischen Arbeitslosigkeit, wird dem demographischen Faktor bei der Analyse der wirtschaftlichen Erscheinungen von der europäischen Wirtschaftswissenschaft offenbar ein ziemlich bescheidener Platz zugewiesen. Insoweit erscheint allerdings jene Art der etwas stiefmütterlichen Behandlung des Problems der Bevölkerungsbewegung erklärlich als man bedenkt, daß Verschiebungen, wie sie einerseits durch die natürliche Fruchtbarkeit einzelner Völker und Rassen, andererseits durch die neuzeitlichen Wanderungen stattgefunden haben, der Weltgeschichte bis zur Neuzeit nicht bekannt waren.

Während in früheren Zeitläuften, da die natürliche Bevölkerungsbewegung noch nicht einer bewußten Regelung durch den menschlichen Willen — auf der Seite des Todes durch die gewaltigen Fortschritte der modernen Medizin, auf der Seite des Lebens durch Geburtenkontrolle d. i. willentliche Geburtenbeschränkung — unterworfen wurde, sich die Bevölkerung im Gegenspiel von Geburt und Tod im Laufe eines Jahrhunderts in der Regel nur um wenige Prozente nach oben oder unten veränderte, liegen die möglichen Grenzen jetzt vielleicht zwischen sechs Prozent und neunhundert Prozent oder noch weiter auseinander.[1]) Das muß zu denken geben! Denn jenem Kausalnexus, der zwischen der Bewegung der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung im ganzen oder im einzelnen besteht, kommt nunmehr eine weit größere Bedeutung zu. Eine Problemstellung wie die vorliegende, die sich damit befaßt, jenes wirtschaftliche Phänomen der

1) vgl. bei E. Günther, Der Einfluß des Geburtenrückgangs auf die Arbeitslosigkeit. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 134. Bd. Jena 1931. S. 973.

Massenarbeitslosigkeit — in Deutschland und den Ländern des westlichen Kulturkreises besonders stark ausgeprägt — mit der natürlichen Dynamik der Bevölkerung sowohl als auch mit der sozialen oder räumlichen Bevölkerungsbewegung in Beziehung zu bringen, kann somit nicht müßig erscheinen, zumal in einer Zeit, in der ein katastrophaler Geburtenrückgang und ein durch politische Maßnahmen fast aller Einwanderungsländer zum Stillstand gekommener Auswandererstrom die Bedeutung der Funktion der Bevölkerungsbewegung für das wirtschaftliche Gleichgewicht in den Vordergrund des Interesses treten lassen.

Ob und inwieweit der gegenwärtige Geburtenrückgang im Zusammenhang steht mit der Erscheinung der Arbeitslosigkeit, ist eine Frage, die neuerdings zum Gegenstand bevölkerungspolitisch-ökonomischer Untersuchungen gemacht wurde. Dabei ist jedoch die integrierende Rolle des Kaufkraftmoments neben der Verhältniszahl-Berechnung von Arbeitskrafteinheiten und Konsumeinheiten fast völlig außer Betracht geblieben, was zu falschen Schlußfolgerungen Anlaß geben mußte, da das Maß der Beschäftigungslosigkeit über eine Absatzsteigerung bezw. -Minderung hinweg von der der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Kaufkraft influiert wird.

I. Teil.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung als Ursachenkomplex für ein kleineres oder größeres Maß von Arbeitslosigkeit in einem bestimmten Wirtschaftsgebiet.

1. Kapitel.

Die absolute Entwicklung der Bevölkerung eines politisch begrenzten Wirtschaftsgebietes und ihre Beziehung zu den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt.

1. Abschnitt.

Klassische Theorie und Neomalthusianismus.

Das schon von Turgot zum ersten Male entwickelte „eherne Lohngesetz", wonach die Arbeiter infolge der Konkurrenz, die sie sich untereinander machen, in ihrem Einkommen auf das Existenzminimum beschränkt sind, fußte auf der Theorie, daß auf Grund der Tendenz zur Übervermehrung eine erhebliche Anzahl von Menschen in die Welt gesetzt wird, die „den Tisch ungedeckt finden". Die Begründung war folgender Art: Steige der Lohn des Arbeiters, so sei er in der Lage, mehr Kinder aufzuziehen. Dadurch schaffe er selbst ein Überangebot an Arbeitskraft auf dem Markt, wodurch der Lohn wiederum herabgedrückt werde. Durch das Sinken des Lohnes trete Unterernährung ein, der Hungertyphus hole sich seine Opfer, Krankheiten verschiedenster Art fänden den besten Nährboden, und es sei eine Abnahme der Arbeitskräfte festzustellen. Dadurch werde die Nachfrage wieder stärker als das Angebot und die Löhne würden wieder zu steigen beginnen.[1])

Die klassische Theorie hat demnach ihre Meinung dahin vertreten, daß die marktwirtschaftlichen Entsprechungen, d. h. die Anpassung des Angebots an die Nachfrage, nicht nur auf dem Markte realer wirtschaftlicher Güter, sondern auch bei der Arbeitskraft des Menschen in der Weise sich vollzieht, daß ein zu knappes

1) Vgl. bei W. Pampfer, Das Bevölkerungsproblem. Wissen und Leben. XII. Jahrgg., Heft 7. S. 193 f.

Angebot den Preis für die Arbeit in die Höhe treibt, mit dem Erfolg, daß dadurch wieder neues Angebot hervorgelockt wird. Die Arbeiter selbst würden auf hohe Löhne mit einer größeren, auf niedrige mit einer kleineren Geburtenzahl reagieren.

In derselben Richtung bewegt sich die von neomalthusianistischer Seite aufgestellte und heute, im Zeitalter der Massenarbeitslosigkeit, mit besonderem Nachdruck vertretene Theorie, wonach das Überangebot an Arbeitskraft sich aus der Steigerung der Geburten erklärt. Das Überangebot an Arbeitskräften könne durch Geburtenbeschränkung rasch aus der Welt geschafft werden. Es kann keineswegs verwunderlich erscheinen, wenn die öffentliche Meinung auf einem ähnlichen Standpunkt steht und mit einem „Zuviel" an Menschen argumentiert wird. Das Elend der Arbeitslosigkeit würde durch eine starke Geburtenzahl noch erhöht[2]). Es sei zu bedenken, welche gewaltigen Summen für die aufzubringenden Sozialbeiträge[3]) und die Inanspruchnahme der Behörden, sozialen Institutionen und Gerichte dem Reiche aus einer größeren Bevölkerungszahl erwüchsen. Es sei unter diesen Umständen ein starker Geburtenrückgang wie in Deutschland nur begrüßenswert, der den überfüllten Arbeitsmarkt und damit die Wirtschaft in Bälde entlasten werde. Diese Gegenwartsideologie neomalthusianistischer Richtung erklärt sich vor allem daraus, daß der Gemeinschaftsgedanke unter dem Eindruck des liberalistischen Wirtschaftssystems einer rein individualistischen Denkungsart gewichen ist. Das Gefühl der Verpflichtung dem Volke gegenüber wurde durch die egoistische Wertung jedes Vorgangs nach dem persönlichen Nutzen oder Schaden des Einzelnen verdrängt. In diesem Sinne kann die Behauptung, daß durch eine hohe Geburtenzahl die Krise der Arbeitslosigkeit nur noch verschärft würde, lediglich insoweit Beachtung finden, als der Einzelne gegenwärtig bei Kinderarmut oder Kinderlosigkeit leichter durchs Leben kommt. Vom ökonomischen Standpunkt einer Gesamtheit aus betrachtet erscheint jedoch ein Bevölkerungsrückgang in seiner Einwirkung auf die Arbeitsmarktlage möglicherweise in einem anderen Licht.

---

2) z. B. E. Roesle, Bevölkerungsentwicklung und Alterstypen. Eugenik, Bd. 1, Heft Nr. 4, Januar 1931.

3) Sie betrugen nach F. Lenz in den letzten Jahren 4 Milliarden jährlich für Arbeitslosenfürsorge; vgl. „Arbeitslosigkeit und Rassenhygiene", Vortrag in der Universität München, geh. im Rahmen der Sommerveranstaltungen des Akadem. Arbeitsausschusses für Deutschen Aufbau im Mai 1933.

2. Abschnitt.

Die gegenwärtige Zu- oder Abnahme der Bevölkerung wirkt sich erst in einem späteren Zeitpunkt auf die Arbeitsmarktlage aus.

Schon die Merkantilisten erkannten, daß mit der Vermehrung der Bevölkerung die Zahl der Produzenten wächst, aber sie sahen nicht, daß nebenher auch die Zahl der Konsumenten zunimmt und daß nur ein Teil der gesamten Bevölkerung in der Produktion Beschäftigung findet, während auf der anderen Seite ein Teil „Nur-Konsument" ist, z. B. die noch nicht erwerbsfähigen Kinder unter 15 Jahren und die nicht mehr erwerbsfähigen Greise über 65 Jahre, die in wirtschaftlicher Hinsicht als Belastung des produktiv tätigen Teiles der Bevölkerung erscheinen.

Auch die Vertreter jener Meinung in der Gegenwart, dem Arbeitslosenproblem könne mit der Einschränkung der Geburtenzahl ein rasches Ende bereitet werden, unterliegen einer ähnlichen einseitigen Denkweise wie die Merkantilisten. Denn für sie ist lediglich die zahlenmäßige Zu- oder Abnahme der Bevölkerung entscheidend für die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsbewegung und Gang der Wirtschaft sind jedoch von derartiger Mannigfaltigkeit, daß es keineswegs angeht, hier von einer eindeutigen kausalen Beziehung zwischen zwei bestimmten Erscheinungen zu sprechen. Daß eine zunehmende oder abnehmende Volkszahl nicht ohne Wirkung auf die Wirtschaft eines Landes bleibt, wissen wir. Von welcher Beschaffenheit aber solche Einflüsse sein werden, läßt sich nur schwer im einzelnen bestimmen, weil nebenher immer auch andere Faktoren von Einfluß sind. So wird beispielsweise der Gang der Wirtschaft durch eine zunehmende oder abnehmende Volkszahl dann ganz anders beeinflußt werden, wenn etwa aus irgendwelchen Gründen wie dem technischen Fortschritt der Volkswohlstand sich erhöht oder erniedrigt. Von besonderer Bedeutung ist ferner auch das Faktum der Entwicklung der Kapitalneubildungsmöglichkeiten, die Konjunkturverhältnisse u. a. m. Wenn derlei Momente bei der Analyse wirtschaftlicher Erscheinungen nicht unbeachtet bleiben dürfen, so ergibt sich doch für die Klärung der Zusammenhänge die Notwendigkeit, zunächst von ihnen zu abstrahieren und die einzelnen Teile des weitverzweigten und auf den ersten Blick unübersehbaren Systems von Wechselwirkungen in einer Volkswirtschaft für sich gesondert zu betrachten.

Sieht man dementsprechend von solchen Einwirkungen, die von seiten der Wirtschaft ausgehen, ab, dann können für Änderungen im Arbeitsangebot in erster Linie die Wirkungen einer starken Volkszu- oder Abnahme, d. i. der absoluten Entwicklung der Bevölkerung,

verantwortlich sein. In der Regel wird sich bei einer Zunahme der Volkszahl wohl auch die Zahl derjenigen erhöhen, die der Wirtschaft ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, und zwar in dem Maße als die Volkszahl eine Veränderung erfahren hat. Unter normalen Umständen, d. h. hier bei bevölkerungspolitischer Betrachtung für eine ausgeglichene, auf eine bestimmte Zahl von Geburten und Todesfällen ausbalanzierte Bevölkerung wird dies zutreffend erscheinen, allerdings mit einer gewissen Einschränkung, daß nämlich die Zunahme des Arbeitskraftangebots sich erst nach Ablauf einer ganz bestimmten Zeit einstellen kann. Denn der Mensch wird erst mit einem bestimmten Alter — bei uns in Deutschland mit 16 Jahren[4]) — erwerbsfähig und volkswirtschaftlich produktiv, und damit erscheint er die ersten 16 Jahre seines Lebens noch nicht als Anbieter von Arbeitskraft auf dem Markt. Eine Vermehrung der Geburtenzahl muß sonach den Arbeitsmarkt längere Zeit vollkommen unangetastet lassen, eine Tatsache, auf die mit besonderem Nachdruck hingewiesen zu werden von Wichtigkeit ist. Wird mit Ernst Günther[5]) eine Bevölkerungsgröße angenommen, deren jährliche Geburtenzahl um ein Fünftel vermehrt wird, so zeigt sich nach der Günther'schen Berechnung erst nach 15 Jahren die erste Änderung bei der Zahl der Arbeitskrafteinheiten; während im ersten Jahrzehnt nach der Geburtenzahl-Veränderung keinerlei Zuwachs an Arbeitskraft festzustellen ist, kommt mit einem geringen Gewinn nach Ablauf von 15 bis 20 Jahren zum Ausdruck, daß erst jetzt die erhöhten Geburtenjahrgänge ins produktive Alter, in das Erwerbsleben, hineinzuwachsen beginnen. Nach und nach werden dann immer neue hohe Geburtenjahrgänge arbeits- und erwerbsfähig. Daraus ergibt sich zusammenfassend, was Mombert an einer Untersuchung L. Hersch's nicht akzeptierte: „Man darf nicht die Arbeitslosigkeit einer bestimmten Zeit mit der Höhe der Geburtenüberschüsse etwa der gleichen Periode in Verbindung bringen wollen."[6]) Eine Relation kann also nur bestehen zwischen dem Zugang an Personen im arbeitsfähigen Alter, d. h. dem Geburtenüberschuß einer rund 16 Jahre zurückliegenden Zeit und der in Betracht gezogenen Arbeitsmarktlage.

Es gilt sonach, daß die gewünschte Verminderung oder Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte bei einer bisher ausgeglichenen,

---

4) wenigstens statistisch; in den verschiedenen Ländern verschieden, schon wegen des Einflusses der Gesetzgebung über Kinderarbeit u.s.w.; verschieden auch je nach den Berufen! K. Muhs nimmt den Eintritt in das Arbeitsverhältnis mit 14 Jahren an, vgl. Allg. Volkswirtschaftslehre. Handelshochschule. Berlin/Wien 1929. II. Bd., S. 907.

5) Vgl. hiezu Tab. Nr. 1, Anhang!

6) vgl. „Bevölkerung und Arbeitsmarkt", Weltwirtschaftl. Archiv, Jena 1932, II. Bd., S. 170.

d. h. in Geburten- und Sterbefällen ausbalanzierten, Bevölkerung erst nach rund 16 Jahren wirksam zu werden beginnt. Die vor dem Zeitpunkt der vorgenommenen willkürlichen Veränderung der Geburtenzahlen ins Leben getretenen Personen, die die noch ungekürzten Jahrgänge einer zunehmenden bezw. stehenden Bevölkerung repräsentieren, rücken eben 16 Jahre lang noch voll ins Arbeitsalter ein. Für unsere Zeit bedeutet dies also, daß eine Abnahme der Erwerbslosigkeit durch gegenwärtige Geburtenzahlbeschränkung erst um die Mitte des Jahrhunderts erwartet werden könnte.[7])

3. Abschnitt.

Die momentane, sich auf dem Arbeitsmarkt erst in einem späteren Zeitpunkt bemerkbar machende Änderung der Geburtenzahl bringt sofortige Änderung des Bedarfs mit sich.

Der in einer Volkswirtschaft vorhandenen Arbeitsbevölkerung steht als Kontrahent die Konsumbevölkerung, d. i. die Gesamtbevölkerung, gegenüber. Ihre Bedürfnisse zu befriedigen ist Sinn und Aufgabe der Arbeitsbevölkerung. Während der Mensch als Konsument von seiner ersten bis zur letzten Stunde in Betracht kommt, ist er nur einen Ausschnitt seiner Lebensjahre, nämlich von 15 bis 65, erwerbstätig, d. h. volkswirtschaftlich produktiv; schon im Augenblick seiner Entstehung wird er zum bedürftigen Wesen und jedwede Steigerung der Geburtenzahl muß sofort eine Erhöhung des lebensnotwendigen Bedarfes wie Nahrung und Kleidung, jede Herabminderung der Geburtenziffer einen sofortigen Rückgang dieses Bedarfes mit sich bringen. Wenn also beispielsweise vor dem Kriege auf jeden verheirateten Mann unter 50 Jahren in Deutschland ungefähr drei Kinder unter 15 Jahren entfielen, heute jedoch nicht einmal mehr zwei,[8]) so ist damit der Bedarf für die Kinderaufzucht um ein Drittel zurückgegangen. Während die Weltwirtschaft und voran die deutsche Volkswirtschaft im letzten Menschenalter auf eine fortschreitende Ausdehnung des Verbraucherkreises eingestellt war, ist das deutsche Verbraucherkontingent — außer den Millionenverlusten durch den Krieg unmittelbar — durch das Ausfallen von mehr als 8 Millionen Kindern[9]) ganz erheblich geschmälert worden. Daß durch eine solche Entwicklung eine Umschichtung in der Art des Bedarfes unvermeidbar wird, unterliegt keinem Zwei-

7) also bei ausgeglichener Bevölkerung; bei unausgeglichener Bevölkerung, wie in Deutschland, muß diese Spanne noch viel größer sein, vgl. u. S. 15 f.

8) vgl. H. J. Platzer, Die Steigerung der Erwerbsziffer in Deutschland. Jahrbücher für Nationalökonomie u. Statistik, 135. Bd., Jena 1931, S. 365.

9) F. Burgdörfer, Volk ohne Jugend, Berlin 1932, S. 156.

fel. Während die Arbeitsmarktlage erst etwa 16 Jahre nach einer vorgenommenen Änderung der Geburtenzahl von dieser beeinflußt wird, ist eine Bedarfsveränderung zeitlich unmittelbar mit dem Eintreten einer Geburtenzahlveränderung fällig geworden, mit anderen Worten: Eine Änderung der Zahl der Geborenen wird auf dem Arbeitsmarkt erst später, für den Bedarf aber sofort wirksam. Die Frage ist nur, in welcher Weise!

Ob mit der Veränderung der Zahl der Bedarfseinheiten die Güternachfrage als Ganzes eine entsprechende Beeinflussung erfährt, d. h. ob die Volkszahl für die Nachfrage auf dem Gütermarkte entscheidend ist oder einzig und allein die Kaufkraft der Bevölkerung, ist die hier grundsätzlich zur Erörterung stehende Frage. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Güternachfrage, der Absatz, auf dem Binnenmarkte nur von dem Arbeitsertrag der erwerbsfähigen Bevölkerung, der die Kaufkraft der Gesamtbevölkerung repräsentiert, bestimmt wird. Kaufkräftig wird und ist also nur derjenige, der infolge von Erwerbstätigkeit, d. h. auf Grund seiner Leistungen als Produzent, ein Einkommen bezieht. Dieser Gedankengang ist absolut zwingend. Eine Relation zwischen Bevölkerungsbewegung und Nachfrage auf dem Innenmarkt kann demnach auch nur insoweit bestehen, als offenbar ein etwaiger Zuwachs nur der im erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerungsschicht nach seiner Eingliederung in den Produktionsprozeß einen zusätzlichen kaufkräftigen Bedarf entwickeln kann, d. h. also, daß nur bei einem den neu hinzugewachsenen Arbeitskräften proportionalen Steigen der Produktionsergebnisse auch der kaufkräftige Bedarf entsprechend zunehmen wird.[10])

Für die Zeitspanne vom Augenblick der vorgenommenen Veränderung der Geburtenzahl an bis zum Eintreten dieser manipulierten Jahrgänge in das Arbeits- und Erwerbsalter könnte nach dem Gesagten nunmehr eine Beeinflussung des Maßes der Beschäftigungslosigkeit, wenn überhaupt eine solche stattfindet, nur von der Bedarf-Seite her erfolgen und zwar nicht, weil die Kaufkraft als Ganzes durch eine größere oder kleinere Geburten- bezw. Kinderzahl eine Steigerung resp. Verringerung erfahren würde, sondern wegen der nötig werdenden anderen Verwendung der Kaufkraft im kinderreichen gegenüber einem kinderarmen oder gar kinderlosen Haushalt. So zeigt sich nach den Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes und auch Burgdörfers,[11]) daß der Anteil beispiels-

10) vgl. auch bei P. Mombert, Der Einfluß des Geburtenrückgangs auf Konjunktur und Arbeitsmarkt. Schmollers Jahrb. 57. Jahrgg. München und Leipzig 1933. S. 835 ff.

11) Wirtschaft u. Statistik, IX. (1929), S. 818 ff; ferner: Wirtschaft u. Statistik X (1930), S. 78 ff; dazu: F. Burgdörfer, Zurück zum Agrar-Staat? Berlin-Grunewald 1933, S. 76 ff.

weise der Nahrungsausgaben mit der Größe der Haushaltung steigt und zwar nicht nur absolut, sondern auch hinsichtlich des relativen Anteils, sodaß anteilsmäßig in den kinderreichen Haushaltungen ein relativ höherer Betrag für Nahrungsmittel aufgewendet werden muß als in der kinderarmen oder kinderlosen Familie. Unter dem Gesichtswinkel der Beeinflussung der Arbeitslosigkeit gesehen wäre also entscheidend, ob die von der Erhöhung bezw. Reduzierung des Kinderbedarfes betroffenen Industriezweige arbeits- oder kapitalintensiv zu produzieren gezwungen sind. Nach Burgdörfer[12]) erfordern die differenzierten Bedürfnisse der Erwachsenen verhältnismäßig weniger Arbeitsaufwand als die primitiveren Lebensbedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, sodaß eine Umschichtung des Gesamtbedarfs zugunsten des Erwachsenenbedarfs und zuungunsten des Kinderbedarfs immerhin einen Einfluß auf den Beschäftigungsgrad auszuüben imstande sein dürfte, der für diesen nicht von Vorteil ist. Wenn man bedenkt, daß in der langen Linie gesehen bei abnehmender Bevölkerung eine Einkommens- und Lohnerhöhung zu erwarten stehen dürfte, dann wird damit wohl die kapitalintensive Produktion relativ zur arbeitsintensiven billiger und zwar deshalb, weil bei ihr die Lohnsteigerung durch das Fallen des Zinses einen Ausgleich erfährt. Dies käme also einer gewissen Bevorzugung maschinell produzierter Güter gleich. Freilich wird dadurch keineswegs unmöglich, daß die Nachfrage nach Waren, in denen viel Arbeit investiert ist wie etwa solche kunstgewerblicher Art, infolge der Erhöhung des Einkommens trotzdem steigt. Übrigens sehr naheliegend wäre, hier an eine Steigerung der Nachfrage nach persönlichen Dienstleistungen, etwa nach Kindermädchen, Dienstmädchen, Schoffören, Hausmeister u. dgl., zu denken!

Während im Falle der ausgeglichenen Bevölkerung hinsichtlich der Möglichkeit einer Beeinflussung des Arbeitsangebotes durch eine veränderte Geburtenzahl in der Zeit vom Augenblick der vorgenommenen Änderung bis zum Eintritt dieser Jahrgänge ins Erwerbsalter eine tatsächliche Beeinflussung nur von der Bedarfs-Seite her, nämlich über die Veränderung in der Verwendung der Kaufkraft, aufgezeigt werden konnte, ist für den Fall einer von Jahr zu Jahr steigenden und nach einem Umschlag von Jahr zu Jahr zurückgehenden Bevölkerungszahl auch von der Arbeitskraft-Seite her unmittelbar eine Verstärkung der Wirkungen auf das Arbeitsangebot festzustellen schon insoweit, als ja in der Zeit vom Umkehrpunkt der Geburtenbewegung bis zum Eintritt der nun von Jahr zu Jahr schwächer werdenden Jahrgänge in das Erwerbsleben das Arbeitsangebot auf Grund der vor dem Wendepunkt geborenen, immer stärker gewordenen Jahrgänge weiterhin wachsen muß; denn

12) vgl. F. Burgdörfer, Volk ohne Jugend, Berlin 1932, S. 195, 196.

bei einer bisher regelmäßig zunehmenden und auf einmal von Jahr zu Jahr abnehmenden Bevölkerung behauptet sich infolge der bis zum Umkehrpunkt steigenden Jahrgänge die Arbeitskraftentwicklung nach erfolgtem Umschlag der Geburtenbewegung noch solange in der alten Richtung weiter als die schwächer werdenden Jahrgänge noch nicht in das Erwerbsleben eingetreten sind, also etwa 15 bis 16 Jahre. Nach dem nun eintretenden Wendepunkt der Entwicklung greift eine Abnahme bei den Arbeitskraft-Einheiten Platz. Sie hat zur Folge, daß erst nach Ablauf von weiteren 15 bis 16 Jahren — vom Wendepunkt aus gesehen — die Entwicklung soweit fortgeschritten ist, daß die nunmehrige verfügbare Arbeitskraft derjenigen des Ausgangspunktes annähernd entspricht. Also auch nach einem erfolgten Umschlag der Geburtenbewegung ist eine etwa 30 Jahre sich in der alten Richtung hinziehende Entwicklung der Arbeitskraft zu konstatieren. Obwohl die Geburtenzahl abnimmt, ist die verfügbare Arbeitskraft ungefähr 30 Jahre im Steigen, trotz regelmäßig zunehmender Geburtenziffer etwa die gleiche Zeit im Sinken begriffen. Dabei ist es mit einer einmaligen, wenn auch über 30 Jahre dauernden Angleichung an die neuen Verhältnisse keineswegs getan, vielmehr erreicht die übernormal starke Besetzung der mittleren, für die produktive Arbeit und das Erwerbsleben vorzüglich in Frage stehenden Lebensalter erst etwa 40 Jahre nach dem Einsetzen dieser Entwicklung ihren höchsten Punkt, auf dem sie sodann wenigstens einige Jahrzehnte verharrt.[13]) Es liegt auf der Hand, daß im Falle Deutschlands und auch Englands,[14]) für die ein relativ mäßiges Abnehmen der Geburtenziffer von ungefähr der Jahrhundertwende an bis zum Kriegsbeginn und dann ein fortschreitendes r a s c h e s Absinken im ganzen in der Kriegs- und Nachkriegszeit zutrifft, eine Verschärfung und Verlängerung der Schwierigkeiten, die aus der anormalen Geburtenzahlentwicklung erwachsen, auftreten muß.[15])

---

13) vgl. hiezu die G ü n t h e r'schen Berechnungen, Anhang, Tab. Nr. 2, Spalte 1 und 4!

14) im Gegensatz zu Frankreich, wo eine zwar absolut sehr geringe Zunahme, jedoch keine so stark progressive Abnahme zu verzeichnen ist wie in Deutschland und England (mit Wales).

15) vgl. Tab. 3, Anhang über die Entwicklung des Geburtenüberschusses in den genannten Ländern.

2. Kapitel.

Die relative Bevölkerungsbewegung, d. i. die Verschiebung in der Zusammensetzung der Bevölkerung in ihrer Auswirkung auf den Arbeitsmarkt.

Wenn das Angebot auf dem Arbeitsmarkt von demjenigen Teil der Bevölkerung eines Wirtschaftsgebietes bestimmt wird, der nicht nur zur wirtschaftlichen Tätigkeit bereit sondern vor allem auch geeignet ist, dann entscheidet die Bevölkerung nicht nur durch ihre Zahl sondern auch durch ihre Eigenschaften, d. h. im besonderen in ihrer Zusammensetzung über das Angebot auf dem Arbeitsmarkt. Der wirtschaftlich produktive Teil der Bevölkerung wird ja auch nicht allein von der absolut-positiven oder absolut-negativen Entwicklung der Volkszahl berührt, es kommt also nicht allein auf ihre Größe und die Stärke des Volkswachstums an, vielmehr ist zu berücksichtigen, daß entsprechend den besonders gearteten Verhältnissen der Bevölkerung eines Landes ein verschieden großer Teil derselben seine Arbeitskraft auf dem Markt zur Verfügung stellen wird.

Die innerhalb des Volkskörpers sich vollziehenden Änderungen und Verschiebungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung können als Ursachen von Veränderungen der Lage auf dem Arbeitsmarkt weitgehend in Betracht kommen, ohne daß die Volkszahl auch nur die geringste Zu- oder Abnahme zu erfahren braucht. Diese relative Bewegung der Bevölkerung gewinnt schon insofern gegenwärtig an Bedeutung und Interesse als die absolute Entwicklung fast aller Völker des westlichen Kulturkreises einer Stagnation entgegengeht, zum Teil sich schon in diesem Stadium befindet.

1. Abschnitt.

Das Verhältnis zwischen Arbeitskraft und Konsumkraft innerhalb einer Bevölkerung als wesentliches Moment im Gegensatz zur einfachen Gegenüberstellung der Zahl der Arbeitskrafteinheiten zur Zahl der Konsum- bezw. Bedarfseinheiten.

Innerhalb der Gesamtbevölkerung eines Landes hat schon der Statistiker Engel im Jahre 1879 die Unterscheidung in „Nährer“ und „Zehrer“ gemacht und aus dem Verhältnis dieser zueinander Schlüsse mannigfacher Art gezogen.[1]) Da es ihm an geeigneten berufsstatistischen Unterlagen gebrach, zog er Vergleiche zwischen der Zahl der 15 bis 65jährigen Bewohner und der Zahl der Kinder

1) Engel, Zeitschr. d. Preuß. Statist. Bureaus, 1879, S. 85.

unter 15 Jahren; er ging somit jedenfalls von der Zusammensetzung der Bevölkerung aus. Auch die moderne Literatur vergleicht meist nur die einfache Zahl der Arbeitskrafteinheiten und der Bedarfseinheiten miteinander, um auf Grund dieser Verhältniszahlen etwas über die Beeinflussung der Arbeitsmarktlage auszusagen.[2]) Das relative Arbeitsangebot ist darnach einfach abhängig von der Proportion der Produzenten, das sind die im Alter von 15 bis 65 Jahren stehenden Wirtschaftssubjekte, und der Konsumenten, d. i. die Gesamtbevölkerung. Übersehen wird dabei die Tatsache, daß nicht die Zahl der Konsum- bezw. Bedarfseinheiten für den Umfang des Absatzes auf dem Innenmarkte die entscheidende Rolle spielt, sondern nur der Teil der Bedarfseinheiten, der kaufkräftig ist.[3]) Der Zusammenhang liegt also nicht einfach so, daß der Entwicklung der Zahl der Bedarfseinheiten im Verhältnis zu der der Arbeitskrafteinheiten (d. i. der Teil der Bevölkerung, der im erwerbsfähigen Alter steht), für die Nachfrage auf dem Gütermarkte maßgebend wäre, somit auf die Lage am Arbeitsmarkt irgend einen Einfluß[4]) ausüben könnte. Vielmehr kommt die wesentliche Bedeutung im Hinblick auf die Lage am Arbeitsmarkt dem Verhältnis zwischen Arbeitskraft und Konsumkraft zu, wobei also unter Arbeitskraft die Gesamtheit der im Alter von 15 bis 65 Jahren stehenden Erwerbsfähigen und unter Konsumkraft nur der Teil von Konsumbedürfnissen, der kaufkräftig ist, zu verstehen ist.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß es für die Stärkung der Konsumkraft nicht auf einen Volkszuwachs schlechthin ankommt, sondern auf denjenigen im erwerbsfähigen Alter. Je nach der Entwicklung dieser im arbeitsfähigen Alter stehenden Bevölkerungsschicht innerhalb eines Volkskörpers nach der einen oder anderen Seite hin, ist das Arbeitsangebot unter Umständen starken Schwankungen ausgesetzt. Ein je größerer Teil der im erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerungsschicht erwerbstätig wird, ein umso größerer Kaufkraftzuwachs wird zu verzeichnen sein, da man im Regelfalle wohl annehmen kann, daß die Produktionsergebnisse proportional den neu tätig werdenden Arbeitskräften sich erhöhen. Ermöglicht eine Vermehrung der Arbeitskräfte eine relativ stärkere Ausnutzung der natürlichen Kräfte eines Landes, sodaß damit die produktive Leistung des Einzelnen stärker zunimmt als die Volkszahl, dann wird die kaufkräftige Nachfrage stärker zunehmen als die Zahl

---

2) vgl. F. Burgdörfer, Volk ohne Jugend, u. E. Günther a.a.O., auch C. Nawratzki, Bevölkerungsstillstand als Wirtschaftsproblem unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft, Berlin 1930 (Schrift. d. Reichskuratoriums f. Technik i. d. Landwirtschaft).

3) vgl. P. Mombert, Der Einfluß des Geburtenrückgangs auf Konjunktur und Arbeitsmarkt. Schmollers Jahrb. 1933, 57. Jahrgg.

4) außer dem schon erwähnten, durch die andere Art der Verwendung der Kaufkraft entstehenden, vgl. o. S. 14, 15.

derer, die ins erwerbstätige Alter hineinwachsen, während umgekehrt die kaufkräftige Nachfrage hinter der Arbeitskraftvermehrung zurückbleiben muß, wenn die Fortentwicklung der Wirtschaft nur unter steigenden Kosten vonstatten geht.[5])

Der Gedanke, daß bei Eingliederung von Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozeß diese als Konsumenten sowohl wie als Produzenten auf dem Markt erscheinen, daß die hergestellten Güter von den nunmehr wieder kaufkräftigen, weil aus Arbeitslosen zu Lohnempfängern gewordenen Arbeitern und Angestellten im Grade des Fortschreitens der Wiedereinstellung in den Arbeitsprozeß abgenommen werden, daß also die Käufer dieser neuen Waren die ehemaligen Arbeitslosen selbst sind, wirkt bestechend und macht nur allzu leicht vergessen, daß zu jedweder wirtschaftlichen Tätigkeit, d. h. zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit, gewisse sachliche Voraussetzungen gegeben sein müssen. Nimmt die Arbeitsbevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung als Konsumbevölkerung über deren Erhaltungs- bezw. Erweiterungsbedarf hinaus zu, so wird, wenn nicht besondere Umstände gegeben sind, die einen Ausgleich zu schaffen vermögen,[6]) ein Überangebot an Arbeitskraft die Folge sein. Erhaltungsbedarf ist dabei nach E. Günther alles, was eine Volkswirtschaft benötigt, um sich in jeder Hinsicht auf der Höhe zu halten, also außer dem laufenden Verbrauch der Bevölkerung selbst, alles was notwendig ist, um Gebäude, Maschinen u. dergl. immer wieder zu erneuern. Bei statisch gedachter Volkswirtschaft mit ausgeglichener, stillstehender Bevölkerung würde es sonach nur Erhaltungsbedarf der als reiner Verbrauchsgüterbedarf erscheint, geben, wenn auch die Verbrauchsgüter stets verbrauchte Kapitalgüter in sich schließen. Jedenfalls: Zieht man eine dynamisch bewegte, unausgeglichene — also sich erweiternde oder auch schrumpfende — Bevölkerung in Betracht, so verlangt die sich ausdehnende Produktion unter allen Umständen die Bildung von zusätzlichem Kapital, bezw. braucht bei zusammenschrumpfender Bevölkerung nicht der ganze alte Kapitalbestand erneuert zu werden, sondern der nicht mehr nötige Teil kann endgiltig aufgezehrt werden.[7])

---

5) worauf P. Mombert verweist; Der Einfluß des Geburtenrückgangs auf Konjunktur u. Arbeitsmarkt, S. 840.

6) wie z. B. eine relativ hohe Kapitalbildung, die aber in unserer Betrachtung vorerst eliminiert sein soll.

7) E. Günther, a.a.O., S. 929, 957.

2. Abschnitt.

Der anormale Altersaufbau und die dadurch bedingte Erwerbsfähigenverschiebung.

Der normale Altersaufbau bei annähernd ausgeglichener Bevölkerung charakterisiert sich dergestalt, daß sich die verschiedenen Altersgruppen — in der schematischen Form gesehen — in Art einer Pyramide, der „Alterspyramide", übereinanderlegen. Auf einer breit ausladenden Basis der Jugendlichen unter 15 Jahren dehnt sich sodann ein schmälerer Mittelbau der Produktiven-Schichten aus und die Pyramidenspitze wird schließlich von nicht mehr erwerbsfähigen und nur beschränkt arbeitsfähigen Greisen, den über 65-Jährigen, gebildet. Vergegenwärtigt man sich an Hand dieses schematischen Bildes der Alterspyramide die Entwicklung in Deutschland, so läßt sich feststellen, daß sich das Fundament jener Pyramide, das aus den Jugendlichen besteht, immer mehr zusammenzieht, während die noch vollbesetzten Geburtenjahrgänge früherer Zeit im erwerbsfähigen Alter, der Mittelschicht, sich befinden und immer noch starkbesetzte Jahrgänge in das Erwerbsalter hineinwachsen. Aus der Änderung des Bedarfes, hervorgerufen durch die Geburtenrestriktion, einerseits und der relativen und zugleich absoluten Zunahme der erwerbsfähigen Schicht andererseits erwächst bei der Unmöglichkeit, diesen Zuwachs an Arbeitsfähigen in der Wirtschaft unterzubringen, ein „ungesundes" Verhältnis zwischen Arbeitskraft und Konsumkraft. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß die Arbeitslosigkeit für den von ihr Betroffenen den Verlust seiner Kaufkraft bedeutet und daß durch diese Kaufkrafteinbuße wiederum neue Arbeitslosigkeit entsteht.[8])

Von Zahn wird darauf verwiesen,[9]) daß, während die Einschrumpfung des jungen Nachwuchses die Quote der Erwerbsfähigen sozusagen automatisch erhöht, das Kontingent der Arbeitsfähigen aber nur eine ganz unwesentliche Einschränkung durch die Zunahme der jenseits der Erwerbsgrenze stehenden Personen erfährt — dank einer immer verlängerten Lebensdauer. Der wirtschaftlich wichtigste Teil der Bevölkerung, die im arbeitsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren Stehenden, sind gegenwärtig in Deutschland immerhin ungewöhnlich stark vertreten. Die Zunahme, die bei den Erwerbsfähigen von 1907 bis 1925 für beide Geschlechter doppelt so schnell stattgefunden hat als die Schicht der noch nicht und der nicht mehr Produktiven angewachsen ist, erscheint um so auf-

8) von H. Moeller gelegentlich sekundäre Arbeitslosigkeit genannt; vgl. „Rationalisierung und Arbeitslosigkeit", Weltwirtschaftliches Archiv, 34. Bd., Jena 1931, S. 387 ff.

9) F. Zahn, Wirtschaftsaufbau Deutschlands, Artikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften 4. Aufl., Erg.Bd., Jena 1929, S. 960 ff.

fallender als in der Zeit vor dem Kriege der Grad der Erwerbskraft im wesentlichen konstant blieb.[10]) Wenn für das Vorhandensein dieses relativen Überangebotes an Arbeitskrafteinheiten die Besserung auf dem Gebiete der Sterblichkeitsbekämpfung und die Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer verantwortlich gemacht werden, so ist nicht ohne weiteres ein plausibler Grund zu erkennen, der diese Meinung stützt. Denn, faßt man die Erwerbstätigen ins Auge, so entspricht doch einer längeren Erhaltung der Arbeitskraft auch eine gleichlange Erhaltung der Konsumkraft. Entscheidender Einfluß auf das Verhältnis von Arbeitskraft und Konsumkraft kommt jedoch der mit dem Sinken der Geburtenziffern Hand in Hand gehenden grundlegenden Verschiebung des Altersaufbaus im Zusammenhang mit der Verbesserung der Sterblichkeitsverhältnisse zu. „In dem Maße, wie die sehr stark besetzten Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit, mit rund 2 Millionen Köpfen jährlich, in der Altersskala aufsteigen, werden die höheren Altersklassen immer stärker besetzt sein müssen, aber der jugendliche Unterbau, der diesen breit ausladenden Mittel- und Oberbau tragen soll, schrumpft infolge des fortschreitenden Geburtenrückgangs immer mehr zusammen und steht im Mißverhältnis zur Stärke des Mittel- und Oberbaues".[11]) Dabei ergibt sich, daß die 15- bis 40-jährigen Personen dann einige Jahrzehnte lang übermäßig stark vertreten sein werden. Zieht man den Zeitraum von 1871 bis 1930 in Betracht, dann findet man, daß die Bewegung der Gesamtbevölkerung von der der Arbeitsbevölkerung weit verschieden verläuft. Denn im ersten Abschnitt dieses Zeitraumes, von 1871 bis 1890, nimmt die Bevölkerung rascher zu als die Arbeitskräfte, dagegen läßt in den folgenden zwei Jahrzehnten von 1890 bis 1910 die Zunahme der Arbeitskräfte die der Bevölkerung hinter sich zurück und im Verfolg der nächsten 15 Jahre von 1910 bis 1925 übertrifft die absolute Zunahme der Arbeitsbevölkerung die der Gesamtbevölkerung ganz wesentlich.[12]) E. Günther stellt fest, daß Deutschland in dem genannten Zeitraum „fast drei Millionen Arbeiter mehr gewinnt als neue Menschen überhaupt." Abgesehen davon, daß in den ersten zwei Dezennien, also in der Zeit bis 1890, durch Auswanderung vorwiegend Menschen im arbeitsfähigen Alter dem Lande entzogen, andererseits nach 1890 durch Einwanderung wiederum fast ausschließlich im Arbeitsalter stehende Personen dem Lande wieder zurückgegeben wurden, ist das allgemeine Bevölkerungswachstum durch den kurz nach der Jahrhundertwende einsetzenden und fort-

---

10) vgl. Tab. Nr. 4, Spalte 4, Anhang!

11) F. Burgdörfer, Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsstruktur und landwirtschaftlicher Absatz. Gutachten für die agrarpolitische Tagung der Friedr.-List-Gesellschaft, Berlin 1932, S. 34.

12) vgl. Tab. Nr. 4, Anhang! — E. Günther, a.a.O., S. 923 f.

dauernden Geburtenrückgang[13]) — verstärkt auch durch den Geburtenausfall in Kriegs- und Nachkriegszeit — erheblich herabgedrückt worden. Dadurch, daß die starkbesetzten Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit aus den Jahren von 1895 bis 1910 in das erwerbsfähige Alter aufstiegen, wurden nicht nur Kriegsverluste, die ja vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, die Jahresklassen der arbeitsfähigen Bevölkerung getroffen haben, ausgeglichen, sondern dazu noch ein ganz bedeutender Überschuß an Arbeitskräften gewonnen. Durch den Neuzuwachs an jugendlichen, arbeitsfähigen Männern infolge des ungleichmäßigen Altersaufbaues der deutschen Bevölkerung wurde es jedenfalls möglich, die Lücke, die durch den Krieg in die Reihen der arbeitsfähigen Männer gerissen wurde, sofort wieder zu schließen; anders in Frankreich beispielsweise, wo infolge des gleichmäßigen Altersaufbaus die Zahl der im Weltkriege gefallenen erwerbsfähigen Männer einen tatsächlich nur langsam wieder ausgleichbaren Wegfall an einheimischen Arbeitskräften verkörpert.[14])

Die innerhalb der deutschen Bevölkerung vor sich gegangene und das Arbeitsangebot erhöhende Verschiebung kennzeichnet sich in entscheidender Weise durch die Tatsache, daß ungefähr um das Jahr 1930 etwa 70,5 Prozent der Gesamtbevölkerung im arbeitsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren standen im Gegensatz zum Vorkriegs-Deutschland, in dem diese erwerbsfähige Quote der Bevölkerung nur 60 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Wie sehr sich die Alterszusammensetzung der Bevölkerung etwa zwischen 1910 und 1930 geändert hat und wieviel größer demzufolge das Arbeitskraftangebot in diesem Zeitraum geworden ist, kann an Hand der Tabelle Nr. 4 leicht ersehen werden[15]) denn

wenn 15- bis 65-Jährige 1930 festzustellen waren rd. 45 342 000,
bei 61,17 Proz. d. Bevölkerung von 1910 würden 1930 rd. 39 377 000 vorhanden sein,

was einen Überschuß ergibt von rd. 5 965 000.

Unter Zugrundelegung des Altersaufbaus der Bevölkerung der Gegenwart für das Jahr 1910 wären damals rund 5,3 Millionen arbeitsfähige Menschen mehr zur Verfügung gewesen, denn während 1910 tatsächlich nur 35 353 000 Personen im Arbeitsalter standen, hätte diese Zahl bei heutigem Altersaufbau den Wert

$$\frac{57\,798\,000\ (\text{Ges.Bev. 1910}) \times 70{,}44\ (\text{Arb.Bev. in \% d. Ges.Bev. 1930})}{100}$$

= 40 712 911 oder rund 40 713 000 erreichen müssen. Es ergibt sich:

13) vgl. R. Lotze, Volkstod? Stuttgart 1932, S. 8, Tabelle!

14) In Frankreich allerdings nicht voll in Erscheinung getreten wegen des starken Zustroms von ausländischen Arbeitern auf den französischen Arbeitsmarkt.

15) vgl. Anhang!

Die im produktiven Alter stehende Mittelschicht der Bevölkerung hat unverhältnismäßig starken Zuwachs zu verzeichnen, eine Entwicklung, die für das Arbeitsangebot und für die Lage am Arbeitsmarkte überhaupt von entscheidendem Einfluß werden mußte. Freilich ist diese Entwicklung des Arbeitsangebotes ja nicht für sich allein für das Anwachsen der Beschäftigungslosigkeit verantwortlich, sondern immer im Zusammenhang mit der Lage auf dem Kapitalmarkte; denn erst die Disproportionalität unter den Produktionsfaktoren wird zur Ursache der Beschäftgungslosigkeit.

Die Wirkungen der Altersveränderungen auf die Arbeitslosigkeit wurden im übrigen noch von zwei Seiten beeinflußt, auf der einen hat die Größe des schon vorhandenen relativen Überangebots an Arbeitskräften durch die Kriegsverluste eine Dezimierung von rund 2 Millionen im erwerbsfähigen Alter stehender Männer erfahren, wodurch die Wirkungen der Altersverschiebung auf die Beschäftigungslosigkeit nicht unbedeutend abgeschwächt wurden. Auf der anderen Seite ist das Maß der Beschäftigungslosigkeit nach dem Friedensschluß sicherlich auch durch die Höhe des Arbeitsangebots, das aus der Verminderung des stehenden Heeres um etwa 600 000 Mann[16]) entstand, wieder gesteigert worden.

Bei einem fortschreitenden Geburtenrückgang wie bei uns in Deutschland ist zunächst die stärkste Abnahme bei den Kindern festzustellen, dann folgen die Jugendlichen. Die weitaus ansehnlichsten Ziffern weist jedoch die in der Vollkraft ihrer Jahre sich befindende Bevölkerungsschicht auf — dank einer etwa 15 Jahre und mehr zurückliegenden größeren Geburtenzahl. Die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung, die sich aus der natürlichen Bevölkerungsdynamik in der Kriegs- und Nachkriegszeit ergeben haben, hatten die tiefgreifenden Konsequenzen, daß, während der Anteil der Jugendlichen um 24,2 Prozent zurückging, der Anteil der Erwachsenen sich um 11,9 Prozent höher stellte.[17]) Die Entwicklung der Schicht der erwerbsfähigen Personen ging also in den Bahnen der starken Bevölkerungszunahme der Vorkriegszeit weiter, während die Nachwuchsschicht infolge des anhaltenden Geburtenrückgangs in ihrer Entwicklung immer mehr zurückblieb. An die Stelle der hohen Geburtenziffern des Vorkriegsjahrzehntes 1900 bis 1910 von rund 36 auf Tausend Einwohner, die sich heute in der Bevölkerungsschicht der über 15-Jährigen auswirken, sind jetzt Geburtenziffern getreten, die weit dahinter zurückbleiben: Seit 1924 werden 20 und weniger Geburten auf das Tausend der Bevölkerung gezählt. Die Zahl beträgt im Jahre 1929: 17,9;[18]) 1931: 16;

16) Mombert, Bevölkerung und Arbeitsmarkt, a.a.O., S. 178.
17) H. J. Platzer, a.a.O., S. 332.
18) ebenda, S. 333 und Burgdörfer, Gutachten . . . . . S. 18.

1932: 15,1; 1933 war sie schon auf 14,7 gesunken, um 1934 auf etwa 17,9 wieder anzusteigen.[19]) Die auf's Tausend der Bevölkerung bezogene Geburtenziffer ist demnach seit 1910 auf weniger als die Hälfte zusammengeschmolzen. Noch bis zur Jahrhundertwende gebar jede dritte Frau im gebärfähigen Alter von 15 bis 45 Jahren einmal im Jahresdurchschnitt, während im Jahre 1932 nur noch auf jede neunte eine Geburt entfiel (in Berlin nur noch auf jede siebzehnte)[20]). Nach Burgdörfer würden auf eine Ehefrau bis zum Abschluß ihrer Gebärfähigkeit, da das mittlere Heiratsalter der Frauen etwa 24 Jahre betrage, im Reichsdurchschnitt weniger als drei Kinder in Anrechnung zu bringen sein. Zur Erhaltung des Bestandes nicht nur der Familie sondern des ganzen Volkes wären aber in jeder überhaupt fruchtbaren Ehe durchschnittlich 3,4 Geburten nötig, bei Berücksichtigung auch der unehelichen Kinder etwa 3,1 Geburten. Tatsächlich kämen auf eine Ehe im Gesamtdurchschnitt in den letzten Jahren nur etwa 2,4 Kinder, wobei also auch die gewollt oder ungewollt sterilen Ehen eingeschlossen sind.[20]) Wenn trotzdem während der hochkapitalistischen Wirtschaftsperiode Bevölkerungszunahme in ungewöhnlicher Weise stattgefunden hat, so sind die Gründe der Bevölkerungsvermehrung während des neunzehnten Jahrhunderts nicht auf der Seite des Lebens, sondern auf der Seite des Todes zu suchen;[21]) denn die Sterblichkeit ging weit rascher zurück als die Geburten.[22])

Sombart meint auch dementsprechend, die Zunahme der Bevölkerung sei fast in ihrer vollen Ausdehnung als eine Folge des Sinkens der Sterberate zu werten. Durch die ständige Abnahme der Geburten und die sinkende Sterberate wird also das Volk durchschnittlich älter und muß schließlich „überaltern".

Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht die Steigerung der Erwerbsfähigenschicht, der die Zunahme der Erwerbstätigen bis zum Jahre 1925 fast genau zu entsprechen pflegte. So betrug die Zunahme der Erwerbsfähigen im Zeitraum 1907 bis 1925 in Deutschland 27,1 Prozent, die der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum 27,2 Prozent.[23]) Diese Verschiebung im Altersaufbau zugunsten der erwerbsfähigen Schichten und zuungunsten der

---

19) Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, Berlin 1933, S. 27, und: Mitteilungsblatt der Krankenkasse der Deutsch. Angestellten, Berlin, Juni 1935 (Artikel: „Geburt und Tod im Jahre 1934 im Deutschen Reich" von R. v. Ungern-Sternberg).

20) Burgdörfer, Gutachten . . . , S. 18 f.

21) W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, II. Aufl., Mchn. u. Leipzig 1928, III. Bd., S. 359.

22) vgl. S. Budge, Geschichte der volkswirtschaftlichen Ideen und Theorien. Die Handelshochschule, Berlin 1928, II. Bd., S. 413.

23) vgl. Platzer, a.a.O., S. 332.

Jugendlichen war aber nicht nur Anlaß zu einer Steigerung der Erwerbstätigenzahl um 27,2 Prozent oder 6,8 Millionen schlechthin, vielmehr hat sich die Zahl der Erwerbstätigen ständig rascher vermehrt als der Zunahme der Gesamtbevölkerung etwa entsprechen würde, denn diese stellte sich für den gleichen Zeitraum 1907 bis 1925 auf 13,5 Prozent oder rund 7,4 Millionen.[24]) Es ergibt sich hieraus, daß es abwegig ist, wenn man versucht, die Arbeitsfähigen- und Erwerbstätigenzunahme unmittelbar aus der absoluten Bevölkerungsvermehrung herzuleiten. Den höheren Grad der Erwerbsfähigkeit bedingten vornehmlich die Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung. Daß es im letzten Jahrzehnt nicht gelang, alle Erwerbsfähigen auch erwerbs t ä t i g werden zu lassen — wie es im Zeitraum von 1907 bis 1925 der Fall war — kann bei der eintretenden Kapitalknappheit[25]) und Kreditkrise verbunden mit dem Hereinwachsen gerade der stärksten Geburtsjahrgänge der Vorkriegsjahre in das erwerbsfähige Alter, zu deren Eingliederung in die Wirtschaft ein Mehr an Kapital notwendig gewesen wäre, nicht überraschen. L ö s c h meint einmal, es „wäre wohl ohne das Zwangssparen der Inflation und vielleicht auch der Kriegsjahre unmöglich gewesen, bis 1925 den Arbeitskraftzuwachs, der seit 1907 sieben Millionen betrug, und der gerade nach dem Krieg größer war denn je, fast restlos in den Produktionsprozeß einzugliedern".[26])

Wenn in den Jahren der Gegenwart, etwa 1930 bis 1934, die Kriegsgeburtenjahrgänge 1915 bis 1919 in das erwerbsfähige Alter eintreten, so vermögen diese in ihrer zahlenmäßigen Stärke, dank der sehr niedrigen Geburtenhäufigkeit der Kriegsjahre, die aus der Gesamtheit der erwerbsfähigen Männer durch Tod über Überschreiten des 65. Lebensjahres Ausscheidenden nicht voll zu ersetzen. Infolge des Einrückens dieser schwachbesetzten Jahrgänge ins Arbeitsalter zeigt sich demgemäß ein Stagnieren der Erwerbsfähigenzahl.[27]) In den kommenden Jahren ist bis gegen die Mitte des Jahrhunderts noch eine Zunahme festzustellen, die sich sodann in eine ständige Abnahme verkehrt. Während die Gesamtzahl der im arbeitsfähigen Alter stehenden Männer schon in den Jahren von 1931 bis 1934 eine gewisse Einschränkung erfuhr und gegenwärtig (1935) wieder anzusteigen beginnt, sinkt das Jugendlichen-Kontingent der 15- bis 20-Jährigen von 1931 ab pro Jahr um mehrere Hunderttausend, sodaß diese Altersgruppe zu Beginn des Jahres 1935 um

---

24) ebenda, S. 326 f.

25) vgl. Reparationszahlungen!

26) A. L ö s c h, Was ist vom Geburtenrückgang zu halten? Heidenheim/Württbg. 1932, II. Teil, S. 48.

27) vgl. hiezu Tab. Nr. 6, Anhang! Ferner: Der Einfluß der Bevölkerungsentwicklung auf den Arbeitsmarkt im Deutschen Reich. Wirtschaft u. Statistik. Berlin 1926, S. 723 ff.

etwa 41 Prozent schwächer dasteht als vor zehn Jahren, am Anfang des Jahres 1925. Auf das Maß der Beschäftigungslosigkeit dürfte dadurch jedoch praktisch kein Einfluß ausgehen, da die kleinere Zahl der jugendlichen Erwerbsfähigen von 15 bis 20 Jahren infolge des Ansteigens der Kerngruppe der 25- bis 45-jährigen Männer einen Ausgleich erfährt. Es tritt also nur hinsichtlich des Alters der Beschäftigten eine Verschiebung ein. Auch die über 45-jährigen Männer nehmen ständig zu, sodaß sich schließlich für das Arbeitskraftangebot eine stärkere Beeinflussung von der zunehmenden Entwicklung dieser letzten beiden Gruppen gegenüber der abnehmenden ersten Jugendlichen-Gruppe ergibt, wenngleich die Abnahme der Jugendlichen-Zahl an sich größer ist. Zusammengefaßt weist der Erwerbsfähigenzugang in den drei Jahren von 1931 mit 1933 eine kleinere Zahl aus als der Abgang. Eine nennenswerte Entlastung des Druckes der Beschäftigungslosigkeit konnte auch für die Jahre, in denen erstmals der Kriegsgeburten-Ausfall in Erscheinung treten mußte, nicht in Frage kommen. Immerhin bedeutet das Ausbleiben des bisher gewohnten regelmäßigen Zuwachses eine gewisse Erholungspause, die jedoch nicht über die grundlegende Bedeutung einer strukturellen Wandlung auf Grund des Bevölkerungsrückgangs hinwegzutäuschen vermag.

B u r g d ö r f e r gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß von der Seite der Bevölkerungsentwicklung her eine automatische Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems der Gegenwart nicht zu erwarten stehe; „denn sonst", so argumentiert er, „hätte ja schon die Verlangsamung des Nachschubs in den letzten Jahren mindestens eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit verhindern müssen."[28]) Verschiebungen in der Zahl der Erwerbsfähigen können eben vor sich gehen, ohne daß die Bevölkerung als Ganzes eine Veränderung erfährt. Innerhalb der Erwerbsfähigen wiederum kann sich die Quote derer ändern, die erwerbstätig sind — je nach dem Verhältnis der zur Verfügung stehenden beiden anderen Produktionsfaktoren zur Arbeitskraft.

Faßt man die weitere Bevölkerungsbewegung ins Auge, so zeigt sich: Von 1935 ab kommen wieder stärkerbesetzte Jahrgänge, also schon Nachkriegsjahrgänge, in das Arbeits- und Erwerbsalter. Das hat zur Folge, daß die Zahl der Jugendlichen von 15 bis 20 Jahren sich wieder entsprechend erhöht bis gegen 1940; und in gleicher Weise ist für die beiden Gruppen der 25- bis 45-Jährigen und der 45- bis 65-Jährigen eine Zunahme festzustellen, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie bei der Jugendlichen-Gruppe. Bei der für den Arbeitsmarkt relevanten Gruppe jedenfalls ist in derselben Zeit, in der die Jugendlichen-Gruppe eine Abnahme erfährt, ein

28) Volk ohne Jugend [1932], S. 194, 195.

besonderer Zuwachs zu verzeichnen deshalb, weil jetzt wesentlich stärkerbesetzte Jahrgänge in diese infolge der Kriegsverluste schwachen Altersgruppen einrücken. Der Arbeitsmarkt der Erwachsenen erfährt insofern eine Beeinflussung, als auf erwachsene Arbeitskräfte als Ersatz für die fehlenden Jugendlichen zurückgegriffen werden muß. Das Erwachsenen-Angebot bewegt sich nämlich dauernd in der Richtung einer Zunahme. Wenn auch die Mittelgruppe der im arbeitsfähigen Alter von 25 bis 45 Jahren stehenden Männer gegen 1940 ihren Wendepunkt erreicht, so geht die Aufwärtsbewegung der Gesamtzahl der im arbeitsfähigen Alter Stehenden, dank der noch immer starken Zunahme der 45- bis 65-Jährigen-Gruppe im Jahrzehnt nach 1945, noch weiter, was jedoch der potentiellen Arbeitskraft der Bevölkerung keine wesentliche Steigerung mehr einzubringen vermag, da die 25- bis 45-jährigen Männer durch den Eintritt der Kriegsgeburtenjahrgänge in diese Gruppe ihre Abwärtsbewegung solange fortsetzen, bis die letzten Vorkriegsjahrgänge in ihr von den schwächeren Kriegs- und Nachkriegsjahrgängen ersetzt sind, nach der Tabelle[29]) also offenbar gegen 1958. Von hier ab ist die Gestaltung der zukünftigen Geburtenzahlen entscheidend für die Höhe der Zahl der im Arbeitsalter Stehenden. Da um 1930 die schwächeren Kriegsgeburtenjahrgänge nicht mehr bei den belastenden, unproduktiven, sondern bei den erwerbstätigen Jahrgängen in Erscheinung treten, nimmt der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung von diesem Jahre an langsam ab, wie sich oben schon gezeigt hat.

Bisher wurde durch den Bevölkerungsrückgang nur die belastende Kinder-Schicht geschwächt, während die Schicht der arbeitsfähigen Personen sich in der alten Richtung weiterbewegte und damit eine bedeutende absolute Zunahme der Erwerbsfähigen eintreten mußte. Durch diese Entwicklung wurden also bisherige Nur-Konsumenten in Arbeitsfähige und Produzenten verwandelt, wobei die Volkszahl[30]) unverändert blieb. Auf weite Sicht jedoch muß eine Steigerung des Anteils der Erwerbsfähigen auf Grund eines Bevölkerungsrückgangs einen Stillstand wenn nicht Rückgang der absoluten Zahl der Erwerbsfähigen und damit auch der Erwerbstätigen zur Folge haben, es sei denn, daß ein Ausgleich infolge günstigerer Sterblichkeitsverhältnisse möglich wird.[31])

---

29) vgl. Tab. Nr. 6, Anhang!

30) wenigstens annähernd.

31) Dafür dürfte allerdings wenig Aussicht bestehen. Der Fortschritt in der Verbesserung der Sterblichkeitsverhältnisse war in den letzten dreißig Jahren so groß, daß die Zahl der Gestorbenen pro 1000 der Bevölkerung (in Deutschland) in dieser Zeitspanne auf weniger als die Hälfte sank. Noch um 1900 starben auf das Tausend der Bevölkerung etwa 22, im Jahre 1931 etwa 11,2 Personen und im Jahre 1932 sogar nur noch 10,8. Vgl.: Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin

Es liegt auf der Hand, daß infolge verminderter Geburtenzahlen und verbesserter Sterblichkeitsverhältnisse eine Verschiebung des Schwergewichts innerhalb des Volkskörpers nach der Spitze der „Alterspyramide" zu — bildlich gesprochen — stattfinden muß. Zieht man die Schicht der „alten Leute" (über 65) in Betracht, so hat nach dem oben Gesagten diese Gruppe ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung, verglichen mit der Vorkriegszeit, teils als Folge des sinkenden Anteils der Jugendlichen (automatische Quote!)[32]) teils als Folge des tatsächlich erhöhten Wachstums vergrößert. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Jugendlichen bis zu 15 Jahren und den Alten über 65 Jahren wird sich nach Burgdörfer — im Jahre 1925 noch mit einem Quotient von 4 : 1 feststehend — in der kommenden zweiten Hälfte des Jahrhunderts so grundlegend verändern, daß sich ein Verhältnis von 1 : 1 ergibt, wonach die Zahl der „alten Leute" ebenso groß ist wie die der Jugendlichen.[33])

Aber nicht nur eine wachsende Zahl der Gruppe der über 65-Jährigen ist das Ergebnis der Entwicklung der Sterblichkeitsverbesserungen, der Rückgang der Sterblichkeit macht sich in gleicher Weise auch bei den anderen beiden Bevölkerungsgruppen, der erwerbstätigen Mittelschicht und der Jugendlichengruppe, bemerkbar und ruft eine Wirkung in der Weise hervor, daß einerseits der Erwerbstätigengruppe eine größere Zahl von Arbeitern erhalten bleibt, andererseits ein größerer Anteil der Geborenen das erwerbsfähige Alter erreicht.[34]) Sonach wird zwar im Laufe der Zeit wohl

---

1933, S. 27. Ferner das Schaubild über die voraussichtliche Entwicklung der Geburten- und Sterbeziffern bis 1980 in „Volkstod?" von R. Lotze, S. 45.

Lotze wirft auf Seite 48 die Frage auf: „Kann die Kurve der Sterbefälle, die Todeskurve, noch wesentlich weiter sinken?" und antwortet: „Das ist nicht möglich ..... Die mittlere Lebenserwartung mag vielleicht auch noch etwas weiter steigen ..... Alle ärztliche Kunst und hygienische Fürsorge finden eben schließlich in der menschlichen Konstitution ihre Grenze ..... Wenn also weitere Fortschritte der Hygiene nur einen geringen und auf alle Fälle sehr langsamen Rückgang der Sterblichkeit bringen können, so folgt andererseits aus den Veränderungen im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten mit mathematischer Sicherheit, daß die Sterbeziffer steigen muß." Vgl. auch u., S. 29 f.

32) Vgl. o., 2. Kap., 2. Abschn., S. 20.

33) Vgl. F. Burgdörfer, Gutachten ...., S. 35 ff., 63; ferner: Derselbe, Volk ohne Jugend, S. 324. Darüber, wie schnell dieser Überalterungsprozeß vor sich geht, besteht vielfach keine klare Vorstellung. Auf das Tausend der Gesamtbevölkerung trafen über 65-Jährige im Jahre 1907 etwa 49, im Jahre 1925 jedoch bereits 58 Personen; vgl. H. J. Platzer, a.a.O., S. 331.

34) H. J. Platzer berechnet, daß 1871/80 etwa 61 Prozent dieses Alter erreichten, 1924/26 aber schon 84,5 Prozent, a.a.O., S. 357. Verantwortlich für diese Entwicklung dürfte vor allem der Fortschritt in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sein; während von 100 000 Kindern im ersten Lebensjahr 1901/10 etwa 37 282 starben, waren es 1931 nur noch 16 211; vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1933, S. 32.

auch ein Rückgang der absoluten Größe der Erwerbsfähigen und damit der Erwerbstätigen auf Grund des Bevölkerungsschwundes eintreten, jedoch dürfte in Deutschland diese Entwicklung dank der Zunahme der Lebenserwartung in gewissem Grade abgeschwächt werden.

Die Frage, wieweit eine Verbesserung der Sterblichkeitsverhältnisse noch möglich sein wird, kann nach den außerordentlichen Fortschritten im letzten Menschenalter, wonach sich die durchschnittliche Lebensdauer auf 57,4 Jahre stellt, dahin beantwortet werden, daß wohl noch gewisse unbedeutende Erfolge erzielt werden dürften, doch nicht über eine von der Natur gesetzte Grenze hinaus. Hinsichtlich der Eindämmung der Sterblichkeit ist offenbar, daß die medizinische Wissenschaft die größere Leistung bereits vollbracht hat. Tatsächlich ist auch für die letzten Jahre hinsichtlich der Verbesserung der Sterblichkeitsverhältnisse nur noch ein bescheidener Fortschritt zu konstatieren: Pro 1000 Einwohner starben im Jahre 1931 etwa 11,2, im Jahre 1932 etwa 10,8.[35]) Ernst Günther meint einmal, wir würden wohl zufrieden sein müssen, wenn in absehbarer Zeit eine weitere Abschwächung der Sterbekraft bis auf den Grad der derzeit günstigsten Sterblichkeit, das australiche Maß, möglich wird. Im übrigen darf bei der Beurteilung der Sterbeverhältnisse in Deutschland nicht übersehen werden, daß gerade infolge des anormalen Altersaufbaus der Bevölkerung die Sterbeziffer in zu günstigem Licht erscheint. Denn die Geburtenhäufigkeit ist gegenwärtig auf einem ungewöhnlich tiefen Stand angelangt und mit ihr die Säuglingssterbefälle; die obersten, dem Tode am meisten ausgesetzten Altersklassen sind relativ noch schwach besetzt, während die in der Vollkraft ihrer Jahre stehende Mittelschicht der Bevölkerung die am wenigsten sterbeanfällig ist, eine ungewöhnliche Stärke aufweist. Nawratzki hat dementsprechend auch bemerkt, daß die Sterblichkeit allein infolge des Altersaufbaus in absoluten Zahlen ansteigen müsse, daß selbst bei Gleichbleiben der günstigen Sterblichkeitsverhältnisse von 1924/26 auf Grund des Altersaufbaus der deutschen Bevölkerung und dem damit verbundenen größeren Anteil der älteren Personen an der Gesamtbevölkerung bis etwa zum Jahre 1950 eine Erhöhung der Sterbeziffer von gegenwärtig rund 11 Promille auf 15 stattfinden müßte.[36])

35) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin, 1933, S. 27.

36) Vgl. C. Nawratzki, „Frankreichs Bevölkerungsentwicklung" (in: Der Arbeitgeber, 22. Jahrgang, Nr. 2, Berlin 1932), S. 42, und S. 39. — Auch L. Hersch: „.... Ältere Personen haben nach der Natur der Dinge eine höhere Sterblichkeit. Daraus folgt, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer Bevölkerung mit bereits sehr geringer Sterblichkeit nicht nur jeder weitere Rückgang der Sterblichkeit unmöglich wird, daß sogar der Sterblichkeitssatz für die gesamte Bevölkerung langsam wieder ansteigen muß", in: Bevölkerg. u. Arbeitslosigkeit, Genf 1931, S. 220.

Nichtsdestoweniger wird vorläufig durch das Zusammenwirken von verschiedenen Ursachen wie den Geburtenrückgang, den Geburtenausfall der Kriegsjahre und den unmittelbaren Verlust der Toten des Weltkrieges, sowie durch eine ständige Verbesserung der Sterblichkeitsverhältnisse als Ergebnis eine fortschreitende Überalterung des Bevölkerungskörpers eine Verbreiterung des oberen Teiles der Alterspyramide auf Kosten des unteren zur Folge haben müssen. Es soll dabei nicht unbeachtet bleiben, daß diese Entwicklung für die Beschäftigungslage sich bis zu einem gewissen Grade auch günstig auswirken kann. Denn die Tendenz, Sparkapitalien aufzuspeichern, wird um so stärker sich geltend machen, je mehr der Bevölkerungsteil an Umfang gewinnt, der für die spätere Zeit seiner Arbeitsunfähigkeit Kapital zurücklegen muß.[37])

3. Abschnitt.

Das Problem der Frauen-Arbeit in Deutschland, seine Beziehung zur Sexualproportion und zu den aus dem Zahlenverhältnis der beiden Geschlechter erwachsenden objektiven Heiratsmöglichkeiten.

1) Die künstliche Erhöhung der Erwerbslosigkeit, hervorgerufen durch Frauen-Arbeit. — Entwicklung des Verhältnisses von heiratsfähigen Männern und Frauen und männlichen und weiblichen Geburten, unter Berücksichtigung der Einwirkung des Geburtenrückgangs.

Die im Rahmen einer internen (relativen) Bevölkerungsbewegung mögliche Verschiebung in der Zusammensetzung der Bevölkerung und eine daraus unter gegebenen Umständen resultierende Beschäftigungslosigkeit weiter Schichten erschöpft sich nicht allein in einer oben behandelten stark veränderten Altersgliederung der Bevölkerung. Vielmehr kann im Zahlenverhältnis der beiden Geschlechter eine merkliche Veränderung vor sich gehen, die in ihrer Wirkung auf die Höhe der Arbeitslosigkeit von Bedeutung wird. Zunächst ist hinsichtlich der Größe der Erwerbsfähigen- und -Tätigenzahlen in den verschiedenen Ländern zu sagen, daß wohl der Begriff der Erwerbstätigkeit und auch der Erwerbsfähigkeit nicht überall der gleiche ist. Man denke nur an den Einfluß der Gesetzgebung in den einzelnen Ländern, wonach zum Beispiel Kinder in ganz verschieden hohem Ausmaß eine Erwerbstätigkeit ausüben. Selbstverständlich steigt und fällt damit auch der Begriff der Arbeits-

37) Eine Tatsache, die wohl vor allem für die Versicherungsgesellschaften von praktischer Bedeutung sein dürfte, wenigstens insoweit diese voll auf dem Kapitaldeckungsprinzip und nicht auf dem Umlageverfahren beruhen.

losigkeit in den einzelnen Ländern. Nicht anders ist der Sachverhalt bei der von den Frauen ausgeübten Erwerbstätigkeit.

Wenn in Deutschland zwischen der Zahl der Frauen und derjenigen der Männer seit Jahrzehnten ein Mißverhältnis — ein Frauenüberschuß — festgestellt wurde[38]), das für viele heiratsfähige Mädchen die objektive Unmöglichkeit bedeutete, einen Ehemann zu finden und sie damit ins Berufsleben eintreten ließ, so ist mit besonderem Nachdruck darauf zu verweisen, daß die Lage für die Zukunft in dieser Hinsicht im allgemeinen weit schwärzer gesehen wird als sie bei genauer Betrachtung tatsächlich sein wird. Denn die Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsdynamik geht dahin, einen allmählichen Ausgleich zu schaffen, was das Zahlenverhältnis der beiden Geschlechter angeht. Vorausgesetzt ist allerdings, daß nicht neue kriegerische Verwicklungen diese Tendenz über den Haufen werfen! Ernst Günther hat die Zukunftsentwicklung auf Grund der Sterblichkeitsverhältnisse von 1924/26 und der Fruchtbarkeit vom Jahre 1930 vorausberechnet und kommt zu dem Ergebnis, daß der Frauenüberschuß des Jahres 1925 von etwa 2 Millionen von Jahr zu Jahr weiter zurückgeht, ja sogar gegen 1975, also bereits 50 Jahre später, ein Ausgleich im Verhältnis der Zahl der Männer zu der Zahl der Frauen stattfinden dürfte, vgl. Tab. Nr. 7, Anhang!

Wenn die Zahl der erwerbstätigen Frauen im Zusammenhang mit dem Frauenüberschuß angewachsen ist — nach einer statistischen Untersuchung H. J. Platzers ist die Erwerbstätigkeit bei den weiblichen Personen fast in allen Altersklassen im Jahre 1925 größer gewesen als vor dem Kriege 1907 —, so ist dabei außerdem zu berücksichtigen, daß heute infolge der allgemeinen Verarmung weiter Kreise der Bevölkerung viel mehr Menschen auf Erwerb angewiesen sind.[39]) Besonders auffallen muß die Zunahme bei ber Gruppe der im Jahre 1925 etwa 25 bis 40 Jahre alten Frauen, also bei denjenigen, die von dem Kriegstod der unverheirateten Männer aus den Geburtsjahrgängen von etwa 1885 bis 1900 am schwersten in Mitleidenschaft gezogen wurden und damit sich nach Arbeit umsehen mußten. Rechnet man die Arbeitslosen mit in die Zahl der Erwerbstätigen hinein, so findet man im Jahre 1907 von 100 Frauen im erwerbsfähigen Alter etwa 49 und im Jahre 1925 etwa 52 berufstätig. Eine Disproportionalität zwischen der Zahl der Männer und der der Frauen, die das Anwachsen der Frauenarbeit infolge Ehelosigkeit bedingte, läßt sich

38) Vor dem Kriege ein Frauenüberschuß von 850 000, durch den Krieg und seine Männerverluste auf etwa 2,9 Millionen gestiegen, vgl. E. Günther, a.a.O., S. 970.

39) Vgl. P. Mombert, Wirtschaft und Arbeitsmarkt (in: Wirtschaftsdienst, 11. Jahrgang, 41. Heft, Hamburg 1926, II. Hlbbd.), S. 1409.

nicht leugnen, aber — und darauf muß besonderes Gewicht gelegt werden — dieses Mißverhältnis besteht ausschließlich für einige Jahrgänge, und nicht, wie im allgemeinen angenommen wird, etwa für sämtliche Altersstufen. Wie oben schon erwähnt, besteht es für diejenigen Frauen, die in den Jahren 1885 bis 1900 geboren wurden, denn die in diesen Jahren geborenen Männer sind während des Krieges im wehrhaften Alter gestanden und erlitten daher auch die gesamten Kriegsverluste. Im Weltkriege sind einschließlich der Vermißten rund 2 Millionen Männer verloren gegangen, was zur Folge hatte, daß bei den genannten Jahrgängen auf je 100 Männer 118 Frauen treffen und somit de facto ein gewaltiger Männermangel besteht, der es erklärlich macht, daß die Frauen, die sich gegenwärtig im Alter von etwa 33 bis 48 Jahren befinden, bei den Eheschließungen besonders schlecht weggekommen sind.[40]) Die objektive Unmöglichkeit zu heiraten infolge Frauenüberschusses läßt diese rechnungsmäßig überzählig gewordenen Frauen, die als Ehefrauen nicht den Arbeitsmarkt in gleicher Höhe belasten würden, erwerbstätig werden mit der Folge, daß durch jede erwerbstätig gewordene Frau ein Mann seines Arbeitsplatzes verlustig geht. Dadurch erfährt die Erwerbslosigkeit eine künstliche Erhöhung.

Die Bedeutung, die der objektiven Heiratsmöglichkeit unserer Frauen im Rahmen unserer Betrachtung zukommt, liegt auf der Hand. Denn eine Veränderung im Zahlenverhältnis der beiden Geschlechter, wie sich z. B. auf Grund der natürlichen Bevölkerungsbewegung in Deutschland für die Zukunft ein allmählicher Ausgleich in verschiedenen Jahresgruppen ergibt, ist zweifellos geeignet, gerade durch die mit dem Ausgleich Hand in Hand gehende Verbesserung der objektiven Heiratsmöglichkeit das Maß der Arbeitslosigkeit günstig zu beeinflussen, indem die zur Ehe gelangenden Frauen nicht als Angebot auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten.

Bei dem Verfolg der weiteren Gestaltung der objektiven Heiratsmöglichkeiten auf Grund der natürlichen Bevölkerungsdynamik zeigt sich, daß die zwischen 1900 und 1910 geborenen Jahrgänge sich hinsichtlich der heiratsfähigen Männer und Frauen bereits gleichwertig gegenüberstehen.[41]) Die Mädchen, die zwischen 1925 und 1930 geboren wurden, erfreuen sich einer noch weit günstigeren Situation, denn für diese sind bereits mehr Männer vorhanden als ihrer eigenen Zahl entspricht. Wie es zu diesem Männerüberschuß bei den Heiratsfähigen kommt, erklärt

40) vgl. Günther, a.a.O., S. 970 f. Vgl. ferner hiezu: Tab. Nr. 7 und 8, Anhang!

41) Tab. Nr. 7, Sp. 2, Zeile 5 unter beiden Geschlechtern. — Vgl. auch Tab. Nr. 8, Anhang!

sich auf nachfolgende Weise: Auszugehen ist von der Tatsache des anhaltenden Geburtenrückgangs in Deutschland. Dementsprechend sind in dem Jahrfünft von 1920 bis 1925 auch mehr Kinder geboren worden als im Jahrfünft von 1925 bis 1930. In Deutschland heiraten nun im Durchschnitt die Mädchen um zwei bis drei Jahre ältere Männer.[42]) Sonach kommen für die Mädchen des Jahrfünfts von 1925 bis 1930 etwa die Knabenjahrgänge von 1923 bis 1928 in Frage. Da aber diese Geburtenjahrgänge noch etwas stärker besetzt waren als die späteren, müssen in diesem Falle die Männer in der Überzahl sein. Weil die Mädchen jeweils auch die älteren, einige Jahre früher geborenen Knabenjahrgänge zur Verfügung haben, kommt ihnen der Geburtenrückgang bei ihren Heiratsaussichten, d. i. bei der Verbesserung der objektiven Heiratsmöglichkeiten, in gewissem Grade zu Hilfe.[43]) Für die von 1930 bis 1934/35 zur Welt gekommenen Mädchen ist die Lage nicht anders. Auch für sie sind die noch etwas stärker besetzten Knabenjahrgänge der Jahre 1928 bis 1932/33 vorhanden. Die Frage, ob sich diese statistisch günstigen Heiratsmöglichkeiten und -Aussichten auch in die entsprechend günstigen Heiratsziffern umsetzen werden, läßt sich infolge der Einwirkung mancher imaginärer Faktoren kaum voraussagen. Man denke nur an das Eintreten einer gewissen Ehemüdigkeit! Bis zum Beginn der großen Wirtschaftskrise, also bis zum Jahre 1929, konnte man von einer Ehemüdigkeit in Deutschland nicht sprechen. Vielmehr war die Zahl der Eheschließungen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mindestens ebenso groß wie in der Vorkriegszeit. Erst die Wirtschaftskrise hat hier Wandel geschaffen, indem in den letzten Jahren einige Hunderttausend Ehen weniger zustande kamen als man hätte erwarten sollen. Zwischen der Wirtschaftslage und der Zahl der Eheschließungen ist schon lange eine gewisse Parallelität festgestellt worden. Wenn die gegenwärtige Krise von dem so langersehnten wirtschaftlichen Wiederaufschwung abgelöst zu werden verspricht, dann kann man nicht nur annehmen, daß die alten Heiratsziffern wieder erreicht werden, sondern daß die unterbliebenen Eheschließungen nachgeholt werden, zumal, wie aus Tabelle 8 u. 7 hervorgeht, die objektiven Heiratsmöglichkeiten im Jahre 1935 für die unteren drei Fünfjahresgruppen[44]) als günstig, spätestens von 1945 ab aber für alle

42) so auch bei Günther, wie aus Tab. Nr. 8 hervorgeht; bei den sozial höher stehenden Schichten ist im allgemeinen dieser Unterschied noch größer.

43) Der Geburtenrückgang übt sonach auf die Arbeitslosigkeit in geringem Grade eine mittelbare Wirkung aus, indem er die objektiven Heiratsaussichten der Frauen verbessert und dadurch das Angebot von Frauenarbeit auf dem Markt verringern kann.

44) das sind also die 15- bis 20-, 20- bis 25- und 25- bis 30-jährigen Frauen! — Vgl. über die Entwicklung der Eheschließungen in den jüngsten Jahren der Vergangenheit F. Burgdörfer, Bevölkerungsentwicklung im Dritten Reich. Berlin 1935, S. 25 ff.

Gruppen als sehr günstig bezeichnet werden können. Wenn sich auch im Jahre 1945 für die Frauen der Fünfjahresgruppe von 20 bis 25 Jahren ein gewisser Männermangel zeigt, weil die ihnen entsprechenden männlichen Jahrgänge der Jahre 1915 bis 1920 aus der Kriegszeit nur schwach besetzt sind, so steht diesen Frauen doch aus der nächsthöheren Altersgruppe ein größerer Männerüberschuß zur Verfügung, der den Männermangel der Vorjahre auszugleichen vermag. Die Entwicklung charakterisiert sich für die jetzt heiratsfähig werdenden jungen Frauen kurz so, daß diesen nicht nur kein Männermangel gegenübersteht, sondern sogar ein ziemlich großer Überschuß vorhanden ist, der wohl nicht mehr zuläßt, daß eine bestimmte Anzahl Frauen — wie vor dem Kriege in allen Altersklassen — aus dem Grunde zur Ehe nicht kommen kann, weil einfach keine Männer für sie zur Verfügung stehen, und sich damit gezwungen sieht, ins Berufsleben einzutreten. Gerade den jetzt 15- bis 20-jährigen jungen Frauen ist ein auffallend hohes Kontingent von Ehepartnern im entsprechenden Alter gesichert,[45]) es müßte denn sein, daß ein neuer männermordender Krieg diese Jahrgänge gewaltsam dezimierte.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Beurteilung der aus dem Zahlenverhältnis der beiden Geschlechter erwachsenden objektiven Heiratsmöglichkeiten steht die gegenwärtig nicht selten gehörte Auffassung, daß schon durch eine maßgebliche Verschiebung in der Zahl der Geborenen hinsichtlich ihrer Geschlechtszugehörigkeit ein ungesundes Verhältnis zwischen den heiratsfähigen Frauen und Männern heraufbeschworen werde. Durch eine im Durchschnitt größere Mädchengeburten-Zahl würden die Heiratsaussichten immer schlechter.

Tatsächlich fällt jedoch die Sexualproportion, d. h. das Verhältnis der Geborenen nach dem Geschlecht, zugunsten der Knabengeburten aus. Das Verhältnis von 100 Mädchengeburten zu 105 (106) Knabengeburten — schon von Joh. Peter Süßmilch (1707—1767) wurde das Überwiegen der Knabengeburten über die Zahl der Mädchengeburten beobachtet — ist zudem von Jahr zu Jahr fast völlig gleichbleibend. Zu berücksichtigen ist allerdings die Tatsache, daß die größere Zahl der Knabengeburten infolge höherer Sterblichkeit der männlichen Säuglinge wieder eine Angleichung an die Zahl der weiblichen Geborenen erfährt. Auf der anderen Seite zeigt sich nach dem Zahlenmaterial der Zählung vom 16. Juni 1933, daß sich seit der letzten Zählung vom Jahre 1925 die Sterblichkeitsverhältnisse beim männlichen Geschlecht günstiger entwickelt haben als beim weiblichen, was auf die Dauer auf das zahlenmäßige Verhältnis der beiden Geschlechter von nachhaltiger

45) siehe Tab. Nr. 8, Sp. 5, Anhang.

Bedeutung werden könnte. Dabei wäre die Rückbildung des Frauenüberschusses in dem genannten Zählabschnitt noch stärker hervorgetreten, wenn nicht auf Grund des Einflusses der Wanderbewegung eine gewisse Gegenwirkung festzustellen wäre.[46])

Wie es möglich ist, daß einerseits trotz aller Schwankungen im einzelnen am Ende des Jahres für die Geborenen ein bestimmtes Geschlechterverhältnis herauskommt, anders ausgedrückt, daß nicht etwa plötzlich einmal doppelt soviel Mädchen wie Knaben oder umgekehrt geboren werden, andererseits von der natürlichen Vorsehung diese ihre eigene Regel in einem besonderen Falle gesprengt zu werden pflegt, dies zu erkennen blieb der wissenschaftlichen Forschung bislang vorbehalten. Man kann beim genauen Verfolg der Geburtenentwicklung in den verschiedenen Ländern finden, daß, sooft infolge von blutigen Kriegen die Zahl der Männer eine Dezimierung erfuhr, die Natur in den darauffolgenden Jahren eine größere Anzahl von Knabengeburten lieferte, wie sich z. B. nach dem Weltkriege in Deutschland eine Sexualproportion von 100 zu 108,5 zwischen den Mädchen- und Knabengeburten ergab.[47]) Nach Ablauf einiger Jahre aber stellte sich, wie die Bevölkerungsstatistik nachweist, wieder das normale Verhältnis von 100 zu 106, das in der Vorkriegszeit Dezennien hindurch Jahr für Jahr bestanden hatte, ein.[48])

2) Familienpolitik als fundamentale Voraussetzung für die Möglichkeit eines positiven Abbaus der Erwerbslosigkeit.

Wenn sich im Vorstehenden hinsichtlich der objektiven Möglichkeiten unserer Frauen zu heiraten eine nicht ungünstige

---

46) In der Zeit von 1925 bis 1933 war der Wanderungsverlust der Männer im Deutschen Reich fast doppelt so groß als der der Frauen (nämlich 172 000 Männer zu 92 000 Frauen); vgl. Wirtschaft u. Statistik. Berlin 1934, Sonderheft Nr. 12, S. 7.

47) vgl. bei H. Moeller, Statistik. Die Handelshochschule. Berlin/Wien. II. Bd., S. 157. Ferner: E. Kramer, Geschlechtsentstehung und willkürliche Geschlechtsbestimmung. Berlin/Leipzig 1934, S. 31.

48) Man kann angesichts dieser Tatsachen der hier sich aufdrängenden Überlegung nicht aus dem Wege gehen: Welche Schwierigkeiten sich nämlich erst einstellen müßten, wenn es — bei den überraschenden Fortschritten der medizinischen Wissenschaft in nicht allzu weiter Ferne denkbar — möglich werden sollte, mit nur annähernder Sicherheit durch willkürliche Geschlechtsbestimmung dem Sexualverhältnis schon bei der Zeugung eine bestimmte Richtung zu geben.

Wie akut die Lösung dieser Frage zu werden droht, geht aus einer Reihe von modernen medizinischen Forschungsmaterialien hervor. Vgl. hiezu: F. Unterberger, Das Problem der willkürlichen Beeinflussung des Geschlechts beim Menschen. Deutsche Medizin. Wochenschrift 1930, S. 304 ff; ferner derselbe, Geschlechtsbestimmung und Wasserstoffionenkonzentration. Deutsche Medizin. Wochenschrift 1932, S. 729 ff. — E. Kramer, a.a.O. — Ferner: O. Schöner, Neue Wege zur Frage der Geschlechtsbestimmung. Würzburg 1927. — H. Füth, Zur Frage der willkürlichen Beeinflussung des Geschlechts beim Menschen. Münchener Medizin. Wochenschrift 1930, Nr. 47, S. 2014.

Entwicklung konstatieren ließ, so braucht dies jedoch keineswegs notwendig zu bedeuten, daß die nunmehr zur Ehe gelangenden Frauen sofort als Angebot auf dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Depressionen kann man bei der Frauenarbeit eine Zunahme bemerken; wohl aus dem Grunde, weil die Unternehmer in solchen Zeiten die billigere Frauenarbeit nachfragen und weil die Mitarbeit der Frau (und Kinder) die Einnahmen der Familie erhöhen. Das Angebot von weiblicher Arbeitskraft nimmt also bei Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zu, während bei Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt sich den Frauen vielfach die Möglichkeit darbietet, aus dem Berufs- und Erwerbsleben auszuscheiden. Bei anziehender Konjunktur und wachsender Nachfrage nach Arbeitskräften tritt regelmäßig eine Verminderung der weiblichen Berufstätigkeit ein, worauf Mombert und Platzer verweisen.[49]) Mombert[50]) läßt nicht unbeachtet, daß schon in den Zeiten der großen industriellen Revolution in England und weiterhin bei der großen deutschen Wirtschaftskrise um die Jahrhundertwende die Arbeitslosigkeit beim weiblichen Geschlecht nicht den gleichen Umfang und Bedeutung angenommen hat wie beim männlichen. In Anbetracht der schlechten Beschäftigungslage wird in der Gegenwart über die Frage der Frauenarbeit manche Debatte geführt und die kategorische Forderung — vielfach wohl ohne die notwendige Kenntnis der hier geltenden Zusammenhänge — gestellt, die Frauenarbeit bis auf ein Mindestmaß abzubauen; die weiblichen Angestellten und Arbeiter müßten endlich durch männliche ersetzt werden. Man übersieht, daß ein solches Vorgehen unter den alten Umständen ja nur eine Verschiebung unter den Arbeitslosen, nicht aber eine Verringerung ihrer Zahl bedeutet; die obendrein billigere weibliche Arbeitskraft könnte außerdem leicht Anlaß für einen teilweisen Lohnabbau der männlichen Arbeiter werden. Soll aber den für die Frauen eingestellten Arbeitslosen für gleiche Arbeitsleistung höherer Lohn bezahlt werden, so erfährt die Wirtschaft eine zusätzliche Belastung.

Vor allem übersehen wird offenbar das bevölkerungspolitische Moment, das hier eine denkbar wichtige Rolle spielt. Denn alle Maßnahmen, die Frauen aus dem Berufs- und Erwerbsleben herauszuziehen, um damit männlichen Arbeitslosen neuen Verdienst zu schaffen, können nur Sinn und Zweck haben, wenn ihnen eine zielbewußte Bevölkerungs- d. h. hier im besonderen Familienpolitik, vorausgeht. Hätte der Individual-Kapitalismus nicht das

---

49) P. Mombert, Bevölkerung und Arbeitsmarkt, S. 173; ferner H. J. Platzer, a.a.O., S. 337.

50) „Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff., 5. Bd.: Die Krise auf dem Arbeitsmarkt" (in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 109), Leipzig 1903, S. 4 ff.

Ein- und Zweikindersystem nach sich gezogen, dann hätten Millionen deutscher Frauen in der Familie zu tun und die Männer stünden an ihrer Stelle in der Wirtschaft. So aber stehen Millionen Frauen in der Wirtschaft, die nur dann der Familie zugeführt werden können, wenn in den Familienlasten ein Ausgleich geschaffen wird. Sehr zu begrüßen ist, daß von der Regierung des neuen Regimes die fundamentale Bedeutung des bevölkerungspolitischen Moments nicht nur für politische Fragen, sondern vornehmlich auch hinsichtlich der Lösung wirtschaftlicher Probleme, wie das der Arbeitslosigkeit, erkannt und unverzüglich auch ein Anfang mit Maßnahmen bevölkerungspolitischer Art gemacht worden ist.[51]) Solche Maßnahmen haben ein Zweifaches für sich: Während auf der einen Seite den Frauen ihr Platz in der Familie wieder zugewiesen wird, tut sich auf der anderen Seite für die männlichen Arbeitslosen eine Beschäftigungsmöglichkeit auf, die letztlich nicht nur einer Verschiebung unter den Arbeitslosen gleichzuachten ist.

Wenn Würzburger[52]) einmal meint: „Ist ein großer oder kleinerer Teil der im heiratsfähigen Alter stehenden Bevölkerung verheiratet, so muß sich dies unbedingt in der Geburtenzahl auswirken .....", so ist damit schon die Bedeutung klargelegt, die einer planmäßigen Förderung der Eheschließungen auch hinsichtlich der durch sie bedingten Geburtenhöhe beigelegt werden muß. Wie wichtig aber für unsere Wirtschaft, und im besonderen für die Lösung unseres Arbeitslosenproblems, eine zunehmende Zahl der Geburten — d. h. wenigstens die Eindämmung des fortschreitenden Geburtenrückgangs — sein würde, ging auch weiter oben[53]) schon hervor. Im übrigen kann kein Zweifel bestehen, daß Maßnahmen zur Förderung der Eheschließungen möglichst frühzeitige Heiraten begünstigen müssen. Denn es sind sicherlich bis zu einem bestimmten Grade auch die Wandlungen in der Höhe des Heiratsalters ursächlich an der Verminderung der Geburtenzahlen mitbeteiligt insoweit, als mit der Zunahme des Heiratsalters für beide Teile die Fortpflanzungs d a u e r zurückgeht,[53a]) von bestimmten Jahren an auch die Fortpflanzungskraft. So sind innerhalb der Gesamtgruppe der Frauen im gebärfähigen Alter von 15 bis 45 (bezw. 50) Jahren hinsichtlich ihrer Gebär k r a f t nicht unbeträchtliche Unterschiede zu machen. Die Gebärkraft der Frauen in den Altersklassen von 25 bis 35 Jahren ist am höchsten und beispielsweise bis zu 20 mal höher als

---

51) Vgl. das „Gesetz zur Förderung der Eheschließungen", und „Gesetz zur Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft", beide vom 1. Juni 1933.

52) E. Würzburger, in: Grenzen der Folgerungen aus der Geburtenstatistik (Schmollers Jahrbuch, 55. Jahrgg., 1931, II. Hlbbd., Heft 4), S. 132.

53) Siehe oben S. 14 f, 1. Kap., 3. Abschn.

53a) P. Mombert, Heiratsalter und Geburtenrückgang. Magazin der Wirtschaft. 6. Jahrgg., 1930, Nr. 7, S. 335, 336.

die der 15- bis 20-jährigen Frauen, bis zu 7 mal höher als die der 40- bis 45-jährigen und endlich sogar bis ungefähr 100 mal höher als die der 45- bis 50-jährigen Frauen.[54]) Es gilt besonders zu erkennen, daß wir in Deutschland ja nicht an der Einkind-Ehe Mangel haben, auch noch kaum an der Zweitkind-Ehe, sondern das, was uns fehlt und was zur Bestanderhaltung der Bevölkerung unumgänglich notwendig ist, das sind dritte und vierte Kinder. Dies ist besonders zu bedenken, wenn man heute schon vom Sieg über den Geburtenrückgang zu sprechen geneigt ist. Soviel nach den vorläufigen Teilergebnissen noch vom Jahre 1934 zu erkennen ist, beginnen sich die ersten bevölkerungspolitischen Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung zwar schon erfreulich auszuwirken,[55]) der auf den Tiefpunkt herabgedrückte Lebenswille und Lebensmut fing wieder an zu erstarken, steigendes Vertrauen zeigte sich vor allem auch in einer schon vor der Gewährung von Ehestandsdarlehen einsetzenden Steigerung der Eheschließungen, aber die geringe Steigerung der Fortpflanzung der städtischen Bevölkerung in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 ist wohl in erster Linie auf einen Rückgang in der Zahl der Abtreibungen der Leibesfrucht[56]) zurückzuführen, der sich nur zu rasch wieder in sein Gegenteil verkehren kann, wenn nicht der Weg zur Entfaltung und S i c h e r u n g des Familienlebens nun mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geebnet wird.[57])

---

54) vgl. bei E. G ü n t h e r, a.a.O., S. 943.

55) bereits im ersten Quartal 1934 zeigt sich eine sehr erhebliche Zunahme der Geburtenhäufigkeit im Vergleich zum ersten Vierteljahr 1933. Im zweiten und dritten Vierteljahr ist eine weitere Steigerung der Geburtenzahl eingetreten. Da im vergangenen Jahr 1934 auch die Sterblichkeit etwas günstiger gewesen ist als 1933, so hat sich 1934 ein Geburtenüberschuß von rund 450 000 oder 6,9 auf 1000 Einwohner ergeben gegen nur 226 113 oder rund 3,5 auf 1000 Einwohner im Jahre 1933, sodaß im vergangenen Jahr im Vergleich zu 1933 beinahe eine Verdoppelung der Geburtenzahl eingetreten ist. Vgl. R. v. Ungern-Sternberg: „Geburt u. Tod .....", a.a.O.

56) Die Zahl der Abtreibungen pro Jahr bewegt sich in Schätzungen von 300 000 bis 1 Million. Unterm 22. Okt. 1931 wurde dem Reichstag vom Reichsinnenminister eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes (Reichstagsdrucksache Nr. 1224) unterbreitet, in der sich die Zahl der Fehlgeburten auf etwa ein Drittel der Normalgeburten beläuft.

57) Nach der Meinung U n g e r n - S t e r n b e r g s ist die erhöhte Geburtenhäufigkeit vornehmlich darauf zurückzuführen, daß seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus die richterliche Handhabung des Art. 218 St.G.B. eine viel strengere ist, doch sei mit der strengeren Bestrafung allein eine Aufrechterhaltung der erhöhten Geburtenhäufigkeit nicht zu erzielen; a.a.O. — Vgl. hiezu bei F. B u r g d ö r f e r, Bevölkerungsentwicklung im Dritten Reich. Heidelberg/Berlin 1935, S. 39 ff.

3) Die rein-ökonomische Betrachtungsweise einer erhöhten Erwerbsfähigkeit auf Grund der Frauen-Arbeit.

Wenn in Deutschland die Erwerbsziffer von 1907 bis 1925 einen Steigerungsgrad von 45,7 Prozent auf 51,3 Prozent erfahren hat,[58]) so hängt dies nach Mombert in erster Linie neben den schon behandelten Veränderungen im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung mit der starken Zunahme der Frauen-Arbeit zusammen. In dem genannten Zeitraum war bei den in Verkehr, Handel und Gewerbe, im Angestellten- und Arbeitsverhältnis tätigen Frauen ein Zuwachs von rund 1,325 Millionen festzustellen. Es ist selbstverständlich, daß diese Frauen-Arbeit aber keinesfalls an Stelle von Männer-Arbeit treten darf, wenn nicht die volkswirtschaftlich günstige Wirkung, die von einer erhöhten Erwerbstätigen-Quote ausgehen kann, fortfallen soll. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß für die Wohlstandsentwicklung eines Volkes eine höhere Erwerbsfähigkeit von Bedeutung ist. Eine rein ökonomische Betrachtungsweise muß demnach auch eine Vergrößerung des Maßes der Arbeitsfähigkeit, eine Zunahme des aktiv-tätigen Teils innerhalb einer Gesamtheit, insoweit unbedingt günstig beurteilen, als bei gleichbleibender Verbraucherzahl der Güterreinertrag im Verhältnis zur Volkszahl eine Steigerung erfährt, sodaß neben der Massenwohlfahrt auch die individuelle Lebenshaltung vorteilhaft beeinflußt wird. Soll bei einem Anwachsen des Arbeitskraftangebots — wie wir es für Deutschland gemäß seiner natürlichen Bevölkerungsbewegung wahrnehmen konnten — diese volkswirtschaftlich günstige Wirkung einer Ausweitung des Konsumtionsfonds und einer Steigerung der Lebenshaltung erreicht werden können, dann ist die grundlegende Voraussetzung, daß das Vorhandensein der beiden anderen Produktionsfaktoren im entsprechenden Ausmaß gestattet, die neu hinzugewachsenen Arbeitskräfte in den Wirtschaftsorganismus einzugliedern; denn nur durch ihre Einreihung in den Produktionsprozeß können diese einen zusätzlichen kaufkräftigen Bedarf entwickeln.

4. Abschnitt.

Die unentbehrliche Rolle, die der komplementäre Produktionsfaktor Kapital bei der Beurteilung der Arbeitsmarktlage neben der Arbeitskraftentwicklung spielt.

1) Erhöhter Kapitalbedarf bei zunehmender Erwerbsfähigenzahl. — Volkseinkommen und Kapitalbildung. — Die Kapital-Bilanz aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung.

Es ist für die kapitalpolitische Beurteilung der Beschäftigungslosigkeit belanglos, aus welcher Quelle der erhöhte Zudrang

58) Vgl. Tab. Nr. 5, Anhang.

von Arbeitskräften fließt, ob aus einer Bevölkerungszunahme an sich oder aus einer Zunahme lediglich der Frauen-Arbeit oder schließlich aus einer Steigerung der erwerbstätigen Quote der Bevölkerung überhaupt. Entscheidend ist in den meisten Fällen einfach die Tatsache, daß sich auf Grund der Zunahme der Arbeitskräfte innerhalb der Produktionsfaktoren eine Disproportionalität ergibt, sodaß also nicht etwa die Entwicklung der Arbeitskrafteinheiten für sich allein auf die Lage am Arbeitsmarkte von Bedeutung ist, sondern diese nur im Zusammenhang mit der Entwicklung der komplementären Produktionsmittel und dem Gang noch mancher anderer Faktoren und Größen, wie der Konjunkturlage und der Kaufkraft.

Wenn also in Deutschland infolge einer Steigerung der Erwerbsfähigen-Schicht auf Grund des starken Bevölkerungswachstums der Vorkriegszeit im letzten Jahrzehnt Arbeitslosigkeit in besonderem Grade in Erscheinung trat, so kann dies nur im Zusammenhang mit den Verhältnissen auf dem Kapitalmarkt erklärt werden. Durch den Neuzuwachs an Erwerbsfähigen wurden die Nationalwirtschaften vor die Aufgabe gestellt, einen relativ größeren Anteil der Gesamtbevölkerung mit Arbeit zu versehen. In den Ländern, in denen dieser Zuwachs an Arbeitskräften mit K a p i t a l k n a p p h e i t[59]) zusammenfiel — wie ja in Deutschland beispielsweise in besonderem Maße —, erwuchs aus diesem Tatbestand notwendig die Unmöglichkeit, die zusätzlichen Arbeitshände einer Beschäftigung zuzuführen, sodaß die Arbeitslosigkeit stieg. Eine Bevölkerungsentwicklung, die einen höheren Grad von Erwerbsfähigkeit mit sich bringt, läßt für den Arbeitsmarkt als erste Konsequenz eine entsprechend höhere Aufsaugungsaufgabe entstehen, d. h. zwecks Eingliederung der neuen Erwerbsfähigen in den Produktionsprozeß der Wirtschaft ergibt sich die Notwendigkeit einer Verbreiterung und Ausweitung der Wirtschaftsbasis, also die S c h a f f u n g vermehrter A r b e i t s p l ä t z e. Daß zwischen dem Volkswachstum und der Kapitalbildung ein enger Zusammenhang bestehen muß, demzufolge die Entwicklung der Arbeits- und Konsumbevölkerung Bewegungen auf dem Kapitalmarkt nach sich zieht, d. h. also entweder eine entsprechende Kapitalneubildung notwendig oder ein Teil des alten Kapitals freigesetzt wird, ist eine Beziehung, die heute allgemein anerkannt wird. Für die wirtschaftliche Verwendung von Arbeitskräften ist eine dem Stande der Technik angemessene Kapitalausstattung die fundamentale Voraussetzung. Das sind Beziehungen, die in jeder Wirtschaftsordnung selbst einer solchen auf sozialistischer Grundlage Geltung beanspruchen. Denn in derselben Weise wie jeder Mensch als solcher Kapital in Form von Kleidung, Nahrung, Wohnung u.s.w. für sich nötig hat um überhaupt leben zu

59) und somit auch mit hohem Zins.

können, ebenso notwendig braucht er, um überhaupt arbeiten zu können, Kapital in Form von Werkzeugen, Maschinen u.s.f. Dementsprechend bedingt eine zunehmende Zahl Erwerbstätiger eine äquivalente Vergrößerung des Anlagekapitals, und auch des Betriebskapitals insoweit, als für Löhne und Lagerhaltung größere Ausgaben notwendig werden, wobei der Bedarf an Kapital in den einzelnen Wirtschaftszweigen keineswegs gleichgroß ist, je nachdem der in Frage stehende Betrieb von arbeits- oder kapitalintensiver Art ist.[60]) Wenn man den Schätzungen des Statistischen Reichsamtes folgen will, so ergab sich für das Jahr 1913 bei Nichtberücksichtigung des Bodenwertes in Deutschland ein Anlage- und Betriebskapital für Industrie, Handel und Handwerk von etwa 108 Milliarden Mark oder auf den Kopf des Erwerbstätigen für das letzte Vorkriegsjahr ein durchschnittlicher Betrag von 6500 M., d. i. nach dem heutigen Geldwert etwa RM. 8000. Über die Höhe des zur Wiedereingliederung eines Erwerbslosen in den Wirtschaftsprozeß notwendigen Kapitalbetrages besteht keineswegs Übereinstimmung. Burgdörfer[61]) schließt sich in seinen Schriften nochmals ausdrücklich der Meinung des Statistischen Reichsamtes an; ebenso legt Rüstow in einem Aufsatz den Betrag von RM. 8000 zugrunde.[62]) Auch Neißer-Schröter hält auf den Kopf des zu beschäftigenden Arbeiters eine Kapitalinvestition von 6000 bis 8000 RM. für notwendig.[63]) Diese Autoren schließen also von dem bisherigen durchschnittlichen Kapitalvorrat pro Kopf eines Arbeiters auf den zur Neuschaffung von Arbeitsplätzen erforderlichen Kapitalbedarf, sodaß der Nahrungsspielraum eines Landes nicht hinter dessen Volkswachstum zurückbleibt, wenn nur die Bereitstellung zusätzlichen Kapitals wenigstens in dem Grade stattfindet, daß sie dem bisherig auf den Kopf des Erwerbstätigen zur Verfügung gestandenen Kapitalbetrag ungefähr entspricht. Kehl[64]) hält zur Schaffung einer gewerblichen Arbeitsgelegenheit einen Betrag von RM. 10 000 für erforderlich, außerdem RM. 10 000 für Erstellung der Wohnung des Arbeiters und RM. 5000 als sogenannten Konsumbedarf, wie Anteil an Schulen, Krankenhäusern, Verkehrsmitteln, Straßen

---

60) Man versteht unter arbeitsintensiven Industrien etwa die Wirtschaftszweige, an deren Produktionswert die Arbeitskraft des Menschen in erheblichem Grade beteiligt ist, also vor allem Industrien, wo Handarbeit notwendig ist. Vgl. auch als selbständigen Wirtschaftszweig die Landwirtschaft!

61) vgl. beispielsweise in „Volk ohne Jugend", S. 295, 297!

62) H. Rüstow in einem in der Zeitschrift „Maschinenbau" veröffentlichten Artikel, daselbst Bd. 8, Nr. 22, 1929.

63) L. Neißer-Schröter, Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Bevölkerungszuwachs (in: Arbeiterwohlfahrt, 7. Jahrgang, 1932, Heft 3), S. 68.

64) W. Kehl, Die Bedeutung des internationalen Kapitalmarktes für Deutschland. Vortrag, gehalten auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, 1929.

u.s.f., sowie Hausrat. Demgegenüber weist Saenger[65]) darauf hin, daß diese Schätzung als Gesamtdurchschnitt zu hoch veranschlagt sein dürfte. E. Bandmann[66]) nimmt an, daß zur Einstellung eines Arbeiters RM. 5000 zusätzliches Kapital notwendig ist. Nach Braunthal[67]) ist diese Annahme Bandmanns schon insofern irrig, als ein großer Teil des zur Beschäftigung eines Arbeiters erforderlichen Kapitals, Fabrikanlagen u.s.f. ja in aller Regel schon vorhanden seien.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß im Zeitalter der technischen Erfolge eine der Volksvermehrung gerade entsprechende Bereitstellung neuer Kapitalien nicht ausreicht; denn mit der technischen Modernisierung der Betriebe überhaupt, der Vervollkommnung der maschinellen Ausstattung u.s.w. mußte sich das auf den Kopf des einzelnen Arbeiters zu investierende Kapital bedeutend erhöhen. Mombert meint[68]) eine dem Volkswachstum entsprechende Verfügung über neue Kapitalgüter genüge vornehmlich nicht für Länder, die gezwungen sind, auf dem Weltmarkt Fertigwaren gegen Bodenerzeugnisse einzutauschen. Denn der Weg, den Nahrungsspielraum der wachsenden Volkszahl anzugleichen, lasse für das Fertigwaren exportierende Land die Notwendigkeit der Verfügung über Kapitalgüter entstehen, deren Vermehrung erheblich über das eigene Volkswachstum hinausgeht. In Deutschland ist dadurch, daß sich das frühere Verhältnis der Produktionsgüterindustrien zu den Verbrauchsgüterindustrien nach der Zählung im Jahre 1925 zugunsten der ersteren verschoben hat,[69]) der Bedarf an Kapital zum Zwecke der Erstellung neuer Arbeitsplätze nicht unbeträchtlich gesteigert worden.

Man erkennt nach dem oben Gesagten unschwer die elementare Bedeutung, die den Voraussetzungen, von denen das Maß der Kapitalbildung in einem Lande abhängig ist, zugrundeliegt. Dabei gilt der genannte Zusammenhang zwischen Bevölkerungszunahme und Kapitalbedarf übrigens nicht nur für einzelne Wirtschaftsgebiete, sondern schlechthin für die ganze Welt. Denn, so argumentiert wie-

---

65) K. Saenger, im „Deutschen Volkswirt", 1929/30, S. 780.

66) vgl. die beiden Aufsätze: „Das Ende der Arbeitslosenversicherung" in Heft 21, und „Lohnpolitische Perspektiven" in Heft 23 von „Wirtschaftsdienst", 17. Jahrgg., Hamburg 1932.

67) A. Braunthal, Aufsatz „Kapitalbedarf in der Wirtschaftskrise". Wirtschaftsdienst, 17. Jahrgg., Hamburg 1932, S. 884 (Heft 26).

68) P. Mombert, Bevölkerungslehre. Grundrisse zum Studium der Nationalökonomie, Bd. 15, Abschnitt: Wirtschaft und Bevölkerung. Jena 1929, S. 353.

69) nach der neuesten Zählung vom 16. Juni 1933 sind in diesem Jahre nur noch 45 Proz. der in Industrie und Handwerk tätigen Personen in den Produktionsgüterindustrien beschäftigt gewesen, sodaß die Verbrauchsgüterindustrien wieder mehr in den Vordergrund getreten sind. 1925 standen die Produktionsgüterindustrien mit 51 Proz. vor den Verbrauchsgüterindustrien.

derum Mombert, ganz gleichviel, ob man an den Nahrungs- und Lebensmöglichkeiten im Vergleich zum Wachstum der Erdbevölkerung gemessen, noch ein größeres oder geringeres Wachstum der Bevölkerung der Erde für möglich halte, so könne doch nicht zweifelhaft sein, daß eine Erschließung immer neuer Lebens- und Ernährungsmöglichkeiten auf der Erde ohne den Einsatz immer neuer und größerer Kapitalgütermengen unmöglich ist.

Günther setzt bei der Behandlung dieser Frage dem Gesetz des abnehmenden Kapitalertrages ein Gesetz des (unabhängig von den Wandlungen der Technik mit der Bevölkerung) wachsenden Kapitalbedarfes an die Seite. Eine größere Bevölkerung benötige nicht nur absolut, sondern auch relativ mehr Kapital als eine Bevölkerung kleineren Umfangs; eine Tatsache, die sich hinsichtlich der Ernährung ja ohne weiteres schon aus dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag, nach welchem die Produktion nur unter dauernd steigenden Kosten vonstatten geht, ergebe. Die allgemeine Gültigkeit des Gesetzes zeige sich darin, daß das Dorf, die Kleinstadt fast kein Straßenkapital, keine Verkehrsmittel nötig habe; je größer jedoch die Stadt, die Menschenzusammenballung, umso notwendiger werde auch die Schaffung neuer Verkehrseinrichtungen, wobei die dafür zu machenden Aufwendungen wahrscheinlich schneller stiegen als die Zunahme der Bevölkerung. Diese lasse in jedem Falle Kapital nötig werden, das vorher nicht nötig war, Kapital nicht nur für die hinzugewachsene Bevölkerung, sondern auch zusätzliches Kapital für die bisherige Bevölkerung. Günther umreißt den für eine steigende Bevölkerungszahl in Anschlag zu bringenden Kapitalbedarf wie folgt: „Soll bei zunehmender Bevölkerung keine Verarmung eintreten, so genügt es nicht, wenn das Nationalkapital im gleichen Maßstab wie die Bevölkerung wächst, sondern das auf den Kopf kommende Kapital muß entsprechend der Bevölkerung, das Nationalkapital im quadratischen Verhältnis dazu zunehmen."[70])

Wie aber charakterisiert sich die spezifisch deutsche Entwicklung vom kapitalpolitischen Standpunkt aus? Bei einer Erwerbstätigenzunahme, die auf Grund der natürlichen Bevölkerungsvermehrung stattfand und in dem Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen keine Veränderung verursachte, ist gemäß unserer Feststellung jedenfalls ein entsprechender Kapitalbetrag notwendig, um neue Arbeitsplätze zu stellen. Nach seiner Eingliederung in den Wirtschaftsprozeß ruft der Arbeitskraftzuwachs — vorausgesetzt, daß Arbeitswert und -Ertrag der neuen Arbeitskräfte gleich sind — auch eine entsprechende Ausweitung des volkswirtschaftlichen Konsumtionsfonds hervor, dessen Vergrößerung

70) a.a.O., S. 961.

aber infolge der gleichzeitigen Vergrößerung der Konsumentenzahl für den Einzelnen ohne Bedeutung, d. h. nicht fühlbar ist. Die oben[71]) erwähnte Zunahme der erwerbstätigen Personen von 27 Prozent während der Jahre 1907 bis 1925 müßte bei normaler Bevölkerungszunahme auch eine Konsumentenvermehrung von 27 Prozent bedeuten. Wie wir jedoch für unsere deutschen Verhältnisse festzustellen die Möglichkeit hatten, wuchsen der deutschen Wirtschaft Millionen von Arbeitskräften hinzu, obwohl die Gesamtbevölkerung sich nur ganz unwesentlich oder wenigstens der Zunahme der Erwerbstätigen nicht entsprechend vermehrt hat, d. h. während die Zahl der Verbraucher die gleiche bleibt, wird durch die Zunahme der erwerbstätigen Personen das Volkseinkommen erhöht. Platzer meint, durch diese besondere Entwicklung müsse, da die Fähigkeit zur Kapitalbildung progressiv gegenüber dem Einkommen wachse, das Verhältnis von zusätzlichem Kapitalbedarf und der Möglichkeit zur Kapitalbildung als Folge der Erwerbstätigenzunahme sich günstig gestalten; „ohne die hohe Erwerbstätigenziffer wäre die Lage Deutschlands eben noch ungünstiger."[72])

Es fragt sich nur, ob das deutsche Volkseinkommen tatsächlich entsprechend gestiegen ist. Auf das heutige Reichsgebiet[73]) umgerechnet, betrug das deutsche Volkseinkommen 1913 insgesamt 45,7 Milliarden.[74]) Von 1925 bis 1929, dem bisherigen Höhepunkt der Nachkriegsentwicklung, stieg es von rund 60 auf 76 Milliarden, d. i. gegen 1913 eine Zunahme von 67 Prozent. Dieser hohe Nominalzuwachs schrumpft jedoch auf 8 Prozent zusammen, wenn man über den Lebenshaltungsindex die eingetretenen Preissteigerungen berücksichtigt. Wenn man weiterhin den Faktor der größeren Bevölkerungsdichte durch Berechnung der Kopfeinkommen ausschaltet, so beläuft sich der Kaufkraftzuwachs in der Zeit von 1913 bis 1929 auf nur 1 Prozent. Es liegt auf der Hand, daß diese Kopfeinkommen noch keineswegs als richtiger Maßstab der Wohlstandsentwicklung gelten können und zwar wegen des veränderten Altersaufbaues nicht. Die weniger konsumierenden Altersklassen der Jugendlichen sind gegenüber der Gesamtbevölkerung bedeutend zurückgegangen, wonach das gleiche Pro-Kopf-Einkommen gegenwärtig nur einen geringeren Versorgungsgrad gewährleistet als vor dem Krieg. Der wirkliche Versorgungsgrad der deutschen Bevölkerung kann nur an dem für Inlandszwecke zur Verfügung stehenden Einkommen, d. h. dem Volkseinkommen abzüglich der Reparationszahlungen gemessen werden. Die Reparationsleistungen beanspruchten

71) vgl. o., S. 24 f.
72) a.a.O., S. 355.
73) aber noch ohne Saargebiet.
74) vgl. hiezu Tab. Nr. 10, Anhang!

bis zum Young-Plan einen ständig wachsenden Prozentsatz des Sozialproduktes, sodaß de facto die Kaufkraft des für Inlandszwecke verfügbaren Volkseinkommens im Jahre 1929 je Vollperson rund 8 Prozent unter Vorkriegsstand lag.[75])

Wenn trotz des steilen Ansteigens der Nominalziffern schon vor dem Beginn der Wirtschaftskrise das Wohlstandsniveau der Vorkriegszeit keineswegs erreicht wurde, so hat nun durch die Krise das Volkseinkommen einen schweren Rückschlag erfahren. Im Jahre 1930 beträgt es noch nominell 70 Milliarden, 1931 sogar nur mehr rund 59 Milliarden nominell,[76]) was gegen 1929 einem Nominalausfall von 25 Prozent gleichkommt. Freilich wird dieser teilweise infolge der Preisbewegung ausgeglichen.

Zieht man speziell das Arbeitseinkommen in Betracht, so ergibt sich für dieses auf Grund des Erwerbstätigenzuwachses in den Arbeitnehmerberufen seit der Vorkriegszeit (1913) bis zu den Jahren 1928/29 nominell eine Verdoppelung und an Kaufkraft eine Erhöhung um mehr als ein Drittel. Damit überwog das Arbeitseinkommen — abgesehen von Renten und Pensionen — alle übrigen Einkünfte, sein Anteil am Volkseinkommen ist von rund 45 auf 57 Prozent gestiegen. Jedoch schrumpft bei der Zugrundelegung der Durchschnittseinkommen bis 1928 der Kaufkraftzuwachs der Gesamteinkommen pro überhaupt verfügbaren Arbeitnehmer auf 7,5 Prozent, pro Volbeschäftigten auf etwa 14 Prozent zusammen.[77])

Wenn für einzelne Einkommensquellen — wie bei der eben genannten — auch unbedeutende Zunahmen der Kaufkraft feststellbar sind, so kann doch hinsichtlich des realen Volkseinkommens in der Gesamtheit, das den Volkswohlstand dokumentiert, nur eine ganz ungünstige Entwicklung verzeichnet werden. Die Tatsache, daß etwa 90 Prozent der deutschen Bevölkerung ein Jahreseinkommen von weniger als RM. 3000 beziehen, wirft mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit Licht auf den Tiefstand des gegenwärtigen Volkswohlstandes. Das Maß der Kapitalbildung mußte unter den gegebenen Umständen in hohem Grade nachteilig beeinflußt werden. So sagt Adolf Weber[78]) gelegentlich einer Behandlung der Frage der Möglichkeit, Kriegstribute zu leisten: „Soweit die Tribute zu Lasten des Konsums gehen, werden sie in der Hauptsache von den breiten Massen der werktätigen Bevölkerung unmittelbar getragen. Denn die reichen Leute haben die Ausweichmöglichkeit, daß sie infolge der Extrabelastung bei gleichbleibendem Konsum weniger zurücklegen. Aber gerade das ist volkswirt-

---

75) vgl. Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, Berlin 1934, S. 500.

76) im Jahre 1933 etwa 46,4 (s. Tab. Nr. 10, Anhang!) und 1934 über 50 Milliarden (nach Berichten aus dem Handelsfeuilleton der Tagespresse.)

77) nach Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, Berlin 1934, S. 502.

78) Weltwirtschaft, S. 228.

schaftlich höchst fatal. Je mehr es geschieht, um so geringer ist die Kapitalbildung, um so höher ist der Zins, um so schwieriger wird der volkswirtschaftliche Fortschritt; die Folgen auch davon hat wieder hauptsächlich die Arbeiterschaft zu tragen. Weniger Kapital bedeutet für sie weniger Arbeitsgelegenheit, vermehrte Arbeitslosigkeit." Nach Burgdörfer wären in den Jahren um 1930 allein für die Ausrüstung neuer Arbeitsplätze circa 3 Milliarden nötig gewesen und für die erforderliche Wohnungserstellung etwa 2 Milliarden pro Jahr.[79]) Es ist bezeichnend, daß die deutsche Wirtschaft bis zum Beginn der großen Krise tatsächlich eine jährliche Kapitalbildung möglich machte, die um ein Vielfaches über den von, beispielsweise, Bandmann für erforderlich gehaltenen 1 bis 2 Milliarden lag.[80]) Erst das Hereinbrechen der Absatzkrise, die jedwede weitere Produktion über die eigenen nationalen Bedürfnisse hinaus unwirtschaftlich erscheinen ließ, zusammen allerdings mit der Wirkung, die von den jeglicher wirtschaftlichen Vernunft Hohn sprechenden Friedensdiktaten ausging, rief eine Disproportionalität innerhalb der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital auf den Plan, wie sie heute in den Arbeitslosenziffern ihren Ausdruck findet. Wenn von Burgdörfer darauf verwiesen wird, daß der Kapitalbedarf für Wohnungserstellung und Ausrüstung[81]) schon gegen die Jahrhundertmitte nur mehr halb so hoch sein werde wie in den letzten Jahren, so wird man leicht geneigt sein, die Reduktion des Bevölkerungszuwachses, von der rein kapitalpolitischen Seite aus gesehen, als denkbar erstrebenswert zu beurteilen.

Die Abnahme der Bevölkerung muß für die Entwicklung des Erziehungsgelderfonds eine Entlastung zur Folge haben, die dem Umfang der Bevölkerungsrestriktion entspricht. „Durch eine Abnahme der Kinderzahl in Deutschland", so schließt Lotze,[82]) „wird die Kapitalbildung gefördert werden, je weniger Kinder, umso mehr kann gespart werden." Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß eine Abnahme der Geburten in aller Regel mit abnehmender Energie den Lebenskampf aufzunehmen, mit dem Verlangen, „sich auszuleben", Hand in Hand geht. „Das sind eher Vorbedingungen für ein Leben über die Verhältnisse hinaus als für vermehrte Kapitalbildung."[83]) Muhs, der den zur Aufzucht eines Menschen notwendigen Kapitalbetrag zugrundelegt, ist der Meinung, die Reduktion des Bevölkerungszuwachses bewirke die För-

79) Volk ohne Jugend, S. 304.

80) vgl. A. Braunthal, „Kapitalbedarf in der Wirtschaftskrise". Wirtschaftsdienst, 17. Jahrgg., Nr. 26, S. 884.

81) Volk ohne Jugend, S. 304.

82) R. Lotze, Volkstod, Stuttgart 1932, S. 56.

83) Ad. Weber, Allgem. Volkswirtschaftslehre, München u. Leipzig 1932, 4. Aufl., I. Teil, S. 103.

derung des Akkumulationsfonds, während bisher größere Teile des Volkseinkommens dem Konsumtionsfond zugeflossen seien. Mit der Abnahme des Zuwachses der Bevölkerung müsse das neugebildete Kapital, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, sich erhöhen; das Faktum des Rückgangs der Volksvermehrung, das von Sombart unter anderen Gesichtspunkten für die Verminderung der Akkumulation angeführt wurde, spräche deshalb mehr für ihre Förderung. Jeglicher Rückgang von Hunderttausend eröffne die Möglichkeit einer zusätzlichen Kapitalschöpfung von einer halben Milliarde.[84]) Die Bevölkerungsstagnation bringt nach Lösch[85]) außerordentliche Ersparnisse an Erziehungsgeldern wie an Ausrüstungskapitalien, sie steigert die Reichtumsmöglichkeiten des Einzelnen wie der Gesamtheit: „Ein Bevölkerungszuwachs von stationär 1 Million kostet uns rund 10 Milliarden, deren größter Teil 15 bis 50 Jahre nach der Geburtensteigerung aufzubringen ist."

Um von der Entwicklung der Kapitalbilanz auf Grund der natürlichen Bevölkerungsbewegung nicht ein einseitiges Bild zu erhalten, ist es von besonderer Wichtigkeit, daß man immer die Bewegung der Versorgungskosten im ganzen heranzieht und nicht etwa, wie dies zuweilen geschieht, einfach die Zunahme der Greise herausgreift. Denn es ist nicht ohne weiteres mit einer Zunahme der „alten Leute" notwendig eine Erhöhung der Versorgungslasten gegeben. In einer Übergangszeit von starkem Bevölkerungswachstum zu scharfer Geburtenabnahme, wie sie für Deutschland in der Gegenwart zutrifft, in der auch von der Wirtschaft den durch die Bevölkerungsentwicklung hervorgerufenen neuen Verhältnissen auf dem Binnenmarkt noch nicht Rechnung getragen wird, steht auf der einen Seite zwar jene Einsparung von Erziehungs- und Aufzuchtskosten auf Grund der abnehmenden Kinderzahl, auf der anderen Seite aber macht sich steigender Kapitalbedarf für eine stetig zunehmende Unproduktivenschicht geltend. Die fortschreitende Mehrbelastung durch die Überalterung, durch den Sterblichkeitsrückgang, ist nach Burgdörfers Berechnungen in der Lage, „auf absehbare Zeit jede Ersparnismöglichkeit, die sich volkswirtschaftlich etwa aus dem Geburtenrückgang ergeben könnte" mehr als auszugleichen,[86]) ja zu überdecken, es müßte denn sein, daß künftig eine Erwerbstätigkeit über das 65. Lebensjahr hinaus stattfindet.

---

84) vgl. K. Muhs, Die Chance des Kapitalismus (Weltwirtschaftl. Archiv, Jena 1930), S. 16.

85) A. Lösch, Was ist vom Geburtenrückgang zu halten? Heidenheim/Württemberg 1932, I. Teil, S. 69.

86) vgl.: Volk ohne Jugend, S. 303.

Nach K a h n[87]) wird die infolge des Geburtenrückgangs zu erwartende stärkere Besetzung der hohen Altersklassen wohl zu einer Vermehrung der Alterslasten führen, jedoch würde diese zusätzliche Belastung durch die Verringerung der Aufzuchtskosten für die Kinder mehr als aufgewogen werden. Daß eine Mehrbelastung in besonderen Ausmaßen durch die Erhöhung der Zahl der Greise auftreten wird, erscheint wohl insoweit nicht befürchtet werden zu müssen, als mit einer zunehmenden Zahl der Greise pro Kopf des Erwerbstätigen notwendig die Zahl der auf ihn kommenden Kinder abnimmt, d. h. es entfallen auf den Erwerbstätigen letzten Endes ebensoviele Kinder und Jugendliche weniger als versorgungsbedürftige alte Leute m e h r. Für die Gestaltung der Kapitalbilanz wäre nach dem Gesagten von Bedeutung, ob die Belastung der Volkswirtschaft mit Unterhaltskosten für ein Kind höher zu veranschlagen ist als die für einen Greis. E. K a h n bejaht dies, während zum Beispiel L ö s c h meint, es sei ausgeschlossen, daß der Durchschnittsverbrauch eines Greises so gering sei wie der eines Kindes: „Nach meinen Berechnungen kostet bei dem Altersaufbau von 1925 ein Kind im Durchschnitt etwas über M. 500.— jährlich oder h ö c h s t e n s 45 Prozent des Durchschnittsverbrauches eines Erwachsenen."[88]) Wenn sich im übrigen Männer wie K a h n für den Arbeitsmarkt auf Grund des Geburtenrückgangs durch eine allmähliche Aufsaugung der gegenwärtigen Arbeitslosen erwarten, daß ein später eventuell eintretender Mangel an Arbeitskräften im Hinblick auf die noch vorhandenen Reserven in Gestalt noch nicht erwerbstätig gewordener Frauen und der über 65-jährigen Männer nicht befürchtet werden müsse, so ist dem entgegenzuhalten, daß doch gerade jene vorgeschlagene vermehrte Heranziehung noch nicht berufstätiger Frauen zur Erwerbstätigkeit außer dem Haus neuerdings von g e b u r t e n m i n d e r n d e r W i r k u n g sein würde. Die Verschärfung des Geburtenrückgangs bedeutet aber wiederum Verschärfung des Überalterungsprozesses; gerade aus den fortdauernden scharfen Geburtenminderungen ergibt sich jene ungünstige Beeinflussung der bevölkerungspolitischen Kapitalbilanz in Deutschland. Für einen zu erstrebenden Ausgleich in der Kapitalbilanz aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung bliebe bestenfalls die Erhöhung des Pensionsalters als möglicher Regulator. Daß hier verhältnismäßig enge Grenzen gezogen sind, ist offenbar. Denn man kann nicht den Arbeitswert von Greisen demjenigen von Männern in der Vollkraft ihrer Jahre gleichsetzen.

Im Zusammenhang mit der eben behandelten Frage vertritt L ö s c h[89]) die Anschauung, die Ersparnisse des Geburtenrückgangs

87) E. K a h n, Der internationale Geburtenstreik, Frankfurt/M. 1930.
88) vgl. A. L ö s c h, a.a.O., II. Teil, S. 55.
89) ebenda S. 60.

einerseits und die Mehrbelastung der Wirtschaft durch steigende Altersfürsorge auf der anderen Seite könnten nicht einfach gegeneinander aufgerechnet werden, weil erstens die Belastung durch den Sterberückgang auch in der Vorkriegszeit schon bestanden habe, während die Entlastung durch die niederen Geburtenziffern in diesem Ausmaß eine ausgesprochene Nachkriegserscheinung sei; zweitens müßte auf Grund einer Verlangsamung des Sterberückgangs im Vergleich zu den Zeiten stärkeren Rückgangs ebenfalls eine relative Entlastung für die Kapitalbilanz aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung sich ergeben. „Man kann zum Geburtenrückgang sonst stehen wie man will, finanziell jedenfalls bedeutet er zweifellos eine gewaltige Entlastung", schließt Lösch. Daß dieser Beurteilung bei leichter Geburtenabnahme einer in Geburten und Sterbefällen annähernd ausgeglichenen Bevölkerung ihre Richtigkeit nicht abgesprochen werden kann, beweist nicht, daß sie unter allen Umständen für jede Bevölkerungsabnahme Geltung haben muß. Wenn wie in Deutschland der außergewöhnliche Geburtenschwund einen durch und durch anormalen Altersaufbau der Bevölkerung hervorrief, wenn eine fortschreitende scharfe Geburtenabnahme bei stetig verbesserter Sterblichkeit die Quote der nicht mehr Produktiven automatisch immer höher schraubte, dann dürfte es nach der oben gemachten Feststellung über den Mehrverbrauch eines Greises gegenüber einem Kinde nicht mehr zweifelhaft sein, daß ein Aktiv-Saldo auf Grund des Geburtenrückgangs und der durch ihn weniger beanspruchten Erziehungsgelder keinesfalls mehr zu erwarten stehen kann. Es wird in diesem Zusammenhang allzu gerne auf die Entwicklung in Frankreich hingewiesen, wo durch die abnehmenden Kinderzahlen die Kapitalbildung in starkem Maße eine Förderung erfahren hätte. Man vergißt dabei die eben erörterte, für die Gestaltung der Kapitalbilanz ausschlaggebende, andersgeartete Bevölkerungsentwicklung in Deutschland gegenüber Frankreich. Vor allem besteht die Tatsache, daß sich ja Frankreich zu dem gewaltigen Geburtenrückgang rund ein Jahrhundert Zeit gelassen hat, den Deutschland in fast einem Jahrzehnt vollzog. Hersch und Burgdörfer haben gelegentlich darauf hingewiesen.[90])

Während auf Seiten Frankreichs also ein langsamer Übergang und heute sogar ein Stagnieren der rückläufigen Bevölkerungsbewegung festzustellen ist,[91]) wurde für Deutschland ein schroffes Abfallen der Geburtenziffern bis unter die Bestandserhaltungszahl in der

90) vgl. L. Hersch, Bevölkerung und Arbeitslosigkeit, S. 223; F. Burgdörfer, Volk ohne Jugend, S. 324.

91) Die Zahl der Geburten hat in Frankreich im Jahre 1934 insgesamt 677 365 gegenüber 682 608 im Jahre 1933 betragen; vgl. Notiz in „Deutsche La Plata Zeitung" vom 1. 5. 35., 65. Jahrgg. Nr. 30, Buenos Aires.

Gegenwart charakteristisch. Man kann demnach ja auch infolge eines gleichmäßigeren Altersaufbaus in Frankreich, der nicht im entferntesten mit dem deutschen einen Vergleich aushält, nur in Deutschland von einer ausgesprochenen Überalterung reden, einer Überalterung, die ja gerade die Kapitallasten für die Wirtschaft mit sich bringt.

Für eine in Geburten und Sterbefällen annähernd ausgeglichene Bevölkerung vermag eine allmähliche Abnahme der Geburtenzahlen — gegenüber einer bisher stationären Bevölkerung — insofern günstigen Zeichens zu sein, als in diesem Falle den durch die Geburtenrestriktion anfallenden Ersparnissen an Erziehungsgeldern nicht eine zunehmende Zahl von zu unterhaltenden Erwerbsunfähigen gegenübersteht. Dadurch können die einzelnen Arbeitsplätze mit besseren Maschinen und Werkzeugen u.s.f. vervollkommnet werden, eine Maßnahme, die den Arbeitsertrag und die Lebenshaltung günstig zu beeinflussen in der Lage wäre.

Es muß hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Gesamtbelastung durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung aber auch berücksichtigt werden, daß die Belastung durch eine größere Zahl alter Leute dadurch wieder eine gewisse Abschwächung erfährt, daß ein großer Teil der Greise regelmäßig noch irgendwie produktiv ist, sodaß sich dadurch immerhin die Mehrkosten eines Greises gegenüber einem Kinde verringert darstellen.

2) Bedeutet Erzeugung mit Kapitalgütern statt mit Arbeitskraft verringerten Bedarf an Arbeitskräften?

Aus dem Wachstum des durch Vervollkommnung und Ausbau der Arbeitsplätze geförderten konstanten Kapitals, im Sinne jener pessimistischen Beurteilung eines R i c a r d o und der darauf fußenden Lehren von Karl M a r x, auf eine fortwährende Vergrößerung der „i n d u s t r i e l l e n R e s e r v e a r m e e“ zu schließen, ist eine Ideologie, die heute wohl nicht mehr ernst genommen zu werden verdient. Denn behält man immer die Zielsetzung jeder Rationalisierung im Auge, also Vervollkommnung der Produktion im wirtschaftlichen Sinne, d. i. das Streben mit geringerem Kostenaufwand als früher, nicht nur die gleichen Gütermengen sondern auch in qualitativer Hinsicht Vorteile herauszuwirtschaften, und nimmt man berechtigterweise an, daß dieses Ziel im allgemeinen auch erreicht wird, dann kann kein Zweifel mehr obwalten, daß wohl als Folge durchgreifender Umwälzungen im Produktionsprozeß Arbeitslosigkeit in gewisser Höhe auftreten wird, daß aber diese „industrielle Reservearmee“ nicht im Sinne des M a r x zu-, sondern mit den wirtschaftlich günstigen Folgen der Rationalisierungsmaßnahmen wieder

abnehmen und schließlich verschwinden muß. Jene durch den technischen Fortschritt, der mit weit weniger Arbeitern eine stetig steigende Produktion ermöglicht, entstehende „technologische Arbeitslosigkeit" wirft also insofern ein neues Problem auf, als es notwendig erscheint, daß zu seiner Lösung die alten Industrien sich immer weiter entwickeln und ausdehnen müssen, oder die Schaffung neuer Industriezweige, die die Nachfrage ganz neuer Waren zu befriedigen haben werden, wird erfolgen müssen. Es liegt auf der Hand, daß hier eine wirkungsvolle Nachfrage nur dann zu erwarten stehen kann, wenn die Fortschritte in den Produktionsmöglichkeiten mit dem Aufschwung der Kaufkraft Schritt halten.

Wenn in Deutschland das Volkseinkommen und die Güterproduktion keineswegs in demselben Maße zurückgegangen sind, wie die Arbeitslosigkeit zunahm,[92]) so ist dafür gerade der Rationalisierungsprozeß verantwortlich zu machen, denn er gestattete trotz geringerem Aufwand als bisher die Erzielung des gleichen Gütereinertrages. Auch hat die technologische Arbeitslosigkeit zwar einen Lohnausfall zur Folge, der jedoch die Höhe des Volkseinkommens in keiner Weise berührt. Es ist hier wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß bei einer allmählichen Wiedereingliederung der freigewordenen Arbeitslosen das Volkseinkommen und im Zusammenhang damit die Kaufkraft eine günstige Beeinflussung erfahren, d. h. also gegenüber ihrem früheren Stand erhöht werden.

3) Die Bedeutung der Absatzmöglichkeiten für die Produktionskonstanz.

Wenn sich für die von den Einwirkungen konjunktureller Art abstrahierte Behandlung der Einflüsse der Bevölkerungsentwicklung auf die Arbeitslosigkeit gezeigt hat, daß nicht die Bevölkerungszunahme als solche für ein Anwachsen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit verantwortlich ist, vielmehr das zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital entstandene Mißverhältnis infolge einer ungewöhnlichen Wirtschaftskrise, die, politisch bedingt, jede gesunde Kapitalbildung unmöglich macht, wenn sich weiterhin gezeigt hat, daß im Falle eines Übergangs von starker Bevölkerungsvermehrung zu ständig und rasch abfallenden Geburtenzahlen in Deutschland die Kapital-Bilanz, wie sie sich aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ergibt, eine Belastung erfährt, die sich ceteris paribus auch für die Möglichkeit der Wiedereingliederung von Arbeitslosen erschwerend geltend machen muß, so muß mit dem Einwand gerechnet werden, der besagt, man müsse eben unter allen Umständen das Mißverhältnis zwischen Arbeitskraft und Kapi-

92) Vgl. bei P. Mombert, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, a.a.O., S. 1410.

tal — die Kapitalknappheit — beseitigen, sei es durch Aufnahme von Anleihen aus dem Ausland oder binnenwirtschaftlich durch Preiserhöhung oder Lohnkürzungen; allenfalls müßten außerdem Spargelder herangezogen werden.

Läßt man zunächst einmal etwaige Unzulänglichkeiten solcher Kapitalbeschaffung unbeachtet, dann könnten also die zusätzlichen Arbeitskräfte auf Grund zusätzlich in die Wirtschaft geleiteter Geldmengen ihre Leistungen in den volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß eingliedern. Die Spanne vom Augenblick der Eingliederung der zusätzlichen Arbeitshände in den Kreislauf der Werte bis zum ersten Absatz der mit ihnen zur Verfügung gestellten Verbrauchswerte zu überbrücken, wäre die Aufgabe des neubeschafften Kapitals. Daß eine Eingliederung neuer Arbeitshände kraft größerer verfügbarer Kapitalmengen jedoch noch nicht die wirtschaftliche Lösung bedeuten kann, ist offenbar; denn die Eingliederung als solche steuert dem Übel der Beschäftigungslosigkeit nur für den Augenblick. Vom Anfang der zweiten Umschlagszeit an muß die laufende Einnahme aus dem Absatz die Beschäftigung der zusätzlichen Arbeitskräfte finanziell gewährleisten. Das bedeutet die Notwendigkeit einer vorangehenden Schaffung von Absatzgebieten und Absatzmöglichkeiten im entsprechenden Ausmaß, um auch in der Produktion eine Konstanz sicherzustellen.

Die vordringlichste Frage ist die, aus welcher Quelle die Mittel fließen, um die Neueinstellung der zusätzlichen Arbeitskräfte zu finanzieren. Da ist zunächst die Möglichkeit, Preiserhöhungen und Lohnkürzungen in den einzelnen Unternehmen durchzuführen.[93]) Doch bedeuten solche Maßnahmen zweifellos eine Verringerung der Kaufkraft; binnenwirtschaftlich wird die Einstellung der zusätzlichen Arbeitskräfte in dem einen Unternehmen dadurch belanglos, als in anderen Unternehmen infolge dieser Kaufkraftbeschneidung weiter Kreise auf Grund einer vorgenommenen Preiserhöhung oder Lohnkürzung der Absatz entsprechende Eindämmung erfährt, sodaß die Produktion eingeschränkt und ein Teil der Beschäftigten entlassen werden muß. Es zeigt sich, daß tatsächlich nur eine Verschiebung unter den Arbeitslosen stattfindet, nicht aber eine Aufnahme der mehr sich anbietenden Arbeitskräfte. Auch das Bild für die Heranziehung zusätzlicher Spargelder zum Zwecke der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten ist kein anderes. Während mit der Investierung solcher Gelder in Anlagen einerseits neue Arbeiter Beschäftigung finden können, wird auf der anderen Seite diese (vermeintliche!) Verbesserung des Beschäftigungsgrades dadurch illusorisch, daß diese in den Neu-Anlagen festgelegten Spar-

93) vgl. hiezu P. Schröder, Die Überwindung der Wirtschaftskrise durch den Plankapitalismus. Jena 1932.

gelder nun nicht mehr, wie ehedem, als Kaufgelder Verwendung finden können, d. h. die Kaufkraft ist verringert worden. Damit können die Produkte der Neu-Anlagen nicht abgesetzt werden, die Konstanz der Produktion ist nicht gewährleistet, Arbeiter müssen entlassen werden. Wegen der mit solcher Aufbringung von Mitteln verbundenen Einschnürung des ohnehin stark eingeschränkten unmittelbaren Verbrauchs kommen somit sogenannte Ersparnisgelder nicht in Betracht.

Angesichts der schlimmen Erfahrungen mit Auslandskrediten und Auslandsanleihen in den Notjahren der Nachkriegszeit muß hier an andere Mittel und Wege gedacht werden. Eine der zusätzlichen Arbeitskraftmenge entsprechende bewußte Schöpfung von Neugeld und Kredit weist vor einer Aufnahme von Auslandsanleihen jedenfalls den zweifelsfreien Vorzug auf, keine Zinslasten zu erheischen, und es besteht nicht die Möglichkeit wie bei einer Anleihe, daß bei der Notwendigkeit der Rückzahlung — vielleicht gerade in einer Depressionsperiode — die volkswirtschaftliche Liquidität durch den plötzlichen Entzug beträchtlichen Schaden nimmt. Daß bei solcher Kreditschöpfung und Geldvermehrung nicht notwendig an eine inflationistische Wirkung gedacht werden muß, hat Schumpeter in seiner Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung gebührend auseinandergesetzt.[94]) Von wesentlicher Bedeutung ist, daß mit der Vermehrung des Geldes gleichzeitig der Umfang der Marktumsätze wächst, d. h. der Umfang der absatzfähigen Produktion in gleicher Weise sich erhöht. Kann also die erzeugte Ware wirklich preiswürdig abgesetzt werden, so ist eine hiemit parallel laufende Ausdehnung des Geldverkehrs nicht nur unschädlich, vielmehr zur Vermittlung dieser Umsätze notwendig.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Problematik immer wieder mit der Frage der Möglichkeit Absatzgelegenheiten zu schaffen beginnt. Die Lösung der Absatzfrage scheint in ihrer elementaren Bedeutung für jede gesunde Fortentwicklung und Rentabilität wirtschaftlicher Erzeugung gerade in der Gegenwart nicht gebührend beachtet zu werden. Da eine zusätzliche Beschäftigung in Produktionszweigen, die in kürzestem Zeitraum eine gewinnbringende Produktion ermöglichen eben, weil ihre Erzeugnisse einer kaufwilligen Nachfrage begegnen, eine Verbesserung der Lebenshaltung bewirkt, sind alle Arbeitsbeschaffungsprogramme, deren wirtschaftlicher Erfolg keine in kürzester Frist absatzfähige Ware darstellt, als für eine Finanzierung mit Neugeld ungeeignete Maßnahmen zu beurteilen. Jedenfalls müßte über kurz oder lang der

94) J. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus. II. Aufl. München/Leipzig 1926, S. 153 ff.

Zusammenbruch und die Entwertung der Anlagen die ökonomischen Fehlgriffe quittieren, die gemacht werden, indem man es als seine Aufgabe betrachten würde, irgendwie zur Verfügung stehende oder durch „Kreditschöpfung" geschaffene Zahlungsmittel zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung zu verwenden ohne vorherige oder doch gleichzeitige Sicherung einer kaufwilligen Nachfrage. Denn eine langjährige Bindung durch Kreditschöpfung bereitgestellten Kapitals, das auf lange Sicht hinaus keinen Ertrag für eine Amortisierung zu bringen vermag, müßte nach den oben gezeichneten Grundsätzen von verhängnisvoller Wirkung werden. Das bedeutet also die Notwendigkeit, solche Erwerbszweige ausfindig zu machen, deren Erzeugnisse einen steigerungsfähigen Absatz versprechen, eine Aufgabe wohl der Konsumtions- und Produktionsstatistik.

Als vordringlichste Maßnahme, Absatz zu schaffen, besteht für den Binnenmarkt die Möglichkeit der Erhöhung der Kaufkraft. Wie sich bereits gezeigt hat, würde eine Kaufkraftsteigerung auf dem Binnenmarkt mit der Eingliederung neuer Arbeitskräfte, die allerdings einen gewissen Kapitalvorrat erheischt, automatisch vor sich gehen. Herrscht Kapitalmangel, so wird infolge des hohen Zinses nicht nur ein groß Teil der Produktion unrentabel, wodurch eine Aufnahme der zusätzlichen Arbeitskräfte unmöglich erscheint, das teure Kapital dämmt vielmehr auch die Absatzmöglichkeiten in weitgehendem Grade ein, denn es schmälert dadurch, daß es eine Verteuerung der Waren hervorruft, die Kaufkraft der Konsumenten. Eine durch Lohnerhöhungen wieder zu erreichende Stärkung der Kaufkraft ist insoweit mit oft nicht geringen Schwierigkeiten verbunden, als mit der künstlichen Steigerung der Lohnsätze eine Preissteigerung leicht Hand in Hand geht — und damit die Kaufkrafterhöhung nicht praktisch wird. Schließlich kann der Lohnsatz nicht wahllos in die Höhe geschraubt werden, da die internationale Konkurrenz die Überschreitung einer gewissen Grenze nicht zulassen dürfte. Was die Absatzmöglichkeiten durch Stärkung der Kaufkraft betrifft, so muß doch kurz die vielgenannte „Politik der hohen Löhne" gestreift werden, wie sie vornehmlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika von Wissenschaft und Praxis Anerkennung gefunden hat.

Zunächst dürfte der Grundgedanke für eine „Politik der hohen Löhne" nicht bezweifelt werden können, daß nämlich eine möglichst breite Basis kaufkräftiger Abnehmer die Produktion und Konjunktur notwendig beleben muß. Man kann, wenn man will, feststellen, daß Länder mit hohen Löhnen geradezu die Mechanisierung der Industrie großgezogen haben mit dem Erfolg, daß die Gesamtproduktionskosten eingeschränkt werden konnten. Diese Länder vermochten nicht nur Industrie und Handel zu rascher Blüte zu bringen, sie zeigten sich auch durchaus gewachsen, ihre zu-

nehmende Bevölkerung in den volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß einzugliedern. Man denke nur an die Vereinigten Staaten, Großbritannien, und vor allem an Deutschland, das in den Jahren relativ rascher Bevölkerungszunahme von 1880 bis 1900 sein Kapital so stark vermehren konnte, daß der landesübliche Zins auf fast 3 Prozent fiel![95])

In Anbetracht der Tatsache, daß die Frage der hohen Löhne eine Angelegenheit der mehr oder minder umfangreichen Kapitalmengen eines bestimmten Landes ist, begegnet man immer wieder dem Einwand, der besagt, die Arbeitslosigkeit in einem Lande resultiere nicht aus einer mangelhaften Kapitalausstattung, sondern aus einer ungenügenden Anpassung der Löhne an die Kapitalausstattung. Da es auch für den Produktionsfaktor Arbeit einen Grenzwert gebe, über den hinaus das Produktionselement nicht mehr beansprucht werde, d. h. wenn die Kosten der Heranziehung höher zu stehen kommen als der Nutzen der Heranziehung, so müßten notwendig bei kleinerer Kapitalausstattung, solange die Lohnforderungen der Arbeiter aufrechterhalten blieben, gewisse Grenzarbeiterschichten zu Arbeitslosen werden. Würden die Arbeiter ihre Lohnforderungen entsprechend der Verminderung der Kapitalausstattung erniedrigen, dann könnte damit eine Vermehrung der Arbeitslosen vermieden werden. Die sich ergebende Konsequenz müßte sein, daß also durch Lohnkürzung Kapital für die Einstellung neuer Arbeiter frei wird.

Dieser vielvertretenen Anschauung haftet leider der Mangel an, zugunsten der Theorie die wirtschaftspolitische Praxis in ihren Grenzen und Möglichkeiten nicht gebührend zu würdigen. Rein theoretisch könnte bei immer sich anpassenden Löhnen an die Kapitalausstattung Arbeitslosigkeit überhaupt nie auftreten. Praktisch gesehen, kann es nur als Illusion bezeichnet werden, wenn vielfach angenommen wird, daß durch Lohnsenkungen der Arbeitslosenkrise beizukommen die Möglichkeit bestünde. Daß vorübergehend die Rentabilität gewisser Unternehmungsgruppen gesteigert werden kann, ja unter gegebenen Umständen sogar der Gesamtlohnaufwand steigerungsfähig ist, vorausgesetzt, daß die ganze Kostenverminderung in Gestalt erniedrigter Preise nicht vom Unternehmer zur Erhöhung seiner eigenen Einnahmen zurückbehalten wird, sondern den Verbrauchern zugute kommt, indem sie ihre Kaufkraft stärkt, wird nicht bestritten. Jedoch hat sich gezeigt, daß über den rasch fühlbar werdenden Weg der Absatzschrumpfungen infolge der Beschneidung der Kaufkraft der Lohnarbeitermassen durch eine Kürzung des Lohnsatzes für andere Unternehmungsgruppen die

95) Ad. Weber, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, I. Teil, S. 100.

Rentabilität sich verschlechtert:[96]) volkswirtschaftlich gesehen also keine Belebung des Arbeitsmarktes, sondern lediglich eine Beunruhigung desselben erreicht wird. Daß praktisch ein gegebener Lebensstandard des Arbeiters, vor allem bei tarifvertraglicher Regelung der Lohnverhältnisse, nur unter den härtesten politischen Kämpfen erniedrigt werden kann, ist offenbar.

Die Frage, wie sich eine Vermehrung des Kapitals oder auch eine Verminderung desselben in bestimmtem Ausmaß auf den Beschäftigungsgrad auswirkt, d. h. also wieviel Arbeitslose unmittelbar auf eine bestimmte Senkung des Zinsfußes beschäftigt werden könnten, läßt sich deshalb zahlenmäßig nicht beantworten, weil die Untersuchung jedes einzelnen Betriebes in der genannten Richtung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt.

Auch für Absatzgelegenheiten auf dem Weltmarkt Sorge zu tragen, ist Aufgabe einer umsichtigen Wirtschaftspolitik gerade in Ländern, in denen eine erhöhte Erwerbstätigenzahl auch eine größere Einfuhr von Rohstoffen mit sich bringt. Nur durch den Absatz deutscher Erzeugnisse im Ausland besteht für Deutschland die Möglichkeit, Devisen hereinzubekommen, die es heute zum Einkauf der für die Halb- und Fertigwarenindustrie notwendigen Rohstoffe[97]) unbedingt braucht. Nach dem Scheitern der Londoner Konferenz im Juli 1933 ist durch die von den meisten Ländern aufgerichteten Zollschranken für das hochindustrielle Deutschland die ausländische Absatzbasis immer mehr geschwunden, eine Tatsache, die sich auf die Devisenvorräte entscheidend auswirken muß. Durch die Verringerung der deutschen Ausfuhr müssen die vorhandenen Devisen bald verausgabt sein. Es darf nicht vergessen werden, daß, je stärker der Inlandsmarkt belebt ist und je rascher dadurch der vom Ausland bezogene Rohstoffvorrat verarbeitet wird, um so größer auch der Bedarf an neuen ausländischen Rohstoffen sein muß, d. h. daß der Devisenbedarf ebenfalls größer sein muß und nur eine Abdeckung findet, wenn die deutschen Produkte nicht nur in höherem Grade auf dem Innenmarkt, sondern auch zur Herbeischaffung neuer Devisen gerade auch auf dem Auslandsmarkt

96) Es ist nur natürlich, daß, solange das Konkurrenzsystem das Wirtschaftsleben beherrscht, diese Unternehmungsgruppen sich nicht mit der erlittenen Niederlage abfinden wollen. Sie werden den ihnen von der Konkurrenz entrissenen Absatzmarkt mit allen Mitteln wieder zurückzuerobern suchen. Indem sie ebenfalls durch Kürzung des Lohnsatzes oder auf anderem Wege ihre Selbstkosten einschränken, gelingt es ihnen nach und nach, die Konkurrenz wieder aus dem Felde zu schlagen. Auch außenwirtschaftlich gesehen kann theoretisch die inländische auf Kosten der Weltarbeitslosigkeit durch Preissenkung bei erweitertem Absatz bekämpft werden (vgl. Dumping!), wenn sich nicht das Ausland vor der Konkurrenz durch Einfuhrzölle schützt!! Vgl. hiezu: K. Muhs, Allgem. Volkswirtschaftslehre. Handelshochschule. II. Bd., S. 875.

97) und zur Erfüllung seines internationalen Schuldendienstes.

abgesetzt werden können. Dabei ist offensichtlich, daß die nicht selten mit sehr langfristigen Krediten verbundenen Lieferungen ins Ausland für das exportierende Land eine Verfügung über einen erheblichen Kapitalmehrbedarf notwendig werden lassen.

Wenn in der Gegenwart aus fast allen europäischen Ländern Berichte kommen, wonach diese Länder durch die beschränkten Absatzmöglichkeiten vornehmlich ihrer Textilerzeugnisse zu einer teilweise nicht unerheblichen Verminderung der Arbeitszeit gezwungen zu sein glauben,[98]) so bedeutet eine derartige Maßnahme in den betreffenden Ländern nicht nur eine Kürzung der Wochenlöhne, vielmehr geht damit Hand in Hand eine entsprechende Verringerung der Kaufkraft breiter Volksschichten, die sich für den Binnenmarkt unangenehm bemerkbar machen kann. Auch in Deutschland wurde zu einer Arbeitszeitverkürzung bis auf die 36-Stunden-Woche übergegangen.[99]) Die Ursachen für diese Einschränkung sind wiederum in den verringerten Absatzmöglichkeiten, für Deutschland gerade in der Schrumpfung des Auslandsabsatzes, zu sehen. Denn auf Grund des Rückgangs der Ausfuhr ergibt sich ein Mangel an Devisen, der es zur Zeit, da Deutschlands Gläubiger Zahlungen nur in Devisen anzunehmen bereit sind, nicht gestattet, von den Rohstoffe liefernden Ländern die zur Vollbeschäftigung unserer Textilindustrie notwendigen Mengen einzuführen.

Der Versuch, durch allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit die aus dem Arbeitsprozeß hinausgeworfenen Arbeitskräfte wieder hereinzuholen, kann nur verstanden werden, wenn man zugrundelegt, daß eine Ausdehnung unseres deutschen Gesamtkonsums mit den gegebenen Mitteln nicht möglich ist, sodaß sich nach dieser Auffassung, ähnlich wie bei malthusianischen Gedankengängen, gleichsam zuviel Beschäftigte in die Güter des Lebens teilen möchten. Nach dieser Ideologie verkörpert letzten Endes die Gesamtsumme des deutschen Konsums ein vorläufig nicht mehr steigerbares Maß der Lebenshaltung.

---

98) In Frankreich sind die Baumwollspinnereien im Elsaß und in den Ostdepartements im Juni 1934 zur 40-Stunden-Woche übergegangen, in der französischen Leinen-, Woll-, Baumwoll-, Spitzen-Industrie, sowie in den Wäschereien und Färbereien herrscht größtenteils die 32-Stunden-Woche vor. In Polen ist die individuelle Arbeitszeit bereits auf 38 bezw. 32 Wochenstunden beschränkt. Die Tschechoslowakei sah sich gezwungen, von der 48-Stunden-Woche auf die 40-Stunden-Woche herunterzugehen.

99) laut Faserstoff-Verordnung vom 19. Juli 1934.

5. Abschnitt.

Die Einwirkung der Bevölkerungsentwicklung auf den Arbeitsmarkt auf dem Wege über eine Beeinflussung der Konjunktur.

1) im allgemeinen.

Wenn sich allenfalls gezeigt hat, daß eine sich fortwährend verschärfende Kapitalknappheit, verbunden mit der ungewöhnlichen Absatzkrise, die allerdings durch besondere politisch bedingte Verhältnisse hervorgerufen sein dürfte, in Deutschland zusammenfällt mit dem Einrücken der immerhin ziemlich stark besetzten Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit in das erwerbsfähige Alter und damit das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit immer ungünstigere Formen angenommen hat, so wird auch gesagt, daß bei der Schwierigkeit, das Mißverhältnis zwischen den Arbeitskräften und dem Kapital zu beseitigen, d. h. also die Kapitalverhältnisse an die Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen, eben nur ein Weg bleibe, nämlich die Bevölkerung — und mit ihr die Arbeitskraft — an die Kapitalverhältnisse der schrumpfenden Wirtschaft anzugleichen. Auf diesem Wege nur glaubt man die Proportionalität innerhalb der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital wiederherstellen und die Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen zu können. Daß aber bei stetig abnehmender Bevölkerung auf die Dauer gesehen auf die Konjunktur ein Einfluß ausgeübt wird, ist unbestritten, mindestens insoweit, als eine zunehmende Bevölkerungszahl nicht nur den Unternehmungsgeist stärkt und Überproduktion heilen hilft, sondern auch weil ein Wachstum der Bevölkerung aller Altersklassen die Konjunktur in einer mit stehendem Kapital gesättigten Volkswirtschaft wirksam beeinflußt.

Bei rückgehender Bevölkerung wird der Konsum im Gegensatz zu einer zunehmenden auf dreifache Art verschieden struktuiert: Durch die eintretenden Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung, durch das höhere Einkommen pro Kopf der Bevölkerung und den dadurch möglichen Mehrverbrauch pro Kopf und endlich durch Verschiebungen im Preisniveau.

Die Einflüsse, die von einem veränderten Aufbau der Bevölkerung auf die Absatzverhältnisse ausgehen, sind schnell gekennzeichnet, wenngleich festzustellen ist, daß diese Einflüsse im allgemeinen nur die Bedeutung von Tendenzen in Anspruch nehmen können, die nur innerhalb bestimmter Grenzen und Voraussetzungen sich durchsetzen, da immer andere noch nicht erfaßbare Kräfte entgegengesetzt wirksam sind.

2) Der Umfang des Bedarfes je nach Zusammensetzung der Bevölkerung.

Die auf den demographischen Ursachen beruhende veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung nach Erwachsenen und Kindern ist auf die Größe und die Art des Bedarfes auf dem Innenmarkt von hervorragendem Einfluß, wenn auch Faktoren wie die Kaufkraft und die Verbrauchsgewohnheiten, die in der Mode zum Ausdruck kommen, unbedingt mitberücksichtigt werden müssen. Im Bevölkerungsaufbau eingetretene Verschiebungen haben in Deutschland eine bevölkerungspolitische Situation in Erscheinung treten lassen, wonach an der Stelle der Kinder im Alter bis zu 15 Jahren in erhöhtem Grade Personen im Arbeitsalter von 15 bis 65 Jahren stehen. Daß dieser erhöhte Anteil erwerbsfähiger Personen bei seiner Unterbringung in der Wirtschaft eine Kaufkraftsteigerung mit sich bringen würde, wäre ein Umstand, der sich auch auf dem Arbeitsmarkt bald günstig bemerkbar machen müßte. Für den Arbeitsmarkt wiederum würde damit aus der Erhöhung der Absatzmöglichkeiten und der größeren Fähigkeit zur Kapitalbildung die Möglichkeit einer Entlastung durch Bereitstellung neuer Arbeitsplätze erwachsen.

Es handelt sich bei der Frage, wie die Konjunktur durch die veränderten Altersverhältnisse der Bevölkerung infolge des Geburtenschwundes beeinträchtigt wird, zunächst um die Feststellung zweier sich entgegenwirkender Entwicklungsreihen hinsichtlich des Umfangs des Bedarfes. Die eine davon ist darin zu sehen, daß der Bedürfniskreis erwachsener Personen im Alter von 20 bis 65 Jahren verglichen mit demjenigen der Kinder im Alter bis zu 15 Jahren, wesentlich höher zu veranschlagen ist. So sind nach der Meinung Löschs die erwerbstätigen Männer zwischen 20 und 65 Jahren als Vollkonsumenten zu werten, während die Konsumschwere der 16- bis 20- und über 65-Jährigen nur 60 Prozent und die der Kinder sogar nur 35 Prozent (höchstens 45 Prozent) des Durchschnittsverbrauchs eines Erwachsenen ausmacht.[100]) Da die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland zu einer größeren Quote Erwachsener an der Gesamtbevölkerung gegenüber einem früheren Zustand geführt hat, so kann nicht zweifelhaft sein, daß dieser höhere Anteil Erwachsener an der Gesamtbevölkerung für die Volkswirtschaft eine Bedarfssteigerung bedeutet, da ein Erwachsener eben in aller Regel mehr als ein Kind konsumiert. Während also innerhalb der Bevölkerung und nicht in ihrem äußeren Umfang Verschiebungen in der oben gezeichneten Richtung stattfanden, mußte sich gleichzeitig der Konsumtionsfonds vergrößern, wenn nicht die

100) A. Lösch, Was ist vom Geburtenrückgang zu halten, II. Teil, S. 54 f., Anm.

Lebenshaltung gedrückt werden sollte, d. h. die Verschiebungen im Altersaufbau verlangen eine Erweiterung des Konsumtionsfonds bei gleicher Lebenshaltung. Es ist offenbar, daß die Entwicklung, die zu einem höheren Anteil Erwachsener innerhalb eines Volkskörpers führt, aber nicht einen Bedarfszuwachs etwa in derselben Höhe mit sich bringen kann, wie die Entwicklung der Bevölkerung, bei der auf Grund regelmäßiger, normaler Bevölkerungsvermehrung die Zahl der erwachsenen Personen ansteigt.

Die andere Entwicklungsreihe innerhalb einer in ihrem Altersaufbau durch Geburtenrestriktion verschobenen Bevölkerung, die für den Bedarfsumfang von Bedeutung ist, kennzeichnet sich in einer durch den Geburtenrückgang hervorgerufenen Änderung des Bedarfes nach der Richtung kapitalintensiver Güter hin zuungunsten solcher arbeitsintensiver Art.[101] Durch den Rückgang der Geburtenzahlen scheint es nur natürlich, daß der Bedarf an Waren, die vornehmlich von Kindern gebraucht und konsumiert werden wie Spielsachen, Milchflaschen, Milch, Kinderkleider, Schulartikel, Schuhe u. a. m. in nicht unerheblichem Maße eine Einschränkung erfahren mußte. Es kann dann auch nicht überraschen, wenn mit dem allmählichen Hereinwachsen der von Jahr zu Jahr stärker dezimierten Altersklassen in die Erwerbsfähigkeit und in das Heiratsalter sich ein allmähliches Stagnieren des bisherigen Mehrkonsums bemerkbar macht. Burgdörfer gibt gelegentlich einmal[102] ein treffendes Urteil über die Einwirkung der Bevölkerungsentwicklung auf die volkswirtschaftliche Konjunktur ab, indem er zusammenfassend feststellt: „Im ganzen gesehen, ging immer die Grundlinie, der Trend, unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung, entsprechend dem gesunden Auftrieb der Bevölkerungsentwicklung, aufwärts." Während man bisher für einen jährlichen Zuwachs von rund 450 000 bis 500 000 Mehrkonsumenten[103] die wirtschaftlichen Voraussetzungen in Gestalt von Nahrungsmitteln, Arbeitsmaterial und Werkzeugen schaffen mußte, fällt bei Aufhören der Bevölkerungszunahme und deren Umkehrung in eine Abnahme dieser Mehrbedarf weg, wo noch dazu infolge des Eintritts der stärker besetzten Jahrgänge ins Arbeitsalter die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung steigt. Nawratzki hebt besonders hervor, daß der bisherige Zuwachs von einer halben Million Mehrverbraucher früher in Deutschland der Wirtschaft einen entsprechenden Antrieb gegeben habe. Gemeint sind hiebei also nur die in das erwerbsfähige Alter hineinwachsenden Personen. Wenn diese halbe Million von in das erwerbsfähige Alter kommenden

101) vgl. o. S. 14 f.

102) Volk ohne Jugend, S. 192.

103) C. Nawratzki, Bevölkerungsstillstand als Wirtschaftsproblem, unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft. Berlin 1930, S. 124.

Personen einen kaufkräftigen Bedarf entwickeln konnte und damit zur Ausweitung der deutschen Wirtschaft beitrug, so ist dafür nach Mombert ganz allein der Umstand verantwortlich, „daß es in dieser Zeit regelmäßig gelungen ist, diesem Zuwachs Arbeitsgelegenheit zu geben und ihn so in den Produktionsprozeß einzureihen."[104]) Da die Konsumtion der Gütermenge nach in erster Linie durch das Einkommen, über das der Verbraucher verfügt, bestimmt wird,[105]) fällt die große Zahl Arbeitsloser infolge ihres eingeschränkten Konsums als vollwertige Verbraucher bis zu einem gewissen Grade aus, d. h. die Beschäftigungslosigkeit schwächt die Kaufkraft weitester Schichten und läßt so nicht zu, daß die von ihr Betroffenen als Vollkonsumenten auf dem Markte in Erscheinung treten können. Der Kausalnexus, der darin besteht, daß die Zunahme der Erwerbstätigen in Deutschland eine Vermehrung der Vollkonsumenten in gleichem Maße nach sich zog, erklärt damit auch die starke Produktionserhöhung trotz aller Wirtschaftskrisen.

3) Der anders geartete Bedarf je nach Zusammensetzung der Bevölkerung durch Mehrverbrauch pro Kopf.

Gegen den den arbeitsintensiven Bedarf schmälernden und damit die Konjunktur noch verschärfenden Einfluß einer Bevölkerungsabnahme in verbrauchsintensiven Ländern wird mit dem Einwand argumentiert, daß keineswegs notwendig mit dem Rückgang der Bevölkerung eine Abnahme des Verbrauchs und — daraus resultierend — ein Überschuß an Arbeitskräften[106]) Hand in Hand gehen müsse, weil bei kleinerer Vermehrungsquote der Einzelne größere Mengen, bessere Qualitäten und sogar ganz neue Waren nachfragen könne, sodaß bei entsprechender Verbilligung durch einen Mehrverbrauch pro Kopf der Ausgleich im Konsum herbeigeführt würde. Die Frage ist also, ob den Bedarfsausfall, der daraus entspringt, daß infolge der Bevölkerungsverminderung mit den erhöhten Erwerbsfähigenzahlen nicht die entsprechende Konsumentenzahl hinzuwächst, durch neuauftretenden andersgearteten Bedarf teilweise oder ganz wettzumachen die Möglichkeit besteht. Die Entstehung ganz neuen Bedarfes erklärt sich dabei aus folgender Entwicklung: In der Vorkriegszeit entfielen auf jeden verheirateten Mann unter 50 Jahren annähernd drei Kinder unter 15 Jahren, gegenwärtig aber noch keine zwei.[107]) Dies macht sich

104) „Der Einfluß d. Geburtenrückggs. auf Konjunktur u. Arbeitsmarkt" in: Schmollers Jahrb., 57. Jhrgg., 1933, S. 840.

105) vgl. H. Moeller, Die Lehre vom Gelde, Leipzig 1925, S. 2.

106) durch Produktionseinschränkung.

107) vgl. o., S. 13.

für die Kindererziehung in einem um ein Drittel kleineren Bedarf geltend. Insoweit die damit ersparte Kaufkraft nicht dem Akkumulationsfonds, d. h. der Kapitalbildung, zugute kommt, macht sich eine Verschiebung des Bedarfes, eine Umschichtung von den lebensnotwendigen zu höherstehenden Bedürfnissen, bemerkbar. Von Nawratzki wird auch dementsprechend die Feststellung gemacht,[108]) daß eine Verbrauchssteigerung pro Kopf von Massengütern in nur ganz geringem Umfang in Frage kommen kann. Das beweise das praktische Beispiel von der Landwirtschaft, aus dem ersichtlich werde, daß bei einer nicht mehr zunehmenden Bevölkerungsentwicklung nicht nur keine Steigerung im Verbrauch etwa von Kartoffeln und Brotgetreide eintrete, sondern eher ein Rückgang pro Kopf. Selbst eine wieder verbesserte Wirtschaftslage würde keinen entsprechenden Mehrkonsum an verhältnismäßig einfachen Gütern mit sich bringen können, vielmehr würde sie einen pro Kopf gesteigerten Bedarf bezw. einen allmählichen Massenbedarf an verfeinerten Fertigfabrikaten hervorrufen, sodaß dadurch immerhin ein gewisser Ausgleich für den Minderbedarf von Massengütern geschaffen werde. Als Beispiel könne man hier auf die Entwicklungstendenz in den Vereinigten Staaten verweisen, wonach sich auf industriellem Gebiete der Konsum nicht nur von arbeitsparenden Maschinen, sondern beispielsweise auch von Autos oder reinen Luxusgütern[109]) zu Massenbedarfsartikeln entwickeln könne.

Wenn der Bevölkerungsabnahme und der mit ihr Hand in Hand gehenden Verminderung der Verbraucher — in der langen Linie gesehen — deshalb nicht die Bedeutung einer Einschnürung des Bedarfes im ganzen und einer allgemeinen Produktionseinschränkung, sondern vornehmlich die einer Umstellung im Verbrauch zukommt, wonach also bei kleinerer Kinderzahl, d. h. Vermehrungsrate, eine Umschichtung vom Konsum lebensnotwendigster zu höheren Erzeugnissen und eine Nachfrage nach ganz neuen Gütern stattfindet, so hängt die praktische Bedeutung solcher Bedarfsveränderungen für den Arbeitsmarkt unmittelbar davon ab, welcher Art jene Güter sind, bei denen ein Mehrverbrauch auftritt. Während bei einer Bevölkerung und Volkswirtschaft mit einer starkbesetzten Kinder- und Jugendlichenschicht der Anteil an lebensnotwendigem Bedarf, wie Nahrungsmitteln, Kleidern, Schulartikeln u.s.w., zu dessen Fertigstellung die menschliche Arbeitskraft in erhöhtem Grade herangezogen werden muß, innerhalb des volkswirtschaftlichen Gesamtbedarfs einen immerhin breiten Raum einnimmt, erfährt bei einer vorwiegend erwachsenen Bevölkerung

108) „Bevölkerungsstillstand als Wirtschaftsproblem", S. 131.

109) es gibt Gegenstände, die in relativ sehr kurzer Zeit vom Luxusartikel zum Massenbedarfsartikel werden, so in der jüngsten Zeit etwa Radiogeräte (Volksempfänger!) u. dgl.

gerade die Produktion solcher Wirtschaftszweige eine Förderung, deren Erzeugnisse nach B u r g d ö r f e r weniger arbeits- als kapitalintensiv sind, also Genußmittel, Luxuswaren u. dgl., dazu Vergnügungs-, Fremdenverkehrs-, Sport- und Film-Industrie. Da die differenzierten Bedürfnisse erwachsener Personen verglichen mit den primitiveren Bedarfsgegenständen der Jugendlichen und Kinder weniger Aufwand an Arbeit als vielmehr an Kapital benötigen, so muß jene Verschiebung des Gesamtverbrauchs auf Grund der Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung im Sinne einer „Überalterung" den Wirtschaftszweigen, an deren Produktionswert die menschliche Arbeitskraft besonders stark beteiligt ist, zum Nachteil gereichen.

Das arbeitsintensive B a u g e w e r b e, die Schlüsselindustrie im volkswirtschaftlichen Organismus, dürfte ebenfalls in der genannten Richtung beeinflußt werden. Während bei steigender Bevölkerungsentwicklung sich notwendig für neu zu errichtende Bauten eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften ergibt, wird bei einer Entwicklung wie in Deutschland, wo eine von Jahr zu Jahr zunehmende Geburtenzahl von einer von Jahr zu Jahr abnehmenden abgelöst wurde, zunächst infolge der steigenden Erwachsenen-Quote die Zahl der Haushaltungen eine Vermehrung erfahren. Das nach der neuesten Zählung vom Jahre 1933 sich ergebende Zahlenmaterial beweist dies auch weitgehend,[110]) und es kann damit auch nicht überraschen, wenn die Einwohnerzahl in der Zeit von 1925 bis zur neuen Zählung nur um etwa 4,5 Prozent, die Haushaltungen jedoch um 15,5 Prozent zugenommen haben. Die Zahl der Haushaltungen ist somit dreimal so hoch gestiegen wie die der Einwohner, was sich unter anderem in erster Linie daraus erklärt, daß die Geburtenjahrgänge der Vorkriegszeit jetzt ins heiratsfähige Alter hineinwachsen und daß durch die Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer zahlreiche Haushaltungen erhalten geblieben sind. Da die Größe der einzelnen Haushaltungen infolge des Geburtenrückgangs vielfach eine Einschränkung erfahren hat,[111]) so mußte sich als notwendige Folge solcher Entwicklung ein steigender Bedarf an Kleinwohnungen bemerkbar machen.[112]) Während zu seiner Befriedigung die alten Großwohnungen einfach umgebaut werden können, bestand bei fortschreitender Bevölkerungsvermehrung die Notwendigkeit der Erstellung n e u e r Bauwerke. Darüber aber, daß die Umbauten für die Arbeitsnachfrage in weit geringerem Grade

---

110) vgl. Wirtschaft und Statistik. Vorläufige Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933. Berlin 1934, Sonderheft Nr. 12, S. 6, 25. Ferner: Stat. Jahrb. f. d. Deutsche Reich. Berlin 1934, S. 5, 15, 26.

111) 1933 treffen je Haushaltung 3,68 Personen gegenüber 4,07 je Haushalt im Jahre 1925; vgl. Wirtsch. u. Stat. Berlin 1934, Sonderheft Nr. 12, S. 25.

112) vgl. ebenda, S. 28.

ins Gewicht fallen als die Neubauten, dürfte kein Zweifel obwalten. Zu dem geringeren Bedarf an Wohnbauten kommt noch der durch den nicht mehr entsprechenden Zuwachs an Verkehr hervorgerufene Minderbedarf an Verkehrs- und Verwaltungsgebäuden, außerdem Schulneubauten und dergleichen mehr.

Schließlich muß hinsichtlich der Bedarfsbefriedigung an den durch das erhöhte Einkommen pro Kopf der Bevölkerung auftretenden ganz neuartigen Gütern noch darauf verwiesen werden, daß, wenn die Unmöglichkeit besteht, diesem Bedarf durch die Inlands-Produktion gerecht zu werden und deshalb zur Befriedigung dieses Bedarfes durch Mehreinfuhr aus dem Ausland die Einfuhrquote steigt, die Arbeitslosigkeit durch den Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten verschärft werden könnte, d. h. also, es könnte umgekehrt durch eine Steigerung im Verbrauch von solchen neuartigen, verfeinerten Erzeugnissen des Inlands und einem engerbegrenzten Konsum etwa von Rohstoffen des Auslands eine Belebung der Arbeitsmarktlage erreicht werden.[113])

4) Die konjunkturpolitische Zielsetzung in ihrer Bedeutung für die Wirtschaftspolitik.

Für eine konjunkturpolitische Betrachtung jener aus der Bevölkerungsreduktion sich ergebenden Änderungen im Bedarf ist von besonderer Wichtigkeit, ob die Bedarfsverschiebungen strukturell oder nur modisch bedingt, d. h. also dauernden oder vorübergehenden (Saison-) Charakters sind. Um die Wahrung der marktwirtschaftlichen Entsprechungen zwischen Konsum und Beschaffung zu gewährleisten und den störenden Kräften, die von einer erheblichen Geburtenverringerung ausgehen, konjunkturpolitisch entgegentreten zu können, ist die Kenntnis des Bedarfskomplexes hinsichtlich seiner Art sowohl wie seines Umfanges grundlegende Voraussetzung. Denn strukturelle Bedarfsverschiebungen, wie sie aus einer Änderung in der Bevölkerungsentwicklung sich ergeben, ziehen auf der einen Seite infolge endgültigen Ausbleibens der Nachfrage nicht nur Verminderung der Arbeitsmöglichkeiten nach sich, sondern entwerten auch das Sachkapital sowohl der Konsum- als auch der Produktionsgüter-Industrien. Auf der anderen Seite erfährt der von der Bedarfsverschiebung begünstigte Wirtschaftszweig eine entsprechende Förderung. Während wohl eine mehr oder weniger ungleichmäßige Inanspruchnahme des Warenmarktes nicht zu umgehen sein dürfte, müssen doch die Wirkungen der Bedarfsverschiebungen auf den Arbeitsmarkt dadurch

113) worauf auch Platzer verweist, a.a.O.

bis zu einem gewissen Grad abgeschwächt werden können, daß die endgültigen Verschiebungen im Bedarf im voraus erfaßt werden und rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen für eine Umgruppierung der Arbeitskräfte getroffen werden. Wie wichtig ein derartiges Vorgehen für die Wirtschaftspolitik sein müßte, kommt gelegentlich bei N a w r a t z k i zum Ausdruck, indem er sagt: „Für Frankreich ebenso wie für Deutschland ergeben sich .... gerade aus der Bevölkerungsentwicklung und ihren Strukturveränderungen viel größere Auswirkungen bei Arbeitsmarkt und Konsum, bei künftigem Kapitalbedarf, Richtung der Investierungen, sodaß eine ständige und aufmerksame Beobachtung für die gesamte Wirtschaftspolitik von größerer Bedeutung ist als allgemein angenommen wird. Es würden sich die heutigen Ursachen unserer Arbeitslosigkeit allein restlos daraus erklären, daß wir in Deutschland ..... auf Grund des Altersaufbaus jetzt erst die stärkstbesetzten Vorkriegsjahrgänge im erwerbsfähigen Alter haben und dieser Zuwachs gegenüber der Vorkriegszeit zur Zeit fast genau der Zahl der Gesamterwerbslosen entspricht."[114])

114) Frankreichs Bevölkerungsentwicklung, a.a.O., S. 43.

3. Kapitel.

Gedanken zum Problem Arbeitslosigkeit und „Übervölkerung."

Wenn im Vorstehenden einer Bevölkerungsvermehrung die Fähigkeit zuerkannt wird, über die Steigerung der Verbrauchsintensität hinweg unter gegebenen Umständen die Arbeitslosigkeit zu vermindern, so ist damit zugleich entschieden Stellung gegen die Ansicht genommen, die die Größe der bestehenden Arbeitslosigkeit in einem Lande als Maßstab für seine Übervölkerung kennzeichnet. Für unsere Betrachtung erscheint das, was für den Tatbestand der Übervölkerung maßgebend sein könnte, deshalb von besonderer Bedeutung, weil es sich selbstverständlich nicht darum handeln kann, einer unbegrenzten Vermehrung der Bevölkerung etwa die gleichen günstigen ökonomischen Wirkungen zuzuschreiben, wie sie für eine Bevölkerungsentwicklung bis zu einem bestimmten Dichtigkeitsgrad zweifellos zutreffen. Man spricht hier von der Erreichung eines Bevölkerungs-Optimums. Wenn dieser Status der optimalen Bevölkerungsgröße überschritten ist, bedeutet eine weitere Zunahme der Bevölkerung steigenden wirtschaftlichen Druck. Wenn nach Röpke[1]) der Bevölkerungszunahme einerseits das Bestreben innewohnt, die Ergiebigkeit der Produktion zu steigern, indem sie die Marktgröße wachsen läßt und damit eine intensivere Arbeitsteilung erlaubt, andererseits aber die Produktionsergiebigkeit dadurch, daß das Verhältnis zwischen den sachlich-natürlichen Produktionsmitteln und den menschlichen Produktivkräften eine Verschlechterung erfährt, geschmälert wird, dann trifft also die Behauptung, daß vermehrte Bevölkerung zunehmende Arbeitsteilung und auf diesem Wege eine Steigerung des Gesamterzeugnisses, d. i. wachsenden Wohlstand, zur Folge hat, nur innerhalb gewisser Grenzen zu, nämlich solange, bis ein Optimum in der Bevölkerungszahl[2]) nicht erreicht bezw. überschritten ist, wobei der Quotient aus dem Produktionszuwachs (hervorgerufen durch den Zuwachs der Bevölkerung) und dem prozentualen Bevölkerungszuwachs ein Maximum erlangen muß.

Die Meinung, daß bei gesteigerter Nachfrage und entsprechender Produktionsausdehnung jedes neuerzeugte Gut zu verringerten Kosten hergestellt werden könne, da sich die festen Gesamtkosten nun auf eine immer größer werdende Produktmasse aufteilen lassen, ist nur insoweit richtig, als in einem Betrieb, der noch nicht optimal ausgenützt worden ist, bei steigender Erzeugung tatsächlich

---

1) vgl. W. Röpke, Die sozialökonomische Bedeutung des abnehmenden Bevölkerungsüberschusses. Magazin der Wirtschaft 1930, Heft Nr. 49, S. 2237 ff.

2) bezogen auf die individuelle wirtschaftliche Massenwohlfahrt.

die Stückkosten sinken. Nimmt die Nachfrage aber immer weiter zu, so ergibt sich schließlich die Notwendigkeit nach erreichter vollkommener Ausnutzung des vorhandenen fixen Kapitals, neue Betriebe zu errichten, die gegebenenfalls mit gleichen Kosten arbeiten werden wie die schon bestehenden. Es kann somit die Behauptung, daß bei ansteigender Produktion die Kosten pro Produkteinheit fallen, nur für den einzelnen Betrieb, der noch vor dem Status seiner optimalen Anlagennutzung steht, Geltung haben.

Wenn also durch eine Zunahme des produktiven Teils der Bevölkerung eines Landes das Verhältnis der Arbeitskraft zu den beiden anderen Produktionsfaktoren Kapital und Boden eine Verschiebung nach dem Optimum der Ausnutzung zu erfährt, sodaß die Gütererzeugung unter immer geringeren Kosten stattfindet, geht von der Zunahme der Arbeitskräfte eine Wohlstandsförderung aus, die nicht nur proportional, sondern progressiv mit dem aktiv-tätigen Teil der Bevölkerung zunimmt und die damit die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes günstig beeinflussen muß. Eine im einzelnen trotz nicht erreichten optimalen Bevölkerungsstatus' auftretende Arbeitslosigkeit kann deshalb auch nicht als Symptom einer schon bestehenden Übervölkerung gekennzeichnet werden. Denn abgesehen davon, daß diese sogenannte Übervölkerung nur lokalen, klassen- oder berufsweisen Charakter trägt und außerdem nur vorübergehender Natur ist, also als eine Verteilungs- oder Organisationsfrage erscheint,[3]) hat die Erfahrung der Vorkriegszeit hinreichend bewiesen, daß auch mit der Zunahme des konstanten Kapitals die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nicht im Sinne des Karl Marx ab-, sondern ganz erheblich zugenommen hat. Jedenfalls „kann es also sehr wohl sein, daß ein Land insgesamt keineswegs zuviel Menschen in sich birgt, daß aber einzelne Gebiete und namentlich einzelne Beschäftigungsmöglichkeiten zu stark besetzt sind."[4])

Die Richtigkeit der Karl Marx'schen Lehre von der industriellen Reservearmee, d. h. speziell die Feststellung einer der hochkapitalistischen Wirtschaft eigenen Tendenz zu einer sich stets wiederholenden Abstoßung von Arbeitskräften aus dem Produktionsprozeß, ist damit nicht angezweifelt. Soweit sich die Ursachen der periodischen Überzähligmachung von Arbeitern aus der Vervollkommnung des Produktionsverfahrens und der Expansionskon-

---

3) vgl. hiezu W. Röpke, a.a.O., S. 2237 f.: „Was .... hervorgehoben werden soll, ist, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit .... eine Frage des besseren oder schlechteren Funktionierens der arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft nicht aber eine Frage des Zuwenig oder Zuviel an Menschen ist" ..... „Der Grundtatbestand des Wirtschaftslebens ist ...., daß wir im Vergleich zu den unerschöpflichen Arbeitsaufgaben niemals zuviel, sondern immer zuwenig Arbeitshände haben."

4) Ad. Weber, Weltwirtschaft. München 1932, S. 189 f.

junktur ergeben, erscheint die Marx'sche Erklärung im wesentlichen richtig. Diese relative Übervölkerung im Sinne des Marx bewirkt aber nicht unmittelbaren Mangel an Subsistenzmitteln, sondern nur mangelnde Kaufkraft infolge von Arbeits- und Verdienstlosigkeit. Dadurch unterscheidet sie sich grundsätzlich von dem Übervölkerungsbegriff im Sinne der Malthus'schen Ideologie. Denn diese fußt auf dem Gedanken, daß das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag in Gestalt sinkender Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit zutage tritt, daß bei gleichen Arbeitsanstrengungen der durchschnittliche Reallohn sinkende Tendenz aufweisen muß. Es wird sich also — um in der Mombert'schen Sprache zu sprechen — hiebei immer um eine Einengung des Nahrungsspielraums gegenüber der Volkszahl handeln. Nicht zu übersehen ist dabei die Tatsache, daß die Grenzen für das Eintreten eines Übervölkerungszustandes im absoluten Sinne dadurch weiter gesteckt sind, daß die sinkende Quote des landwirtschaftlichen Erzeugnisses pro Kopf des landwirtschaftlichen Arbeiters einen Ausgleich erfährt durch die gleichzeitig steigende Quote des gewerblichen Produkts pro Kopf der Industriearbeiterschaft. Mit andern Worten: Wenn die gewerbliche Produktivität sich erhöht, bleibt noch die Möglichkeit, daß Arbeiter in der Landwirtschaft in größerer Zahl tätig werden und hier durch Bereitstellung ihrer zusätzlichen Arbeitshände die Produktion zu steigern in der Lage sind.

II. Teil.

Die soziale oder räumliche Bevölkerungsdynamik in ihrer Einwirkung auf die Arbeitslosigkeit.

1. Kapitel.

Die Binnenwanderung.

Es ist für die innere Struktur der modernen Gesellschaft als Wirtschaftsorganismus charakteristisch, daß jeder technischen und sozialen Stufe des wirtschaftlichen Lebens eine ganz bestimmte Verteilung der wirtschaftlich tätigen Bevölkerung auf die verschiedenen Arbeitsgruppen und Betätigungszweige entspricht. Solange diese Verteilung maßgeblich durch das Angebot und die Nachfrage festgelegt und nicht planwirtschaftlich auf Grund eines Gesamtplans entschieden wird, kommt sie nur ungefähr einem Zustand gleich, der der bestmöglichen Verteilung entspricht.

Durch fortwährende Verbesserungen, Umstellungen und Änderungen im Produktionsverfahren und in der Organisation der modernen Groß-Industrie ergibt sich auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Verteilung der Bevölkerung eine permanente Änderung und Verschiebung, das heißt als Folge der sich immer im Fluß befindlichen Umorganisation in der Wirtschaft ist die Bevölkerung, dem Druck der Arbeitslosigkeit weichend, stets in räumlicher Bewegung begriffen. Die Tendenz nach jenem bestmöglichen Verteilungsgrad der Bevölkerung ist in der individualistischen Gesellschaft ja immer vorhanden. Doch wird sich, da der zu erreichende Zustand des Gleichgewichts infolge dauernder Verschiebungen nie endgültig wird, ein vollkommener Ausgleich niemals ergeben können. In geringem Umfange erscheint damit die Beschäftigungslosigkeit der Gegenwart strukturellen Charakters, also im Sinne der oben schon erwähnten[1]) technologischen Arbeitslosigkeit.

Vom sozialen Standpunkt aus betrachtet, haben die räumlichen Bevölkerungsverschiebungen allenfalls die Bedeutung und Funktion in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten der Erde die Lebens- und vor allem Arbeitsverhältnisse auszugleichen.[2])

---

1) Vgl. o., S. 50, 51.

2) Vgl. I. Ferenczi, Die Krise der Wanderungen und der Geburtenrückgang. Der internationale Kapitalismus und die Krise. Festschrift für J. Wolf. Stuttgart 1932. S. 121.

1. Abschnitt.

Die sogenannte Landflucht und die Entwicklung vom Agrar- zum Industrie-Staat.

Bei der Behandlung der sozialen Bevölkerungsbewegung als Ursachenkomplex für den Grad der Beschäftigungslosigkeit in einem Wirtschaftsgebiet ist zunächst jener kontinentalen Bevölkerungsdynamik Raum zu geben, die in der Literatur fast allgemein unter dem Namen „Landflucht" Eingang gefunden hat. Wenn im letzten Jahrhundert in Deutschland die wirtschaftliche Entwicklung einen Übergang von einem Wirtschaftszweig auf einen anderen, nämlich von der Landwirtschaft zur Industrie und zum Handel, in großem Stil gezeitigt hat, so mußte diese Änderung in der wirtschaftlichen Struktur zu einer Abwanderung vom Lande in die Großstädte und Industriegebiete führen, schon aus dem einen Grunde, weil die außerordentlich hohe Fruchtbarkeit der Bevölkerung in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts und der engeren Vorkriegszeit eine Abwanderung vom Lande bis zu einem gewissen Grade wirtschaftlich notwendig machte. Mit der sich ändernden Verteilung der Erwerbstätigen auf die verschiedenen Zweige der Wirtschaft, d. h. also mit den in der Wirtschaftsstruktur vor sich gehenden Verschiebungen, ändert sich auch das in einer Wirtschaftskrise der Arbeitslosigkeit besonders ausgesetzte industrielle Erwerbstätigen-Kontingent einer Bevölkerung und damit der mögliche Umfang der Arbeitslosigkeit in evidenter Weise. Man braucht nur daran zu denken, daß in den großen Industrieländern der Erwerbstätigen-Anteil an der Gesamtbevölkerung gestiegen ist und damit auch ein entsprechend größerer Teil der Bevölkerung von der Wirtschaftskrise betroffen wird. Die entscheidende Bedeutung, die eine Änderung in der Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Wirtschaftszweige für das Arbeitslosen-Problem gewinnen kann, geht besonders deutlich aus der Entwicklung einer Bevölkerung, die überwiegend von der Landwirtschaft lebt, zu einer vorwiegend von der Industrie lebenden, also bei einer Entwicklung vom Agrar- zum Industrie-Staat, hervor.

An Hand der Tabelle 9 ist die Entwicklung in einigen europäischen Staaten und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika unschwer zu erkennen.[3]) Während in Deutschland noch gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, 1895, sich das Kontingent der landwirtschaftlich Tätigen der Zahl der in Industrie- und Bergbau Beschäftigten ebenbürtig zur Seite stellte, schwand die Agrar-Basis bis zum Jahre 1925 auf Kosten einer mächtiger werdenden Industrieschicht immer mehr. Demnach zeigt der berufliche Aufbau der Bevölkerung

3) siehe Anhang.

eine zwar immer noch breite, aber gegen frühere Jahre doch ganz wesentlich schmälere Agrar-Schicht. Ferner wird offenbar, daß gerade in jenen Staaten, in denen das Maß der Beschäftigungslosigkeit besonderen Umfang angenommen hat, wie etwa in Belgien, Deutschland, Großbritannien und Irland, Schweden und U.S.A., der Anteil der in der Industrie Erwerbstätigen sehr stark gewachsen ist und umgekehrt die von der landwirtschaftlichen Arbeit lebende Quote der Bevölkerung eine entsprechende zahlenmäßige Verminderung erfuhr. Es ist also die starke Zunahme der erwerbstätigen wie auch der Gesamtbevölkerung seit der Reichsgründung in erster Linie den nichtagrarischen Berufen zugute gekommen, wobei dieser Zuwachs zugleich als eine Folgeerscheinung der günstigen Entwicklung dieser Berufsschichten gewertet werden kann. Nach der in relativ kurzer Zeit vor sich gegangenen Umwandlung vom Agrarzum Industriestaat macht sich heute in Deutschland und den anderen Staaten, die eine ähnliche Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Struktur hinter sich haben, die Tatsache bemerkbar, daß eine große wirtschaftliche Krise einen prozentual größeren Teil von Erwerbstätigen gegenüber einer früheren Zeit trifft: Das Arbeitslosenproblem wird damit auch in vordringlichem Grade zu einem Problem der Industriestaaten, d. h. der Länder mit hoher industriell erwerbstätiger Bevölkerungsquote. Es kann kein Zweifel darüber obwalten, daß einerseits eine Wirtschaftskrise auch die Landwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen muß, es ist auf der anderen Seite aber auch sicher, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung in einer Krise die lebensnotwendigsten Bedürfnisse der Ernährung leichter zu stillen in der Lage sein muß als die Industriebevölkerung der Städte, die sich erst auf Grund des Tauschmittels Geld die notwendigen Lebensmittel verschaffen kann.

Die Frage, inwieweit jener verhängnisvollen Entwicklung zu immer größeren Arbeitslosenzahlen in Deutschland durch Änderungen in der beruflichen Gliederung[4]) d. i. im besonderen durch den starken Zustrom erwerbsfähiger Personen in die industriellen Berufe und Abwanderung vom Land, zum Siege verholfen wurde, möge durch einige Zahlen näher beleuchtet werden. In dem Zeitraum von 1871 bis 1910 hat sich die deutsche Bevölkerung von 41 Millionen auf 64,9 Millionen (also rund 65) erhöht und erreichte im Jahre 1914 etwa 68 Millionen. Nach B i e r[5]) trafen von der bis zum Jahre

---

4) als solche ist auch die Landflucht anzusehen; denn es handelt sich hier nicht einfach um den Zug vom Lande in die Stadt, sondern vor allem um die Flucht von der Landwirtschaft in andere Berufe, mögen diese nun in der Stadt oder auf dem Lande ausgeübt werden; vgl. M. H a i n i s c h, Die Landflucht, ihr Wesen u. ihre Bekämpfung im Rahmen einer Agrarreform, Jena 1924, S. III.

5) F. B i e r, „Wanderbewegung und Arbeitslosigkeit" (Soziale Praxis, 41. Jahrgg., 1932) S. 493; außerdem in: Archiv für soziale Hygiene und Demographie, 1932, S. 57 ff.

1910 erfolgten Vermehrung der Bevölkerung auf die mehr als 100 000 Einwohner zählenden Großstädte etwa 11,8 Millionen, auf die sogenannten Siedlungsstädte von 20 000 bis 100 000 Bewohner etwa 5,4 Millionen und auf die Kleinstädte mit einer Einwohnerzahl von 5 000 bis 20 000 etwa 4,6 Millionen, während die kleinen Landstädte von 2 000 bis 5 000 Einwohnern nur eine Zunahme von etwa 2,2 Millionen, die Landgemeinden unter 2 000 Einwohnern sogar eine Abnahme von 0,22 Millionen zu verzeichnen hatten. In demselben Zeitraum sei die Quote der großstädtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 4,8 Prozent auf 21,3 Prozent gestiegen, die der Landgemeinden von 63,9 auf 35,6 Prozent gesunken. Auch für die Nachkriegszeit stellt Bier die Entwicklung zur Verstädterung fest: 1925 lebten 26,8 Prozent, 1930 (mit Eingemeindungen) etwa 30,3 Prozent der Bevölkerung in Großstädten. Am stärksten sei von jeher auf dem Lande der Geburtenüberschuß gewesen, das Land aber habe vielmehr Menschen als diesem Überschuß entsprechen würde, in die Städte abgegeben. So scheint es auch erklärlich, daß die Massenabwanderung vom Land in die Städte, die in der Literatur fast allgemein als „Landflucht" bezeichnet wird, als ein für das Gedeihen der von der Abwanderung betroffenen Gebiete unzuträglicher Tatbestand aufgefaßt zu werden pflegt.[6])

Wenn der vorkriegszeitliche Arbeitsmarkt nach Bier trotz der erheblichen Bevölkerungsvermehrung, trotz der starken Wanderungen und vollkommenen Umgruppierung der Wirtschaftszweige nur relativ unwesentliche Stauungen gezeitigt hat, so ist doch nicht zu leugnen, daß Abwanderungen oft über das wirtschaftlich vertretbare Maß hinaus stattfanden und für das Land einen empfindlichen Mangel an Arbeitskräften brachten. Die ländlichen Arbeiter wollen, wenn sie in die Stadt wandern, ihre soziale Lage bessern; die vielfach größere Aussicht, sich hier emporzuarbeiten, höhere Löhne in einzelnen Gegenden haben schon zu früheren Zeiten zu ständigen Wanderungen geführt. Es sei nur an die „Sachsengängerei" gedacht! So ist zu verstehen, daß die städtische Bevölkerung bis zur jüngsten Vergangenheit weit stärker anschwoll als die ländliche. Derartige Verschiebungen der Bevölkerung haben nicht nur eine Verschärfung der Arbeitskrise in den Städten zur Folge gehabt, vielmehr wird sich infolge einer fortschreitenden Abnahme der in der Zukunft schon stark eingeschränkten Jahrgänge im heirats- und erwerbsfähigen Alter für das Land eine immer bedenklichere Situa-

---

6) F. Burgdörfer meint nämlich: „man verbindet mit dem Ausdruck „Landflucht" gemeinhin die Auffassung, daß diese Massenabwanderung ein für das Gedeihen der Abwanderungsgebiete zuträgliches Maß übersteigt", vgl. „Zurück zum Agrar-Staat?".

tion in bevölkerungspolitischer Hinsicht ergeben müssen.[7]) Wenn auch eine Zuwanderung leicht in so ausgedehntem Maße stattfindet, daß die Löhne gedrückt werden und womöglich eine Arbeitslosigkeit der einheimischen Bevölkerung hervorgerufen wird, so darf doch nicht unbeachtet bleiben, daß der Wanderungsgewinn der Städte einen großen Teil des Neubedarfs an städtischen Wohnungen bedingt, d. h. soviel als den städtischen Baumarkt belebt.[8])

B u r g d ö r f e r, der sich in einer seiner neuesten Schriften mit der modernen deutschen Wanderungsbewegung eingehend befaßt,[9]) kommt zu der Anschauung, es bedeute im Zeichen der Wirtschaftskrisis und Massenarbeitslosigkeit die Abwanderung vom Land in die Städte wohl keinen Gewinn für diese, doch sei unbestritten in bevölkerungspolitischer Hinsicht das Land der gebende, die Stadt der empfangende Teil. Die Bevölkerungsabgabe sei für das Land mit einem materiellen Verlust verbunden, denn mit der Abwanderung landgebürtiger Menschen käme das in ihnen investierte Erziehungs- und Ausbildungskapital gewissermaßen in den Besitz der Stadt und zwar regelmäßig in dem Zeitpunkt, wo jenes investierte Kapital durch produktive Arbeit anfange, Zinsen zu tragen. Für normale wirtschaftliche Verhältnisse, wenn also die den Städten Zuwandernden Beschäftigung finden, ist dies ja offenbar. Denn der Arbeitsertrag der Zugewanderten kommt nun dem städtischen Wohnsitz zugute; die Stadt, so meint Burgdörfer, erhalte gewissermaßen umsonst die beste Kraft des Landes, produktions- und leistungsfähige Menschen, während dem Lande die noch nicht erwerbsfähigen Kinder, die nicht mehr erwerbsfähigen Greise sowie die Aufzucht- und Erziehungskosten für die abgewanderten erwerbsfähigen landgebürtigen Menschen verblieben. Es ergibt sich so die schon sehr alte Erscheinung einer anderen sozialen Struktur der Großstädte als die des flachen Landes. In den Großstädten sind die mittleren, im erwerbsfähigen Alter stehenden Schichten der Bevölkerung, die wirtschaftlich am meisten in Betracht kommen, in der Überzahl. Die kleinen Orte weisen prozentual viel mehr Kinder und alte Leute auf, eine Tatsache, die eben mit der Landflucht zusammenhängt. Nach B i e r sind in dem Jahrfünft von 1924 bis 1929 in Deutschland insgesamt rund 894 000 Menschen vom Land in die Groß- und Mittelstädte gezogen, davon allein in die Großstädte (mit über 100 000 Einwohner) etwa 790 000, wobei auf Grund von Ergebnissen

---

7) Die Regierung des neuen Reiches hat hier eingegriffen, indem sie die Zuwanderung vom Land in die Städte zur Vermeidung einer Überfüllung des städtischen Arbeitsmarktes gesetzlicher Regelung unterwarf.

8) vgl. auch C. N a w r a t z k i, Bevölkerungsstillstand als Wirtschaftsproblem, S. 142.

9) vgl. über die Abwanderung vom Land in die Städte in „Zurück zum Agrar-Staat", Berlin 1933.

aus Teilstatistiken der Anteil der Erwerbstätigen an diesem Wanderungszuwachs auf etwa 70 Prozent, d. h. rund 553 000 Köpfe, anzusetzen ist. Selbst bei günstigen landwirtschaftlichen Konjunkturverhältnissen hätte der Zustrom der Erwerbstätigen vom Lande in die Städte auf Grund des hohen Erwerbsfähigenzuwachses gegenüber der Vorkriegszeit sich verstärken müssen, wenigstens solange in den landwirtschaftlichen Besitzverhältnissen und Betriebsformen keine Änderungen eintraten. „Die seit vielen Jahren schon andauernde Krise in der Landwirtschaft mußte noch weiter in dieser Richtung wirken, und so wird es erklärlich, daß trotz der Überfüllung des städtischen Arbeitsmarktes der Zustrom Erwerbstätiger in die Städte noch bis 1929 etwa die gleiche Stärke aufwies wie in den Vorkriegsjahren, erst von 1930 an beginnt der Gegendruck aus den Städten heraus das Übergewicht zu bekommen." ..... „Im Jahre 1930 hätte ohne die starke vorangegangene Zuwanderung die Arbeitslosigkeit in den Großstädten nur etwas mehr als die Hälfte ihres tatsächlichen Ausmaßes erreicht", meint Bier. Während die gesamte Zunahme der Erwerbstätigen im Reich im Zeitraum von 1924 bis 1930 etwa 6,6 Prozent oder 2,2 Millionen betragen habe, sei in den Großstädten die nur auf dem Geburtenüberschuß beruhende Erwerbstätigenzunahme mit etwa 3,7 Prozent oder 345 000 anzusetzen, diese Zunahme hätte aber durch den Wanderungsgewinn mehr als eine Verdoppelung erfahren, da sie mit 843 000 oder 9 Prozent den Reichsdurchschnitt bedeutend übersteige. Wenn in dem Krisenjahr 1930 die Zahl der tatsächlich Erwerbstätigen in den Großstädten gegenüber dem Krisenjahr 1926 noch um etwa 100 000 bis 300 000 Köpfe höher lag,[10]) so kann dies noch nicht bedeuten, daß „dadurch auch nur ein Teil des Wanderungszustroms für längere Zeit aufgesogen, bezw. daß durch eine solche Aufsaugung nicht andere Erwerbsfähige und Erwerbswillige aus dem großstädtischen Erwerbsleben ausgestoßen wurden." Da die Zuwanderung in die Städte fast vollständig von im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen gestellt wird — Kinder und Greise sind an dem Zug in die Stadt meist nur als Begleitpersonen bei Wohnsitzverlegungen ganzer Familien beteiligt —, so ergibt sich dementsprechend bei der Gegenüberstellung der Erwerbslosenzahlen und der Erwerbsfähigen, d. h. der möglichen Erwerbstätigen, für die Großstädte eine wesentlich höhere Erwerbslosenquote als für den Reichsdurchschnitt.

Daß die Abwanderungen vom Land in die Städte die konjunkturellen Schwankungen der Arbeitslosenzahlen in den Großstädten zu verstärken und zu fördern geeignet sind, kann nicht zweifelhaft sein. Nur dadurch, daß bei Hochkonjunkturen bislang der Bedarf

10) Bier, a.a.O., S. 495.

an Arbeitskräften nach restloser Einstellung der Erwerbslosen auch aus dem beinahe unerschöpflichen Arbeitskraft-Reservoir des flachen Landes zur Verfügung gestellt werden konnte, ist es denkbar, daß Hochkonjunkturen in ihrer früheren Stärke auftreten konnten[11]) und bei einem folgenden Rückschlag von um so schmerzlicheren Wirkungen für den Grad der Erwerbslosigkeit werden mußten. Würden Arbeitskräfte durch Zuzug vom Lande für die städtische Großindustrie nicht erreichbar sein oder nur in ganz kleinem Umfang in Betracht kommen können, dann müßte die Konjunkturkurve sich innerhalb ganz schmaler Grenzen halten, d. h. keine nennenswerten Ausschläge nach oben oder unten aufweisen. Mit dem gleichmäßigeren Verlauf der Konjunkturkurve muß sich auch der Umfang der Erwerbslosigkeit verringern. Wenn die Zuwanderung in die Städte in den letzten Jahren wesentlich nachgelassen und teilweise sogar eine Abwanderung aus den Städten eingesetzt hat, so kann diese Umkehrung in der Richtung der Binnenwanderung unschwer eine Erklärung finden, indem man sie in Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise bringt. Die Abwanderung aus den Städten, schon in den Jahren 1930 und 1931, dürfte sicherlich zum wesentlichen Teil von der schlechten wirtschaftlichen Konjunktur dieser Jahre hervorgerufen sein. Im übrigen wird sich bei einem kommenden Wiederaufschwung der Konjunktur zeigen, ob die Anziehungskraft der Städte eine neue starke Abwanderung vom Land in die Städte aufleben lassen wird. Wenn auch die Hauptquelle der in einer Hochkonjunkturperiode erforderlichen Zuschüsse von Arbeitskräften an die Industrie zukünftig ohnehin spärlicher fließen wird, weil die seit einem Jahrhundert von der heimischen Landwirtschaft in die Industrie strömenden Erwerbsfähigen als Folge der Geburtenrestriktion allmählich eine spürbare Dezimierung erfahren, so muß dennoch im oben erwähnten Sinne als Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik herausgestellt werden, etwa durch gesetzliche Regelung eine künstliche Aufblähung der industriellen Konjunktur auf Grund des Zustroms ländlicher Arbeitsfähiger zu unterbinden.

Außerdem ist es für Deutschland als Industriestaat von Weltruf und -Geltung ja heute nicht ohne weiteres möglich, ein Millionenheer Arbeitsloser in der Landwirtschaft zu beschäftigen; dazu fehlen die ökonomischen Voraussetzungen in der Gegenwart. Und „eine radikale, mehr oder weniger gewaltsame Verwirklichung des Zieles der Reagrarisierung dürfte für die Gegenwart und die nächste Zukunft kaum der richtige Weg sein, um der Schwierigkeiten unserer wirtschaftlichen Lage Herr zu werden, vielmehr würden die

11) vgl. hiezu Ad. Weber, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, II. Teil, S. 336, und dessen Hinweis auf die Gustav Cassel'sche These.

Schwierigkeiten der Übergangszeit dadurch wohl noch beträchtlich erhöht werden", meint Burgdörfer. Demnach hängt also vorerst „das Berufsschicksal der Arbeitslosenmassen, die Frage, ob, wieweit und wann sie wieder in die Wirtschaft eingegliedert werden können, ganz wesentlich von der Frage der Belebung der Industriewirtschaft ab."[12])

Daß solches Wiederaufleben der Industriewirtschaft aber auch die Wiedergeburt des Wanderungsstromes vom Land in die Städte bringen könnte, ist der hier nächstliegende Gedanke. Um nicht wieder eine Landflucht im früheren Umfang und mit den früheren unangenehmen Begleiterscheinungen auf den Plan zu rufen, wird dementsprechend „die Rücksicht auf die industriellen Exportinteressen ihre obere Grenze dort finden müssen, wo eine weitere Förderung der Industrie zu einer stärkeren Ausweitung des industriellen Produktionsapparates führen würde."[13]) Wenn man berücksichtigt, daß die industrielle Produktionskapazität und die industriellen Beschäftigungsmöglichkeiten in den letzten Jahren nur noch zu einem Teil ausgenutzt werden konnten und daß die absolute Zahl der Beschäftigten, d. h. der tatsächlich Erwerbstätigen, um die Mitte des Jahres 1933 in der Landwirtschaft höher lag als in der Industrie,[14]) was bisher nur bei der ersten Berufszählung vom Jahre 1882 gegeben war, dann kann man wohl ohne die tatsächliche Lage zu sehr zu verkennen und hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung nur Prognosen zu stellen, der Meinung sein, daß bei einem kommenden Wiederaufschwung der industriellen und kommerziellen Konjunktur der Arbeitskraftbedarf schwerlich über die vorhandenen Reserven an industriellen Erwerbslosen hinausgehen dürfte, d. h. die Gefahr der Wiedergeburt umfangreicher Land-Stadt-Wanderungen müßte allenfalls durch wirtschaftspolitische Maßnahmen im Interesse der Stärkung der Landwirtschaft, zur Vermeidung künstlicher weiterer Expansion der industriellen Konjunktur rechtzeitig gebannt werden. Denn „der tiefere Grund für die Not Deutschlands und der Welt liegt darin", so meinte auch der ehem. Reichskanzler v. Schleicher,[15]) „daß zuviel Menschen die Verbindung mit dem Boden verloren haben, in Großstädten zusammengeballt leben und damit von jeder Wirtschaftsveränderung stärker getroffen werden als der Mann auf eigener Scholle", eine

12) So Burgdörfer, Zurück zum Agrar-Staat? S. 97 f.

13) derselbe ebenda, S. 106 f.

14) vgl. Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, Berlin 1934, S. 19.

15) in seiner am 15. Dez. 1932 gehaltenen Programmrede. Vgl. hiezu auch Ph. Schwartz' Angaben in „Das Wirtschaftsleben der deutschen Städte, Landkreise und Landgemeinden" (Schmollers Jahrbuch, 55. Jahrgg., 1931), wonach in den Ruhrstädten die Lohnarbeiterschaft bis zu 74 Prozent der Einwohner ausmacht. Diese Massenanhäufung wirtschaftlich abhängiger Personen in den Großstädten sei bedenklich.

Tatsache, die neuerdings durch die Ergebnisse der Betriebszählung 1933 gestützt wird, wonach der Krisenrückschlag für die Beschäftigten in Industrie und Handwerk innerhalb des Zeitraums von 1925 bis 1933 einen Rückgang von 4,2 Millionen oder 32 Prozent, für die in der Landwirtschaft Beschäftigten dagegen nur eine Abnahme von 705 000 oder 7 Prozent gebracht hat. Sehr bezeichnend für den genannten Tatbestand übrigens das Beispiel Württembergs, das K. H. Schöpke erwähnt![16]) Er spricht von einer „ungesunden Bodenentfremdung", die in Deutschland stattgefunden habe. In Württemberg herrsche dadurch eine sehr hohe Bodenverbundenheit, daß daselbst verhältnismäßig viele Familien besitzlichen und seelischen Anteil am Boden hätten. In diesem Lande habe sich also die altererbte Bodentreue, trotz beschränkten Raumes, wenigstens in der Form erhalten, daß auch der Industriearbeiter und -Angestellte einen beruflichen, wirtschaftlichen und seelischen Anteil am Boden bewahrt habe. In den Industrieländern Sachsen und Württemberg entfielen nach Schöpke im Monat Mai des Jahres 1931 auf 100 Arbeitnehmer in Sachsen über 30 Arbeitslose, in Württemberg dagegen kaum 15. Es sei weithin bekannt, daß sich Südwestdeutschland und ganz besonders Württemberg in den Jahren der Massenerwerbslosigkeit 1932/33 als besonders krisenfest erwiesen habe — eine Folge der noch verhältnismäßig starken Verbindung der Masse seiner Bevölkerung mit dem Boden. „Aus diesem kleinen Beispiel", fährt Schöpke abschließend fort, „läßt sich der Schluß ziehen, daß das deutsche Volk die gewaltige Weltwirtschaftskrise und seine eigenen besonderen Wirtschaftsnöte in ganz anderer Weise überstanden, vor allem die Massenarbeitslosigkeit teils vermieden, teils durch Erwerb aus dem Boden entscheidend gemildert hätte, wenn es sich ein gesünderes Verhältnis zu seinem Boden bewahrt hätte."

Die gleiche Entwicklung, die in Deutschland in Form einer umfangreichen Landflucht zur Loslösung von Grund und Boden und zur Zusammenballung erwerbsfähiger Menschen in den städtischen Industriebezirken mit den oben behandelten Wirkungen auf die Höhe der Arbeitslosen-Quote geführt hat, zeigt sich in vielen anderen Ländern der Erde. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika beispielsweise wanderten nach Rossiter die Neger der Süd-Staaten in großen Massen nach den Großstädten des Nordens und Mittelostens, sodaß allein die Negerbevölkerung verschiedener Städte in einem Zeitraum von zehn Jahren um ein Vielfaches gestiegen ist.[17]) Im Innern des riesigen nordamerikanischen Wirtschafts-

16) in seinem Buche: „Der Ruf der Erde". Deutsche Siedlung in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig u. Berlin 1935, S. 20, 21, 22.

17) Nach W. S. Rossiter, Increase of Population in the United States 1910—1920. Census Monographs, I. Government Printing Office. Washington 1922,

gebiets fanden Verschiebungen der arbeitsfähigen Bevölkerung statt, die Landflucht griff beängstigend um sich. Während in den Mittelstaaten, die nach der Volkszählung von 1930 besonders stark unter der Abwanderung zu leiden haben, die Bevölkerung des Landes unter dem Einfluß der Landwirtschaftskrise immer mehr abnimmt, haben in diesen Staaten nur die Städte noch einen Zuwachs aufzuweisen.[18])

2. Abschnitt.

Die periodischen Wanderungen.

Die Wanderungsbewegungen in ihrer Gesamtheit verlaufen, wie die statistische Beobachtung der Binnenwanderung erwiesen hat, stets in engem Zusammenhang mit der Konjunktur. Wenn die Wohnsitzverlegung keiner Beschränkung unterliegt, wird sie von der Lage auf dem Arbeitsmarkt in maßgeblicher Weise beeinflußt, d. h. eine Verbesserung der Wirtschaftslage hat größere Zuwanderungen, eine Verschlechterung umfangreiche Abwanderungen im Gefolge. Unterwirft man die räumliche Bevölkerungsbewegung innerhalb eines Jahreszeitraums genauerer Betrachtung, dann fällt auf, daß Wanderungen periodisch wiederkehren, z. B. Abwanderungen im Frühjahr und Sommer in verstärktem Grade nach den Saison-Berufen und im Herbst wieder Zuwanderungen stattfinden. Dieser alljährliche saisonmäßige Wanderungsrhythmus wird von den langen Konjunkturwellen der mit dem Trend der Beschäftigung in gleicher Richtung verlaufenden Wanderungen überdeckt. Da die Aussichten, durch die Wanderungen wieder zu Arbeit und Brot zu kommen, in allen Zweigen der Wirtschaft heute denkbar gering sind und auch die sozialen Verhältnisse, d. h. die sozialen Unterstützungen, Hindernisse für die Saisonwanderungen zu bilden geeignet sind, indem sie die Menschen stärker an ihre alten Wohnsitze fesseln, ist das Wanderungsgefälle in der Richtung nach dem günstigsten Arbeitsmarkt und den günstigsten Lebensbedingungen, die Freizügigkeit, praktisch in weitgehendem Grade beschränkt und man kann dementsprechend auch die Feststellung machen, daß das häusliche Dienstpersonal, das an den Wandernden erheblich beteiligt ist, vom Beschäftigungsrückgang immer stärker betroffen worden ist.

S. 127. — Die Negerbevölkerung wuchs im Zeitraum 1910—1920:

in Chikago	von	44 103	auf	109 458
„ Detroit	„	5 741	„	40 838
„ Cleveland	„	8 448	„	34 451
„ New-York	„	91 709	„	152 467.

18) vgl. Korrespondenz aus den Vereinigten Staaten („Recensement americain") im „Journal de Genève" vom 8. Dez. 1930.

Die Lage der landwirtschaftlichen Wanderarbeiter in Deutschland ist nach Weiland[19]) durch die Verschärfung der Arbeitsmarktlage seit 1929 erheblich beeinflußt worden, vornehmlich dadurch, daß ein großer Kreis der städtischen Bevölkerung als landwirtschaftliche Gelegenheitsarbeiter im Sommer die Vermittlung von beruflichen Landarbeitern beeinträchtigen und im Winter den Arbeitsmarkt der Großstädte belasten, wenigstens soweit sie ihren alten Wohnsitz aufgegeben und noch keinen neuen gegründet haben. Aus der Tatsache, daß heimatlose Wanderarbeiter, die zu Ende des Sommers mit ihrer Arbeit auch die Unterkunft verlieren, erfahrungsgemäß in die Großstädte mit ihrem meist beweglicheren System der sozialen Fürsorge ziehen, sind nach Angaben Weilands einer ganzen Reihe von Städten in Deutschland, vor allem Großstädten wie z. B. Berlin, in den letzten Jahren sehr erhebliche Fürsorgelasten erwachsen, die nur schwer abgewälzt werden können. Selbstverständlich zeigt sich die durch solche Zuwanderungen entstehende starke Ausweitung der mittleren, erwerbsfähigen Altersschicht in einer Bereitstellung erhöhter Arbeitskraftmengen in Gestalt von arbeitswilligen Händen und Köpfen. Eine genügende Ausdehnungsfähigkeit des allgemeinen Lebensspielraums läßt solchen periodischen Zuzug zweifellos günstig beurteilen; ist jedoch diese Expansionsmöglichkeit — wie gegenwärtig auch in Deutschland infolge der noch andauernden Krise — nicht vorhanden, so muß sich daraus ein Druck auf den Arbeitsmarkt ergeben und erhöhte Erwerbslosigkeit die Folge sein. Die zunehmende Zahl arbeitsloser Landarbeiter in Deutschland hat denn auch die Forderung laut werden lassen, es müsse das Kontingent der zugelassenen polnischen Wanderarbeiter immer mehr eingeschränkt werden, um den einheimischen Arbeitsmarkt zu entlasten. Die Bestrebungen nach Schutz des einheimischen Arbeitsmarktes haben in neuester Zeit bekanntlich ihren Niederschlag in Form der Verordnung des Reichsarbeitsministers über die „Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in Deutschland“ vom 23. Januar 1933 gefunden.[20])

---

19) R. Weiland, Das soziale Schicksal der deutschen landwirtschaftlichen Wanderarbeiterfamilien. Jahrb. für Nat.-Ökonomie u. Statistik. 135. Bd. (III. Folge, 80. Bd.). Jena 1931, S. 745 f.

20) Nach der Zählung vom Jahre 1925 betrug für Preußen die Zahl der ausländischen Wanderarbeiter 1911/14 im Jahresdurchschnitt 875 740, im Jahre 1927 noch 197 317. — Auch Frankreich hat in der jüngsten Zeit (Ende 1934) unter der Regierung Flandin Maßnahmen ergriffen, die sich gegen die Beschäftigung der rund 800 000 in Frankreich lebenden, landfremden Arbeitskräfte richten und die den 350 000 französ. Arbeitslosen Hilfe bringen sollen; vgl. „Flandins erste Wirtschaftsmaßnahmen gegen Weiterbeschäftigung ausländ. Arbeiter“, Artikel in No. 319 d. 87. Jhrggs. (23. 11. 34.) der „M.N.N.“.

2. Kapitel.

Die internationale und interkontinentale Wanderungsbewegung, insbesondere die Einwanderungsfrage.

Wenngleich die internationalen und interkontinentalen Bevölkerungsverschiebungen in der Nachkriegszeit infolge immer stärkerer Beschränkung der Freizügigkeit die Funktion des internationalen Arbeitsausgleichs nicht annähernd mehr erfüllen konnten und die praktische Bedeutung der sozialen Bevölkerungsbewegung dadurch immer mehr zurückging, so ist doch gerade diese Tatsache geeignet, die Notwendigkeit eines ungehinderten Austausches von Arbeitskräften von Land zu Land wieder mehr in den Vordergrund der staatlichen Wirtschaftspolitik aller am Weltmarkt interessierten Nationen treten zu lassen. Genauso wie gegen den Warenimport immer höhere Zollmauern errichtet wurden, wurde auch die Einwanderung von Menschen immer mehr beschränkt. Und ebenso wie sich die künstliche und politische Beschränkung des internationalen Warenverkehrs als ein wirtschaftliches Unding offenbart, genauso zeigt sich vielerorts schon die ökonomische Unzulänglichkeit einer unterbundenen Freizügigkeit beim Austausch menschlicher Arbeitskräfte.

Darüber, daß in Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes, einer Depressionsperiode, in einem Einwanderungslande durch Zuwanderung die Arbeitsmarktlage noch wesentlich verschlechtert werden kann, besteht kaum eine Meinungsverschiedenheit, zumal wenn man bedenkt, daß nicht unbedingt mit dem Strom der Einwanderer notwendig ein entsprechender Kapitalstrom in das betreffende Gebiet fließen muß. Und letztlich handelt es sich ja nur immer darum, daß unter den Produktionselementen Arbeit, Kapital und Boden eine Disproportionalität hervorgerufen wird! Im Rahmen der reinen Ökonomie sind alle Wirtschaftsgebiete, in die eine Einwanderung stattfindet, gewissermaßen als untervölkert anzusehen, denn sie vermögen infolge Arbeitskraftmangels nicht von den natürlichen Reichtümern des Landes erschöpfend Gebrauch zu machen.[1]) In solchen Wirtschaftsgebieten vermag ein Einwanderungsstrom auf die Lage am Arbeitsmarkt zunächst wohl von ungünstiger Wirkung zu sein, in der langen Linie gesehen, müßte aber das größere Arbeitskraftangebot bei seiner Eingliederung in die Wirtschaft des Einwanderungslandes für dieses einen gesteigerten Wohlstand und ver-

1) Mexiko beispielsweise ist trotz seiner Bodenfläche von rd. 20 Millionen Quadratkilometern und seiner Einwohnerzahl von nur 15 Millionen Menschen für sein Brotgetreide, Weizen und Mais auf Einfuhr angewiesen; vgl. A. Reichwein, Die Rohstoffwirtschaft der Erde, Jena 1928, S. 152.

besserte Lebenshaltung bringen. Die Notwendigkeit der Beschaffung des erforderlichen Kapitals als Voraussetzung für eine so geartete Entwicklung ging schon weiter oben hervor.[2]) In welchem Maße die neu zuströmenden Arbeitskräfte nur als Belastung des Arbeitsmarktes eines Einwanderungslandes anzusprechen sind, hängt davon ab, wieweit im Zusammenhang mit dem einströmenden Kapital die Produktivkräfte des Landes zu heben, d. h. letztlich das Land aufzuschließen, die Möglichkeit besteht.

1. Abschnitt.

Einwanderung als Bedingung für Entfaltung der Wirtschaft.

Nach Mombert[3]) war die Erkenntnis, daß zwischen Bevölkerung und Wirtschaft enge Wechselbeziehungen in der Weise bestehen, daß die Zunahme der Volkszahl günstig auf den Fortgang der wirtschaftlichen Leistungen eines Landes wirken und dadurch auch wieder eine größere Bevölkerungszahl in diesem Lande ernährt werden kann, ein Zusammenhang, den bereits Malthus voll gekannt und in seiner Bedeutung gewürdigt hat, wenn er auch die Frage verneinte, ob jede Bevölkerungszunahme an sich schon eine entsprechende Nahrungs- und damit Wohlstandssteigerung nach sich ziehen müsse. Diese Malthus'sche Ideologie bewährt sich grundsätzlich auch bei der Betrachtung einer aus hoher Einwanderungsquote resultierenden Zunahme der Bevölkerung.

Die Bevölkerungszunahme auf Grund einer Einwanderungsbewegung wird in der Gegenwart von fast allen Einwanderungsländern der Erde abgelehnt. Während der ganzen Vorkriegszeit haben die überseeischen Wanderungen als Abflußmöglichkeit für die von Arbeitslosigkeit heimgesuchten Länder Europas gedient. Diese internationalen Wanderungen, durch die vor dem Kriege rund 1,5 Millionen Europäer jährlich in überseeische Länder strömten, entsprachen — von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen — den solidarischen Interessen der Arbeiterwelt beider Erdteile. Leider wird diese Tatsache in der Wirtschaftspolitik der Einwanderungsländer nur ganz unmaßgeblich oder überhaupt nicht berücksichtigt, um nicht zu sagen, nicht erkannt, obwohl „die Geschichte der Wanderbewegung im 19. Jahrhundert bestätigt, daß hier wie beim Güteraustausch, der ohne äußeren Zwang vor sich geht, eine sich von selbst regu-

---

2) vgl. o., I. Teil, 2. Kap., 4, Abschn., S. 39 ff.

3) P. Mombert, Die Anschauungen des 17. u. 18. Jahrhunderts über die Abnahme der Bevölkerung (J. B. f. Nat.-Ök. u. Stat., 135. Bd., III. Folge, 80. Bd., Jena 1931), S. 503.

lierende Volksbewegung von Land zu Land für beide Teile nützlich war, für die Abgeber wie für die Empfänger."[4])

Das wirtschaftliche Gleichgewicht wurde in den europäischen Staaten, die mit dem „Naturerbe"[5]) ihres Bodens und ihrer Lage nicht in annähernd gleichem Maße gesegnet waren wie viele Länder der anderen Erdteile, auf dem Wege der Auswanderung erstrebt und auch gefunden. Vornehmlich an Kapitalarmut krankende Nationalwirtschaften wie etwa Österreich-Ungarn, Rußland und Italien, suchten, da ein Ausgleich ihrer Produktionsfaktoren auf der gegebenen Stufe nicht möglich erschien, diesen auf einer niedrigeren Stufe: sie schickten ihre überschüssigen Arbeitskräfte hinaus in Länder, die durch Förderung der Einwanderungsbewegung eine aufsteigende Produktion, d. h. den wirtschaftlichen Ausgleich auf einer höheren Stufe ermöglichen konnten. Diese neuen Länder brauchten also geradezu notwendig den Produktionsfaktor Arbeitskraft zu ihrem wirtschaftlichen Aufbau, zur Entfaltung der vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte. Man denke nur an Amerika mit seinen außerordentlichen natürlichen Reichtümern, die hohen Gewinn verheißen! Ein Land, wo das Kapital von allen Seiten zusammenströmt! Die Zunahme der Köpfe und Hände durch den Einwanderungsstrom schaffte hier zugleich die Bedingungen für Entfaltung und Aufschwung der Wirtschaft. Durch Volksmangel im Innern Nordamerikas wird nicht die volle Ausnutzung der Natur und der Kapitalkraft bewirkt, die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens gehemmt. Ewers[6]) charakterisiert die ökonomische Wirkung des Einwandererstroms in die Vereinigten Staaten von Nordamerika in bezeichnender Weise dahingehend, daß die Vereinigten Staaten ohne die Einwanderung nicht lebensfähig seien, d. h. nicht mit den anderen Weltmächten hätten in Konkurrenz treten können, weil ihre produktiven Kräfte ungenutzt und brach liegen blieben.

2. Abschnitt.

Einwanderung und Arbeitslosigkeit.

Jede Bevölkerungszunahme bedeutet eine treibende Kraft im Wirtschaftsmechanismus und jede kulturelle Entwicklung führt von einer gewissen Volksdichte an zwangsläufig zur Industrialisierung.[7]) Dadurch, daß sich die Weltwirtschaft in Industrie- und Roh-

4) So Ad. Weber in seiner „Weltwirtschaft", S. 193 f.

5) vgl. Louis Ferdinand, Prz. v. Preußen: Theorie der Einwanderung, Berlin 1931, S. 14.

6) R. Ewers, Die soziologische und ökonomische Bedeutung der Einwanderung, Wertheim a./Main 1931, S. 17.

7) vgl. dieselbe ebenda, S. 27: „Mit der Zunahme der Einwanderung wächst die Industrialisierung ....."

stoffländer geteilt hat, deren innere und gegenseitige Ordnung es den Industrieländern erlaubte, mehr Menschen auf engem Raum zu ernähren, weil die aus der Zusammenballung großer Massen in den Industrie- und Verkehrszentren entstehenden Aufgaben aller Art[8]) zu ihrer Durchführung zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten für Millionen von Menschen erschlossen, wurde die früher auskömmliche Schichtung zwischen den wirtschaftlich Selbständigen und Unselbständigen gestört. Es wuchs die Zahl der abhängigen Existenzen nicht unwesentlich. Jede Schwankung der Konjunktur warf Hunderttausende, wenn nicht Millionen Arbeitsfähiger und Arbeitswilliger aus der Arbeit. Gleichzeitig wurde aber auch der Sprung vom Unselbständigen zum Selbständigen durch den Übergang von der Handarbeit zur Maschinenarbeit immer schwieriger, weil ja Maschinenarbeit kapitalintensives Wirtschaften bedeutet und der Sprung zur Selbständigkeit daher an bestimmtes Kapitalbesitztum gebunden wurde. Als die bisher reinen Rohstoffländer sich eigene Industrien aufzubauen und die Fertigwaren der bisherigen europäischen Industrieländer nicht mehr voll abzunehmen begannen, vielmehr ihnen noch stark Konkurrenz machten, da mußte sich im Kreislauf der Wirtschaft bald eine Störung zeigen: Es häuften sich in den Industrieländern Fertigwaren und in den Rohstoffländern Rohstoffmengen an, die keinen Absatz mehr fanden. Durch den Übergang der bisher reinen Rohstoffländer zur gemischten Wirtschaftsform wird die Produktionskapazität derjenigen Länder, die bis dahin die reinen Rohstoffländer mit ihren Fertigwaren beliefert haben, mit dem entsprechenden Anteil freigesetzt. Es kann kein Zweifel sein, die Produktionskapazität kann erst dann ihre volle Ausnutzung wieder finden, wenn eine Besiedelung neuer reiner Rohstoffländer vor sich geht oder wenn im eigenen Lande die Bevölkerungsdichte wächst, d. h. ökonomisch der Verbrauch dadurch entsprechend gehoben wird.

Unter solchen Gesichtspunkten betrachtet, gewinnt die Einwanderungsbewegung in ihrem ursächlichen Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage eine besondere Bedeutung. Denn man muß sich immer vergegenwärtigen, daß der industrielle Aufschwung von Einwanderungsländern wie z. B. der U.S.A., der neben neuen Beschäftigungsmöglichkeiten auch die Arbeitslosigkeit als Begleiterscheinung des Hochkapitalismus[9]) nach sich zieht, ohne eine Einwanderung von Menschen-Kategorien, die sich in den schematisierten Arbeitsprozeß des kapitalistischen Industriestaates einzugliedern vermögen, kaum denkbar ist. Nach S o m b a r t müssen nämlich Menschen, die für die Zwecke des Kapitalismus brauchbar sein sollen,

8) wie solche der Verwaltung, des Verkehrs u.s.w.

9) da er durch die Nachfrage nach Arbeit einen relativen Überschuß der Bevölkerung und damit die „industrielle Reservearmee" schafft.

imstande sein, sich in ein großes Ganzes, in eine kapitalistische Unternehmung oder gar eine Fabrik einzuordnen.[10]) Wenn Ewers bei der Betrachtung der ökonomischen Wirkung der Einwanderungsbewegung in die Vereinigten Staaten zu dem Ergebnis kommt, es sei nur durch den Zustrom der Massen von ungelernten Arbeitern möglich geworden, den Industriestaat zu immer höherer Vollkommenheit zu entwickeln, ihn konkurrenzfähig zu machen, so zeigt sich hier also eine unmittelbare Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der U.S.A. von der Einwanderung.[11]) Die industrielle Ausdehnung basiert ja auch keineswegs ausschließlich auf der Tatsache des durch die Einwanderungsbevölkerung geschaffenen größeren Arbeitsangebots, sondern auch auf einer größeren Nachfrage nach Waren durch Steigerung des Konsums auf dem Binnenmarkt. Man könnte hier mit Mombert sagen, es hat die durch die Einwanderung verursachte Vermehrung der Arbeitskräfte den Nahrungsspielraum mindestens proportional, wenn nicht sogar viel stärker, ausgeweitet — ein Fall, in dem eine Hebung der allgemeinen Lebenshaltung der Bevölkerung von der Vermehrung der Arbeitskraft selbst abhängt. Dadurch, daß sich also Länder wie die Vereinigten Staaten und Australien entschlossen, die Einwanderung „zum Schutze des Arbeitsmarktes" zu unterbinden, haben sie verhindert, daß sich die Industriegebiete und Städte weiterentwickelten, daß der innere Markt für den Absatz landwirtschaftlicher Rohstoffe und Lebensmittel aufnahmefähiger wurde als er bisher war. Hersch äußert sich einmal[12]) in diesem Sinne: „Die Million Einwohner, um die sich vor dem Kriege die Bevölkerung der U.S.A. vermehrte, erweiterten in entsprechendem Ausmaß den inneren Markt dieses Landes. Für den Absatz übertraf dieser Einwandererstrom an Bedeutung die jährliche Annexion eines neuen Landes mit einer Million Einwohner, da der Verkauf an die Million Einwanderer keinen weiten Transport zur Voraussetzung hatte und auch andere Sonderkosten erspart wurden." Mit der Ausdehnung des inneren Marktes durch die Einwanderung findet also nicht nur die Landwirtschaft erhöhte Absatzmöglichkeiten, der dadurch gehobene Wohlstand der landwirtschaftlichen Bevölkerung bedeutet zugleich auch Hebung der Kaufkraft und Ausweitung des Binnenmarktes hinsichtlich der Fertigwaren, d. h. die Arbeitslosigkeit muß eine Verminderung erfahren. Wenn jedoch die Möglichkeit, das wirtschaftliche Gleichgewicht

---

10) vgl. W. Sombart, Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkkapitalismus (Der moderne Kapitalismus), III. Bd., S. 424.

11) auch A. Weber: „Namentlich sollten die U.S.A. nie vergessen, daß sie alles, was sie sind, der Einwanderung aus Europa verdanken", vgl. „Weltwirtschaft", München 1932, S. 190.

12) L. Hersch, Aufsatz „Les migrations internationales comme facteur de paix et de guerre" (Revue internationale de sociologie, Sept.—Okt. 1929).

der Bevölkerung durch Produktionssteigerung infolge Bevölkerungsvermehrung durch Einwanderung auf höherer wirtschaftlicher Stufe zu verwirklichen, durch Unterbindung der Einwanderung ausgeschaltet wird, dann bleibt für den ökonomischen Ausgleich nur die niedrigere Stufe, d. i. die der Produktionseinschränkung. Die Verwirklichung der niedrigeren bedeutet ökonomischen Rückschritt, Arbeitslosigkeit gegenüber jener höheren Stufe. Es liegt auf der Hand, daß die durch die Einwanderung hervorgerufene Zunahme der Bevölkerung in Ländern, deren natürliche Reichtümer bei weitem noch nicht erschöpft sind, eine Spezialisierung, weitgehende Arbeitsteilung und Errichtung von Bauten aller Art, die bei geringerer Bevölkerungsdichte unrentabel wären,[13]) erlaubt. Außerdem können die modernen Hilfsmittel der Technik, das Kapital, erst dann nützliche Verwendung finden, wenn eine zahlreiche Bevölkerung Massenabsatz verbürgt[14]) und dadurch für eine Serienproduktion der Boden bereitet ist. Bringt ein Einwanderer-Strom jenen Ländern mit noch ungehobenen natürlichen Reichtümern und Bodenschätzen in der langen Linie gesehen eine Steigerung der Produktivität und des Ertrages der Arbeit, so wird diese Entwicklung aber erst durch das primäre Zusammenwirken von Boden und Arbeitskraft in entsprechendem Ausmaß ermöglicht und mit Hilfe des Kapitals gefördert. Die Ursprünglichkeit der Produktionsfaktoren Boden und Arbeit gegenüber dem dritten Produktionsfaktor Kapital, der aus den beiden vorgenannten erst entspringt und gleichzeitig weiterer Produktion dienstbar gemacht wird, tritt hier besonders hervor. Den Ersatz der durch die Maschine verdrängten Erwerbsgelegenheiten durch die gleichzeitige Freisetzung von Kaufkraft infolge der eintretenden Verbilligung des Maschinenprodukts und durch den Arbeitsbedarf für Herstellung der Maschinen übersah Karl Marx' Ideologie von der „industriellen Reservearmee". Man ist versucht, hier mit jener von L. Hersch gelegentlich[15]) formulierten „Umkehrung der Malthus'schen Progressionen" zu argumentieren und zu sagen: Die Arbeitslosigkeit und Überproduktion sind Folgeerscheinungen einer relativ zu geringen Bevölkerungsdichte in den meisten Ländern und dies solange, als die Konkurrenz unser Wirtschaftsleben beherrscht. Denn bei dem heute gültigen Konkurrenzsystem besteht für die Produktion die Notwendigkeit, sich fortgesetzt zu steigern,[16]) sofern sie sich behaupten will.

---

13) wie etwa in besonderem Grade dem Verkehr dienende Bauten, also Straßen, Eisenbahnen, Kanäle, Tunnels u.s.w.

14) so Ad. Weber, Weltwirtschaft, München 1932, S. 15.

15) vgl. „Bevölkerung und Arbeitslosigkeit" in: Probleme der Arbeitslosigkeit im Jahre 1931 (Studien u. Berichte des Internationalen Arbeitsamtes, Reihe C), Genf 1931, S. 230.

16) ebenda.

3. Abschnitt.

Einwanderung und Lohnhöhe.

Aber es wäre nicht den Tatsachen entsprechend, wollte man einer Zunahme der Bevölkerung eines Landes durch Einwanderung unter allen Umständen und unbegrenzt jene ökonomisch günstigen Wirkungen, insonderheit hinsichtlich des Grades der Arbeitslosigkeit, beimessen. Denn der Einfluß auf die Lohnhöhe des Einwanderungslandes ist zuweilen unverkennbar. Die Einwanderer treten als Anbieter und Verkäufer ihrer Arbeitskraft auf, sie vergrößern also das Arbeitsangebot und verschärfen die Konkurrenz dadurch, daß sie billigere, bescheidenere und abhängigere Arbeiter sind als der Inländer, wobei die Gründe in dem geringeren Kulturniveau, Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis, in der geringeren Organisiertheit u.s.w. zu suchen sind.[17]) Das durch die Einwanderung vergrößerte Arbeitskraftangebot wird also bei unveränderter Nachfrage ein Fallen der Löhne nach sich ziehen müssen. Wenn in den Vereinigten Staaten von Nordamerika während der ganzen Epoche stärkster Einwanderung der Lohnsatz eine ständige Erhöhung erfuhr,[18]) so muß der Grund zu solcher Entwicklung der Lohnhöhe in der Steigerung der Produktion gesehen werden, denn „die so gefürchteten Einwanderer aus den zurückgebliebenen Ländern, die sich vor allem als ungelernte und halbgelernte Arbeiter anbieten, führen in stärkerem Maße zu einer Steigerung der Nachfrage nach einheimischen gelernten Arbeitskräften als sie das Angebot vergrößern und es ergibt sich daraus eine Erhöhung der Löhne für die gelernten Arbeiter und eine Erleichterung des Übergangs von einer einfachen Beschäftigung zu einer höheren und besser entlohnten." Je mehr sich bei zunehmender industrieller Entwicklung und damit bedingter dynamischer Wirtschaft die Masse der Arbeiter in gelernte Arbeitskräfte differenziert, je mehr die Produktivitätssteigerung die Kaufkraft stärkt und so die Lebenshaltung der Menschen verbessert, um so weniger muß also jene malthusianistische Anschauung, daß die Mehrung der Bevölkerung Lohndruck erzeuge, zutreffen. Es muß nicht notwendig als Folge einer Einwanderung ein Fallen des Lohnsatzes, das ja Verringerung der Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung bedeutet, eintreten, wie auch an dem Beispiel der Vereinigten Staaten offenbar wird. Entscheidend ist, daß die Produktion mit der Bevölkerungszunahme, in der langen

17) vgl. W. Maas, „Innereuropäische Wanderungen" in: Die deutsche Bevölkerungsfrage im europäischen Raum (Beihefte zur Zeitschrift für Geopolitik, Heft 5), S. 71 ff.

18) vgl. L. Hersch, Bevölkerung u. Arbeitslosigkeit, S. 235.

Linie gesehen, eine Steigerung erfahren wird; und im allgemeinen wächst ja auch mit der Ausdehnung der Produktion die Zahl der beschäftigten Arbeiter, wie S o m b a r t in diesem Sinne meint: „..... man kann wirklich die Produktion nicht ausdehnen, indem man immer mehr Arbeiter entläßt."[19])

19) in: Der moderne Kapitalismus. III. Bd., S. 314. Auch: K. M u h s, Allgem. Volkswirtschaftslehre. Die Handelshochschule, II. Bd., S. 669.

Schluß.

Eine natürliche Bevölkerungsentwicklung, die zusammen mit der auf politischen Ursachen beruhenden Verknappung des zur entsprechenden Weiterentwicklung der Wirtschaft notwendigen Kapitals ein Mißverhältnis von besonderen Ausmaßen zwischen Arbeitskraft und Konsumkraft innerhalb der deutschen Bevölkerung hervorrief, konnte bis zur Machtergreifung der neuen Regierung die Frage Bedeutung erlangen lassen, ob Wirtschaft und Staat den besonderen Bedürfnissen einer sich zusammenziehenden Wirtschaft und eines zerfallenden Staates Rechnung zu tragen, d. h. also die Idee eines dekadenten Volkstums zu verwirklichen hätten, oder ob für ein gesundes Volkswachstum die entsprechenden ökonomischen und politischen Grundlagen und Voraussetzungen geschaffen werden sollten. Es ist bezeichnend für den Geist des Weimarer Staates, daß er die Idee des sich selbst aufgebenden Volkstums verwirklichen, also bei der naturgewollten Entwicklung der Menschen, die die Wirtschaft geschaffen haben, Unzulänglichkeiten suchen zu müssen glaubte, die in Wirklichkeit in der Organisation der modernen Wirtschaft begraben liegen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß von weltwirtschaftlichen Blickpunkten aus die gegenwärtige Ordnung der internationalen Wirtschaft nicht mehr den Voraussetzungen der Verteilung der Menschen auf der Erde gerecht wird. Der Umfang der Beschäftigungslosigkeit muß somit nicht als ein Problem einer größeren oder kleineren Zahl von Menschen gedeutet und gewertet werden, sondern als ein in der Struktur der arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft liegendes. Nicht die natürlichen Grundlagen der Wirtschaft müssen für die Entstehung und Ausdehnung der Arbeitslosigkeit unserer Tage verantwortlich gemacht werden, vielmehr nur solche politischer Art. Noch mehr gilt das Gesagte für die räumliche Bevölkerungsbewegung! Dabei steht fest:

Sollte jemals die Frage des Lebensspielraums Sein oder Nichtsein eines Volkes entscheiden, dann dürften schwache Völker schwerlich diesen Existenzkampf zu ihren Gunsten kämpfen! Denn wenn ein Volk Krieg führt, um für seine Kinder Raum und Brot zu schaffen, so geht dies regelmäßig auf Kosten schwächerer Nachbarn.

Anhang.

Tab. Nr. 1.

Veränderungen im Verhältnis von Arbeitskraft und Konsumkraft, wenn in einer auf Grund der deutschen Sterbetafel von 1924/26 mit je 206 000 Geburten und Sterbefällen jährl. ausgeglichenen Bevölkerung die Geburtenzahl auf einmal um 20 Prozent erhöht bezw. erniedrigt wird.[1])

Sp. 1	bei Erhöhung um 20 Prozent			bei Verringerg. um 20 Prozent		
	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7
	A.=Einh.	K.=Einh.	A.=E. auf 100 K.=E.	A.=Einh.	K.=Einh.	A.=E. auf 100 K.=E.
Ausgang	5334	8378	63,67	5334	8378	63,67
nach 5 Jahr.	5334	8461	63,04	5334	8289	64,35
„ 10 „	5334	8571	62,23	5334	8186	65,16
„ 15 „	5341	8724	61,22	5327	8033	66,31
„ 20 „	5407	8886	60,85	5261	7875	66,81
„ 25 „	5536	9043	61,22	5132	7716	66,51
„ 30 „	5677	9190	61,77	4991	7566	65,97
„ 35 „	5815	9328	62,34	4853	7428	65,33
„ 40 „	5950	9459	62,90	4718	7296	64,67
„ 45 „	6088	9583	63,52	4600	7171	64,15
„ 50 „	6170	9699	63,61	4498	7054	63,77
„ 55 „	6255	9798	63,84	4410	6957	63,43
„ 60 „	6323	9880	64,00	4345	6876	63,19
„ 65 „	6369	9942	64,06	4299	6814	63,09
„ 70 „	6394	9987	64,02	4274	6769	63,14
„ 75 „	6401	10021	63,88	4267	6735	63,36
„ 100 „	6401	10052	63,67	4267	6702	63,67

1) nach E. Günther, a.a.O., S. 938.

Tab. Nr. 2.

Veränderungen im Verhältnis von Arbeitskraft und Konsumkraft bei Umkehrung der Bevölkerungsbewegung (Berechnung auf Grund der deutschen Sterbetafel von 1924/26[1])

	Geburtenzahl bisher um 1 Prozent zunehmend, jetzt um 1 Prozent jährl. abnehmend			Geburtenzahl bisher um 1 Prozent abnehmend, jetzt um 1 Prozent jährl. zunehmend		
	A.=Einh.	K.=Einh.	A.=E. auf 100 K.=E.	A.=Einh.	K.=Einh.	A.=E. auf 100 K.=E.
Ausgang	5085	8487	59,92	4047	6073	66,64
nach 5 Jahr.	5342	8841	60,72	3854	5836	66,11
„ 10 „	5613	9159	61,29	3676	5613	65,38
„ 15 „	5890	9397	62,68	3498	5435	64,36
„ 20 „	6135	9560	64,17	3351	5317	63,02
„ 25 „	6316	9638	65,33	3243	5250	61,77
„ 30 „	6415	9648	66,49	3182	5233	60,81
„ 35 „	6439	9584	67,18	3163	5295	59,70
„ 40 „	6389	9462	67,52	3186	5354	59,51
„ 45 „	6276	9268	67,72	3251	5476	59,37
„ 50 „	6112	9036	67,64	3344	5652	59,16
„ 55 „	5907	8744	67,55	3471	5856	59,22
„ 60 „	5671	8436	67,22	3625	6099	59,44
„ 65 „	5419	8085	67,03	3797	6371	59,60
„ 70 „	5165	7733	66,79	3986	6670	59,76
„ 75 „	4917	7375	66,67	4184	6988	59,86
„ 100 „	4047	6073	66,64	5085	8487	59,92

1) nach E. Günther, a.a.O., S. 939.

Tab. Nr. 3.

Entwicklung des Geburten-Überschusses auf 1000 der Bevölkerung.[1])

in den Jahren	Deutschland	Frankreich	England mit Wales
1905—09	14,0	0,6	11,6
1920—24	9,2	2,6	9,1
1925	8,7	1,4	6,1
1930	6,5	2,4	5,0

1) nach A. Weber, Weltwirtschaft, S. 102.

Tab. Nr. 4.

Entwicklung der Arbeits- oder Erwerbskraft in Deutschland.[1])

Jahr	Gesamt-Bevölkerung in 1000	Arbeitsbevölkerung in 1000	Arbeitsbevölkerung in Prozent der Gesamt-Bevölkerung
1871	36 513	22 405	61,36
1880	39 955	23 990	60,04
1890	43 582	26 165	60,01
1900	50 216	30 414	60,57
1910	57 798	35 353	61,17
1925	62 411	42 746	68,49
1930	64 373	45 342	70,44

1) nach E. Günther, a.a.O., S. 924.

Tab. Nr. 5.

Alterszusammensetzung der Bevölkerung Deutschlands und Erwerbsziffer.[1])

Von 1000 der Gesamtbevölkerung standen im Alter von

	im Jahre	0—15 Jahren	15—65 Jahren	über 65 Jahren	Erwerbs-Ziffer
Altes Reichs-Geb.	1882	353	598	49	41,6
	1895	357	594	49	42,4
	1907	347	605	48	45,2
Neues Reichs-Geb.	1907	339	612	49	45,7
	1925	257	685	58	51,3
	1930	233	703	64	51,3

1) nach Platzer, a.a.O., S. 331, u. „Die gegenwärtigen und zukünftigen Veränderungen im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung“ (Wirtsch. u. Stat. Berlin 1930), S. 970.

Tab. Nr. 6.

Entwicklung der erwerbsfähigen Männer in Deutschland im Vergleich zu 1925 (1925 = 100).[1])

Zeitpunkt	Männer im Alter von Jahren				
	15—20	20—25	25—45	45—65	15—65
1. 1. 1925	100	100	100	100	100
1. 1. 1926	100	101	102	101	101
1. 1. 1927	98	102	104	103	103
1. 1. 1928	98	103	107	104	104
1. 1. 1929	97	105	109	105	105
1. 1. 1930	95	105	112	107	107
1. 1. 1931	89	105	114	108	107
1. 1. 1932	81	103	117	109	107
1. 1. 1933	71	103	119	110	106
1. 1. 1934	62	101	122	111	106
1. 1. 1935	59	100	125	112	107
1. 1. 1936	64	93	127	113	108
1. 1. 1937	73	85	129	114	109
1. 1. 1938	79	75	132	115	110
1. 1. 1939	87	65	134	115	110
1. 1. 1940	88	62	136	115	111
1. 1. 1941	85	67	136	115	111
1. 1. 1942	82	76	134	116	112
1. 1. 1943	81	84	131	117	112
1. 1. 1944	81	91	129	118	112
1. 1. 1945	81	93	128	119	112
1. 1. 1955	81	85	119	150	116
1. 1. 1965	81	85	122	151	118
1. 1. 1975	81	85	119	141	114

1) Wirtschaft und Statistik 1926, S. 726.

Tab. Nr. 7.

Die zahlenmäßige Entwicklung der beiden Geschlechter in Deutschland, eingeteilt in 5-Jahres-Gruppen.[1]) (Berechnung: Sterbetafel 1924/26, Fruchtbarkeit 1930).

Alters-Gruppe	1935	1940	1945	1950	1960	1975	2000
	weiblich in 1000						
5	2500	2426	2296	2219	2105	1910	1620
5—10	2487	2462	2390	2262	2129	1947	1655
10—15	2835	2470	2445	2373	2170	2001	1703
15—20	1931	2809	2466	2422	2225	2042	1739
20—25	3007	1900	2753	2407	2313	2061	1763
25—30	3150	2944	1867	2700	2337	2075	1787
30—35	2967	3079	2885	1826	2303	2104	1812
35—40	2720	2898	3010	2818	2585	2172	1832
40—45	2432	2646	2820	2931	1735	2178	1836
45—50	2187	2351	2561	2731	2654	2130	1823
50—55	1902	2089	2249	2450	2711	2310	1791
55—60	1779	1783	1960	2109	2450	1505	1738
60—65	1397	1613	1612	1774	2078	2155	1662
65—70	1077	1186	1370	1370	1621	1955	1454
70—75	739	824	906	1047	1153	1438	1123
üb. 75	678	756	842	929	1103	1393	1283
Zus.	33788	34236	34432	34368	33672	31376	26621
	männlich in 1000						
5	2589	2507	2369	2298	2181	1976	1681
5—10	2566	2533	2464	2329	2198	2012	1709
10—15	2933	2549	2515	2447	2242	2068	1754
15—20	1990	2865	2525	2491	2290	2108	1792
20—25	3040	1949	2835	2473	2375	2117	1810
25—30	3147	2974	1907	2772	2339	2128	1831
30—35	2938	3085	2883	1868	2371	2151	1859
35—40	2354	2874	3019	2852	2659	2227	1883
40—45	1930	2303	2797	2937	1779	2228	1884
45—50	1845	1860	2221	2693	2673	2176	1863
50—55	1696	1751	1765	2108	2687	2369	1818
55—60	1633	1568	1619	1633	2368	1506	1734
60—65	1302	1447	1391	1434	1728	2081	1627
65—70	972	1077	1196	1149	1196	1820	1381
70—75	628	717	794	884	876	1281	1032
üb. 75	508	577	669	751	857	983	1089
Zus.	32071	32636	32970	33119	32819	31231	26747

1) nach E. Günther a.a.O., S. 952.

Tabelle 8

Entwicklung der heiratsfähigen Männer und Frauen in Deutschland (= objektiven Heiratsmöglichkeiten).[1])

	1910	1925	1930	1935	1940	1945	1950	1960	1975
Männer: 17½—22½ Jahre	2685[2])	3175	3161	2515	2407	2680	2482	2333	2113
Frauen: 15—22 „	2787	3255	3051	1931	2809	2466	2422	2225	2042
+ Männerüberschuß, — Defizit	— 102	— 83	+ 110	+ 584	— 402	+ 214	+ 60	+ 108	+ 71
Männer: 22½—27½ Jahre	2370	2767	3108	3094	2462	2371	2623	2357	2123
Frauen: 20—25 „	2486	3086	3210	3007	1900	2753	2407	2313	2061
+ Männerüberschuß, — Defizit	— 116	— 319	— 102	+ 87	+ 562	— 382	+ 216	+ 44	+ 62
Männer: 27½—32½ Jahre	2212	2248	2708	3043	3030	2395	2320	2355	2140
Frauen: 25—30 „	2274	2839	3024	3150	2944	1867	2700	2337	2075
+ Männerüberschuß, — Defizit	— 62	— 591	— 316	— 107	+ 86	+ 528	— 380	+ 18	+ 65
Männer: 32½—37½ Jahre	2012	1996	2701	2646	2980	2951	2360	2515	2184
Frauen: 30—35 „	2182	2553	2781	2967	3079	2885	1826	2303	2104
+ Männerüberschuß, — Defizit	— 170	— 557	— 580	— 321	— 99	+ 66	+ 534	+ 212	+ 80
Männer: 37½—42½ Jahre	1751	1909	1947	2142	2589	2908	2895	2219	2228
Frauen: 35—40 „	1894	2319	2495	2720	2898	3010	2818	2585	2172
+ Männerüberschuß, — Defizit	— 143	— 410	— 548	— 588	— 309	— 102	+ 77	— 366	+ 56
Männer: 42½—47½ Jahre	1499	1857	1849	1888	2082	2509	2815	2226	2202
Frauen: 40—45 „	1663	2054	2258	2432	2646	2820	2931	1735	2178
+ Männerüberschuß, — Defizit	— 164	— 197	— 409	— 544	— 564	— 311	— 116	+ 491	+ 24

1) nach Günther, a.a.O., S. 971.
2) Zahlen in 1000.

Tab. Nr. 9.

Die Verteilung der Erwerbstätigen auf Industrie und Landwirtschaft.[1])

Land	Jahr	Industrie und Bergbau	Landwirtschaft
Deutschland	1895	37,4	37,5
	1907	40,0	35,2
	1925	41,4	30,5
	1933	33,5	—
Frankreich	1896	33,6	44,3
	1901	35,5	41,8
	1911	32,7	40,9
	1921	32,1	41,6
U.S.A.	1890	24,1	38,0
	1900	24,1	35,9
	1910	31,3	33,2
	1920	33,4	26,3
Belgien	1890	38,2	22,9
	1900	41,6	21,1
	1910	50,8	16,6
	1920	46,5	19,3
Schweiz	1888	41,6	37,4
	1900	45,3	31,2
	1910	46,1	26,8
	1920	44,3	26,0
Großbritannien und Irland	1901	45,8	13,0
	1911	47,2	8,9
	1921	51,3	7,8
Schweden	1890	15,0	54,0
	1900	20,9	49,8
	1910	26,4	46,2
	1920	31,1	40,7

1) nach H. Vogel, Die Arbeitslosigkeit in Europa (in: Der Arbeitgeber, Berlin 1931, 21. Jhrgg., Heft Nr. 10), S. 240 ff.

Tab. Nr. 10.

Höhe des jährlichen (deutschen) Volkseinkommens.[1])

			abzüglich Reparationen je Vollperson in M.		
	insgesamt in Mill. M.	je Vollpers. in M.	insgesamt in Mill. M.	absolut	in Kaufkraft v. 1928
1913	45693	992	45693	992	1505
1925	59978	1184	58921	1163	1262
1928	75373	1453	73374	1415	1415
1929	75949	1453	73448	1405	1386
1930	70223	1333	68524	1301	1340
1931	57458	1083	56466	1065	1189
1932	45266	848	45083	845	1060
1933	46419	867	46238	864	1186

1) nach Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich. Berlin 1934, S. 500.

Literaturverzeichnis.

Bandmann, E.: „Das Ende der Arbeitslosenversicherung". Wirtschaftsdienst. 17. Jahrgg. Nr. 21. Hamburg 1932.

— : „Lohnpolitische Perspektiven". Wirtschaftsdienst. 17. Jahrgg. Nr. 23. Hamburg 1932.

Bier, Frieda: „Wanderbewegung und Arbeitslosigkeit". Soziale Praxis vom 21. 4. 1932. Archiv für soziale Hygiene und Demographie vom März 1932.

Bortkiewicz, L. von: „Bevölkerungswesen". Leipzig 1919.

Braunthal, A.: „Kapitalbedarf in der Wirtschaftskrise". Wirtschaftsdienst. 17. Jahrgg. Nr. 26. Hamburg 1932.

Budge, S.: „Geschichte der volkswirtschaftlichen Ideen und Theorien". Die Handelshochschule. II. Bd. Berlin/Wien 1928 ff.

Burgdörfer, F.: „Bevölkerungsentwicklung im Dritten Reich". Tatsachen und Kritik. Heidelberg/Berlin 1935.

— : „Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsstruktur und landwirtschaftlicher Absatz". Gutachten f. d. agrarpolitische Tagung der Friedrich-List-Gesellschaft. Berlin 1932.

— : „Der Geburtenrückgang und seine Bekämpfung". Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung. XXVIII. Bd. Nr. 2.

— : „Die neueste Bevölkerungsentwicklung und das Stadt-Land-Problem". Deutsche Wirtschaftszeitung vom 12. 5. 1932.

— : „Geburtenrückgang bei Arm und Reich, die Umkehrung der Wohlstandstheorie". Der internationale Kapitalismus und die Krise. Festschrift für Jul. Wolf zum 20. 4. 32. Stuttgart 1932.

— : „Sterben die weißen Völker?" München 1934.

— : „Volk ohne Jugend". Geburtenschwund und Überalterung des Deutschen Volkskörpers. Berlin 1932, u. 3. Aufl. 1935.

— : „Vorausberechnungen über die deutsche Bevölkerungsentwicklung bis zum Ende des 20. Jahrhunderts". Rom 1932.

— : „Zurück zum Agrar-Staat?" Berlin 1933.

Cassel, G.: „Theoretische Sozialökonomie". 5. Aufl. Leipzig 1932.

„Der Einfluß der Bevölkerungsentwicklung auf den Arbeitsmarkt im Deutschen Reich." Wirtschaft und Statistik. Berlin 1926.

Dierkes: „Frankreichs neuestes Gesetz zum Schutze des einheimischen Arbeitsmarktes". Soziale Praxis vom 22. 9. 32.

East, E. M.: „Die Menschheit am Scheidewege". Basel 1926.

Ewers, Ruth: „Die soziologische und ökonomische Bedeutung der Einwanderung". Heidelberg. Dissertation 1927. Wertheim a./M. 1931.

Fehlinger, H.: „Das Arbeitslosenproblem und die internationale Arbeitsorganisation." Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 135. Bd. (III. Folge 80. Bd.). Jena 1931.

Ferenczi, I.: „Die Krise der Wanderungen und der Geburtenrückgang". Der internationale Kapitalismus und die Krise. Festschrift für Jul. Wolf zum 20. 4. 1932. Stuttgart 1932.

Grünfeld, J.: „Frauenarbeit im Lichte der Rationalisierung". Die Arbeit. Berlin 1931 (VIII).

Günther, E.: „Der Einfluß des Geburtenrückgangs auf die Arbeitslosigkeit". Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 134. Bd. (III. Folge, 79. Bd.). Jena 1931.

Hainisch, M.: „Die Landflucht, ihr Wesen und ihre Bekämpfung im Rahmen einer Agrarreform". Jena 1924.

Halm, G.: „Zum Problem der Lohnsenkung". Schmollers Jahrb. für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. 55. Jahrgg. München u. Leipzig 1931.

Harmsen, H.: „Bevölkerungsprobleme Frankreichs unter besonderer Berücksichtigung des Geburtenrückgangs". Berlin 1927.

Harmsen und v. Lösch: „Die deutsche Bevölkerungsfrage im europäischen Raum". Beihefte zur Zeitschrift für Geopolitik, Heft 5. Berlin 1929. Ein Sammelheft mit Beiträgen von Harmsen, Burgdörfer, Maas, Grotjahn und Szagunn.

Hersch, L.: „Bevölkerung und Arbeitslosigkeit". Probleme der Arbeitslosigkeit im Jahre 1931. Studien und Berichte des Internationalen Arbeitsamtes (Reihe C). Genf 1931.

— : „Les migrations internationales comme facteur de paix et de guerre". Revue internationale de sociologie. September u. Oktober 1929.

Jasny, N.: „Bevölkerungsgang und Landwirtschaft". Schriften des Instituts für landwirtschaftl. Marktforschung. Berlin 1931.

Jung, E.: „Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein neues Reich". 2. Aufl. Berlin 1930.

Kahn, E.: „Der internationale Geburtenstreik". Allgem. Statist. Archiv. 21. Bd. 1931. Frankfurt a./M. 1930.

Kehl, W.: „Die Bedeutung des internationalen Kapitalmarktes für Deutschland". Vortrag, gehalten auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie. 1929.

Kinder, H.: „Die Krise der Großstadt". Wirtschaftsdienst. 16. Jahrgg. Nr. 51 vom 18. 12. 31. Hamburg 1931.

Korrespondenz aus den Vereinigten Staaten. Recensement americain. Journal de Geneve vom 8. Dez. 1930.

Lenz, F.: „Arbeitslosigkeit und Rassenhygiene". Vortrag, geh. im Rahmen der Sommerveranstaltungen des Akadem. Arbeitsausschusses für Deutschen Aufbau in der Universität München im Mai 1933.

Lösch, A.: „Was ist vom Geburtenrückgang zu halten?" Teil 1 u. 2. Heidenheim/Württemberg 1932.

Lotze, R.: „Volkstod?" Stuttgart 1932.

Louis Ferdinand, Prz. von Preußen: „Theorie der Einwanderung". Berlin 1931.

Lufft, H.: „Geburtenrückgang und Arbeitslosigkeit". Deutsche Arbeit. 16. Jahrgg. Nr. 9. Berlin/Wilmersdorf 1931.

Maas, W.: „Europäische Arbeiterwanderungen". Archiv für Wanderungswesen. 2. u. 3. Jahrgg.

— : „Innereuropäische Wanderungen". Die deutsche Bevölkerungsfrage im europäischen Raum. Beihefte zur Zeitschrift für Geopolitik. Berlin 1929, Nr. 5.

Moeller, H.: „Rationalisierung und Arbeitslosigkeit". Weltwirtschaftliches Archiv. 34. Bd. Jena 1931 (II).

— : „Statistik". Die Handelshochschule. Berlin 1929.

Mombert, P.: „Bevölkerungslehre". Grundriß zum Studium der Nationalökonomie. Bd. 15. Jena 1929.

— : „Bevölkerung und Arbeitsmarkt". Ein Beitrag zu den Formen der Übervölkerung. Weltwirtschaftl. Archiv. 36. Bd. Jena 1932.

— : „Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsgestaltung". Zur Frage der Abnahme des Volkswachstums. Leipzig 1932.

— : „Bevölkerungsstillstand als Wirtschaftsproblem". Magazin der Wirtschaft 1931.

— : „Der Einfluß des Geburtenrückgangs auf Konjunktur und Arbeitsmarkt". Schmollers Jahrb. f. Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. 57. Jahrgg. München u. Leipzig 1933.

— : „Die Anschauungen des 17. und 18. Jahrhunderts über die Abnahme der Bevölkerung". Jahrb. f. Nat.Ök. u. Stat. 135. Bd. (III. Folge, 80. Bd.). Jena 1931.

— : „Die Gefahr einer Übervölkerung für Deutschland". Tübingen 1919.

— : „Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.: Die Krisis auf dem Arbeitsmarkt". Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 109. Leipzig 1903.

— : „Heiratsalter und Geburtenrückgang". Magazin der Wirtschaft 1930.

— : „Internationale Wanderungen". Magazin der Wirtschaft 1931.

— : „Neuere Erscheinungen zur Bevölkerungslehre und Bevölkerungsstatistik". Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Dezember 1931, Heft 3.

— : „Tendenzen in der deutschen Bevölkerungsentwicklung und ihr Einfluß auf den Arbeitsmarkt". Kölner Industriehefte Nr. 17. 1930.

— : „Weltwirtschaftliche Auswirkungen einer abnehmenden Volkszahl". Weltwirtschaftl. Archiv. 32. Bd. Jena 1930.

— : „Wirtschaft und Arbeitsmarkt". Wirtschaftsdienst. 11. Jahrgg. Nr. 41. Hamburg 1926.

Morgenroth, W.: „Die wirtschaftlichen Grundlagen der Großstadt". Jahrb. f. Nat.Ök. u. Stat. 134. Bd. (III. Folge 79. Bd.). Jena 1931.

Muhs, K.: „Allgem. Volkswirtschaftslehre". Die Handelshochschule. II. Bd. Berlin/Wien.

— : „Anti-Marx". I. Bd. Jena 1927.

— : „Die Chance des Kapitalismus". Weltwirtschaftliches Archiv. Jena 1930.

Nawratzki, C.: „Bevölkerungsaufbau, Wohnungspolitik und Wirtschaft". Berlin 1931.

— : „Bevölkerungsstillstand als Wirtschaftsproblem". Schriften des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft. Berlin 1930. Nr. 16.

— : „Frankreichs Bevölkerungsentwicklung". Der Arbeitgeber. Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. 22. Jahrgg. Nr. 2. Berlin 1932.

Neißer-Schröter, Lotte: „Die Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Bevölkerungszuwachs". Arbeiterwohlfahrt. Jahrgg. 1932, Nr. 3.

Oppenheimer, F.: „Das Bevölkerungsgesetz des R. Th. Malthus und der neueren Nationalökonomie". Jena 1901.

— : „System der Soziologie". III. Bd. 5. Aufl. Jena 1923 und 1924.

— : „Weltprobleme der Bevölkerung". Zwei Vorträge (als Heft 1 der weltwirtschaftlichen Vorträge und Abhandlungen). Leipzig 1929.

Platzer H. J.: „Die Steigerung der Erwerbsziffer in Deutschland". Jahrb. f. Nat.Ök. u. Statist. 135. Bd. (III. Folge 80. Bd.). Jena 1931.

Quante, P.: „Arbeitsbeschaffung und Rentabilität". Schmollers Jahrb. f. Gesetzgebung, Verwaltung u. Volkswirtschaft. 57. Jahrgang. München u. Leipzig 1933.

— : „Die Abwanderung vom Lande und das Goltz'sche Gesetz". Schmollers Jahrb. 55. Jahrgg. Mchn:/Leipzig 1931.

Röpke, W.: „Die sozialökonomische Bedeutung des abnehmenden Bevölkerungsüberschusses". Magazin der Wirtschaft 1930.

Roß, E. A.: „Raum für alle?" Berlin 1929.

Rossiter, W. S.: „Increase of Population in the United States 1910 bis 1920". Census Monographs. I. Government Printing Office. Washington 1922.

Rümelin: „Zur Übervölkerungsfrage". Reden und Aufsätze. Freiburg i./Br. und Tübingen 1878 und 1881.

Schöpke, K. H.: „Der Ruf der Erde". Deutsche Siedlung in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig und Berlin 1935.

Schröder, P.: „Die Überwindung der Wirtschaftskrise durch den Plankapitalismus". Jena 1932.

— : „Konjunkturtheorie, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Entwicklung". Jahrb. f. Nat.Ök. u. Stat. 134. Bd. (III. Folge 79. Bd.). Jena 1931.

Schumpeter, J.: „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung". Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus. II. Aufl. Mchn. u. Leipzig 1926.

Schwartz, Ph.: „Das Wirtschaftsleben der deutschen Städte, Landkreise und Landgemeinden". Schmollers Jahrb. 55. Jahrgg. München u. Leipzig 1931.

Sombart, W.: „Der moderne Kapitalismus". Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus. 2. Aufl. III. Bd. München u. Leipzig 1928.

Statistik des Deutschen Reiches. Bd. 401 u. frühere. Berlin.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin 1934, 1933 u. frühere.

Troeltsch: „Das Problem der Arbeitslosigkeit". Marburg 1907.

Vogel, H.: „Die Arbeitslosigkeit in Europa". Der Arbeitgeber. 21. Jahrgg. Nr. 10. Berlin 1931.

Weber, Ad.: „Allgemeine Volkswirtschaftslehre". 4. Aufl. München u. Leipzig 1932.

— : „Weltwirtschaft". München 1932.

Weiland, R.: „Das soziale Schicksal der deutschen landwirtschaftlichen Wanderarbeiterfamilien". Jahrb. f. Nat.Ök. u. Stat. 135. Bd. (III. Folge 80. Bd.). Jena 1931.

Wirtschaft und Statistik. Berlin 1929. Sonderheft Nr. 5: Beiträge zum deutschen Bevölkerungsproblem.

Wirtschaft und Statistik. Berlin 1934. Sonderheft Nr. 12 ü. die vorläuf. Ergebn. d. Volkszählg. vom 16. Juni 1933.

Würzburger, E.: „Die Grenzen der Folgerungen aus der Geburtenstatistik". Schmollers Jahrb. 55. Jahrgg. München u. Leipzig 1931.

Zahn, F.: „Wirtschaftsaufbau Deutschlands". Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Aufl. Erg.Bd. Jena 1929.

Zwiedineck-Südenhorst, O. von: „Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit." Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Berlin 1927. Erg.Heft Nr. 1.

Lebenslauf.

Sohn des Geh. Regierungs- und Baurats in München, Otto Steiner und dessen Ehefrau Babette, geb. Kuchler, wurde ich, deutscher Staatsangehöriger, am 9. April 1910 zu Seeheim/Keetmanshoop in S.W.-Afrika geboren. Ich besuchte das humanistische Gymnasium Kempten und das Ludwigsgymnasium München, wo ich im Frühjahre 1929 die Reifeprüfung ablegte. Nach halbjähriger praktischer Tätigkeit im kaufmänn. Kontor und in der Expedition eines Brauereiunternehmens in Ingolstadt immatrikulierte ich mich im Herbst 1929 an der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule München, an der ich 1932 meine betriebswirtschaftlichen Studien mit der kaufmänn. Diplomprüfung beschloß. Seit der nationalsozialistischen Revolution habe ich mich auch in Gliederungen der Bewegung betätigt. Ich studierte an der Universität Erlangen in zwei weiteren Semestern die Staatswissenschaften und unterzog mich am 19. Dezember 1935 der Doktorprüfung.

Anregung und Förderung zu der vorliegenden Dissertation erhielt ich durch Herrn ord. Professor der Staatswissenschaften an der Universität Erlangen, Dr. Hero Moeller, der mich durch die gütige Überlassung und liebenswürdige Unterstützung bei der Bearbeitung des Themas zu stetem Dank verpflichtet hat.